

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Roß und Reiter

Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen ... Der Vers paßt auf den zeitgenössischen Kapitalismus wie die Faust aufs Auge. Vor wenigen Monaten noch sonnte sich die bekannte Dame mit den vielen farbigen und dreiknöpfigen Jacken im Glanz einer vermeintlich langanhaltenden Konjunktur. Von Regierungsseite ließ man wissen, deren Unverwundlichkeit sei das Ergebnis härtester „Kabinettsarbeit“.

Damals zeigte sich unsere als Ausgleich für Trinwillershagen auf die Ranch des erfolgreichsten USA-Präsidenten aller Zeiten eingeladene Kanzlerin strahlend an der Seite ihres Freundes Bush. Inzwischen ist der dümmliche Texaner längst im politischen Orkus verschwunden. Sein Name wird mit dem größten Fiasko verbunden bleiben, das die „freie Marktwirtschaft“ je ereilt hat. Verglichen mit dem Bankenabsturz dieses Herbstes, bei dem todsieche Finanzmagnaten nur durch künstliche Ernährung aus der vom Steuerzahler gefüllten Staatskasse am Leben erhalten werden konnten, war der „schwarze Freitag“ von 1929 geradezu ein Pappentier. Der aber löste bekanntlich die seinerzeitige Weltwirtschaftskrise aus. Wie damals hatte auch der neue New Yorker Bankenkrach einen weltweiten Dominoeffekt. Die Geldjongleure der kreditunwürdigsten Kreditinstitute des Systems, die Billionen virtueller Dollar ohne jegliche Deckung durch die „Realwirtschaft“ hin- und herschieben, gerieten plötzlich aus dem Gleichgewicht. Die Medien bezeichneten das verharmlosend als „Platzen einer Blase“. Sie meinten damit nichts Urologisches, sondern das massenhafte Auffliegen ungedeckter Schecks.

Wenn sich ein kleiner Gauner dieses Tricks bedient, wandert er als Krimineller sofort in den Knast. Doch wenn die größten Betrüger der Geschichte durch verbrecherische Spekulation die Zahlungsfähigkeit ganzer Staaten – man denke nur an Island – aufs Spiel setzen, kommen sie ins Guinness-Buch kapitalistischer Rekorde. Bereitwillig stellen ihnen die eigenen Strohmänner an den Kabinettschiffen zur „Überbrückung“ finanzielle Äquivalente im Wert von bis zu anderthalb Jahresbudgets zur Verfügung.

Selbst das sonst so verpönte Mittel der Staatsintervention gilt plötzlich als legitim, natürlich nur bis zur Wiederherstellung der finanziellen Manövrierfähigkeit. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang der seinerzeitigen Verstaatlichung des bankrotten britischen Steinkohlebergbaus, die sofort

rückgängig gemacht wurde, als die Profite wieder sprudelten.

Die Krise dieses Jahres ist die schwerste, die den Kapitalismus bisher getroffen hat. Ihr Hauptgrund muß darin gesucht werden, daß der noch immer im Welthandel als Spitzenwährung dienende Dollar nicht einmal mehr den Wert des Papiers besitzt, auf dem er gedruckt wird. Der Dollar-Flop ist zur Inflationsquelle Nr. 1 geworden. Hundts Modell des Kapitalismus ist auf den Hund gekommen. Mit der Kettenreaktion der Insolvenzen von Banken, Konzernen und Kommerz mußte diese Gesellschaftsordnung den Offenbarungseid leisten.

Und dennoch sind ihre Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft. Warum ist das so? Weshalb bricht der politisch, ökonomisch und sozial marode Kapitalismus nicht einfach zusammen? Sieht man davon ab, daß im überwiegenden Teil der Welt – nach der Niederlage des europäischen Sozialismus – derzeit kein ausreichendes revolutionäres Potential vorhanden ist, um den Angezählten knockout schlagen, seine Nachfolge antreten und eine tragfähige Alternative anbieten zu können, muß man konstatieren: Auch die Monopolbourgeoisie hat aus 1929 Lehren gezogen. Die Ausbeuterklasse übt auf ihre Weise „Solidarität“, indem sie unter Einsatz des Volksvermögens ertrinkende Kapitalisten aus dem Wasser und „Versager“ aus dem Verkehr zieht. So wird eine eigentlich längst abgehoffene Währung – im Interesse des eigenen Überlebens – vor dem Untergang bewahrt. Ist der Ruf erst ruiniert, lebt's sich völlig ungeniert: Der Kapitalismus kämpft ohne Skrupel um seine nackte Existenz, und er besitzt dazu vorerst noch die notwendigen Instrumentarien. Aber er ist bereits gezeichnet. Vergeblich versuchen Politiker, latente Schwäche hinter Kraftmeierei zu verbergen.

Blüms Versprechen von einst, die Renten seien sicher, hat sich, wie inzwischen jeder weiß, als Bluff erwiesen. Und was Merkels flottes „Ehrenwort“ zur angeblichen Garantie der Spareinlagen betrifft, so dürfte auch das ein Muster ohne Wert sein. Denn ihre Regierung ist wohl mancherlei, aber eines mit Gewißheit nicht: glaubwürdig.

Wie doch die Szene wechselt. Noch vor wenigen Monaten schien im Reich der deutschen Monopole und Banken alles wohlgeordnet. Kraftvoller Aufstieg war angesagt. Jetzt handelt es sich um eine rasante Talfahrt. Gestern noch auf stolzen Rossen ...

Klaus Steiniger



INHALT

	Seite
Kurt Tucholsky: Die freie Wirtschaft	2
Kinderarmut – einfach beschämend	2
Brief aus Nordfriesland	3
„Die DDR ist quicklebendig“	4
Klassenkampf-Einmaleins	5
Ein herausragender Bildungspolitiker der DDR	6
Überflüssig	6
Einspruch, Euer Ehren!	7
Mord noch 5 nach 12	8
Erinnern an Ernst Goldenbaum	9
Mylauer Helden	10
Denkwürdiges KPD-Jubiläum	10
Roßtäuscher	11
Petras Brüderchen	11
Ein NDPD-Aktivist zieht Bilanz	12
Meine Spur der Steine ...	13
Neuer Standort für Marx-Relief	13
Politische Naivität oder Bewußtseinseinbruch?	14
Eingreifbefürwortern ins Stammbuch	14
Verpaßte Gelegenheit: Artikel 146	15
„Grenzmuseum“ Point Alpha	16
Gedächtnisstütze	16
■ Der Abstieg des Dollars RF-Extra I	I
■ Afghanistan-Verbrechen RF-Extra III	III
Essen mit Joe Biden	17
ALBA: Auch Honduras dabei	18
USA-Terrorkommando Africom	18
Ecuador: Die Hoffnung heißt Correa	19
Strategische Partnerschaft Caracas – Moskau	19
Tudeh-Partei Irans: Kampf an zwei Fronten	20
Wie der Dalai Lama einst auf die VR China blickte	21
Plädoyer für deutsch-tschechische Freundschaft	22
Welchen Weg geht Zimbabwe?	23
Tränen um Dr. Heinrich Schuhmann	24
Ein fragwürdiges Unterfangen	24
Lücken und Lügen	25
Karl Mundstock und der Bayer	26
Reime für den „RotFuchs“	27
Archies Onkel in Amerika	28
Leserbriefe	29
Anzeigen/Impressum	32

Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse
verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort die Gruppen – sei unser Panier!
Na, ihr nicht.
Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn –
wollt ihr wohl auseinandergehn!
Keine Kartelle in unserm Revier!
Ihr nicht.
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest
zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier ...
Ihr nicht.
Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus.
Nieder damit!
Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.
Niemand stört uns. In guter Ruh
seh'n Regierungssozialisten zu.
Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!
Das ist die neuste Wirtschaftslehre.
Die Forderung ist noch nicht verkündet,
die ein deutscher Professor uns nicht
begründet.
In Betrieben wirken für unsere Idee
die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelmlleute, Hitlergarden ...

Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt
wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:
»Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.«

Theobald Tiger (Kurt Tucholsky)
Die Weltbühne, 4. 3. 1930, Nr. 10, S. 351



Kinderarmut – einfach beschämend

Fernsehberichte hinterlassen bei uns meist nur flüchtige Eindrücke, die am nächsten Tag bereits wieder vergessen sind. Nur wenige Augenblicke, Bilder oder Nachrichten bleiben in unserem Gedächtnis – zu groß ist die tägliche Informationsflut. Manchmal allerdings gibt es einen bestimmten Moment am Bildschirm, der schlagartig unser Bewußtsein erreicht und uns nicht mehr losläßt. Einen solchen Moment erlebte ich vor ein paar Wochen. Eine Lehrerin – keine gestylte TV-Vorzeigefrau, sondern eine, der man den täglichen Streß ansah – erzählte von ihrer Schule und was sich dort in den Mittagspausen abspielt. Die Kinder nehmen sich ein Tablett, stellen sich an bei der Essensausgabe, zeigen einen Ausweis vor und lassen sich das Mittagessen geben. Leider seien aber immer einige dabei, deren Eltern das Geld für diese Schulspeisung nicht hätten und die keinen oder nur einen längst abgelaufenen Ausweis vorweisen könnten. Und wie sie, die Lehrerin, es kaum ertrage, daß diese Kinder mit leeren Tabletts wieder umkehren müßten. Und daß niemand sich dafür einsetzt, daß sie wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag bekommen ... Das Bild der kleinen Jungen und Mädchen, die abgewiesen werden und hungrig an ihre Plätze gehen, ist für mich ein Symbol

und schildert besser als Studien und Statistiken, was es für ein Kind bedeutet, in unserem Land arm zu sein – inzwischen ist es bereits jedes sechste. Man kann sich nur ungefähr vorstellen, was es bedeutet, nicht mitfahren zu dürfen, wenn alle anderen auf Klas-



senfahrt gehen, weil die Eltern das Geld dafür nicht aufbringen können. Was es bedeutet, immer nur in Secondhandsachen herumzulaufen, während die Mitschüler ihre neuesten Markenklamotten vorführen. Was es bedeutet, Außenseiter zu sein – und gleichzeitig von einem Politiker wie Thilo Sarrazin den zynischen Ratschlag zu erhalten, einen Pullover anzuziehen, wenn es für die Heizkosten nicht reicht.

Zu den seelischen Schäden kommen die körperlichen: Hartz-IV-Familien müssen ihre kleineren Kinder von 2,57, die größeren von 3,42 Euro pro Tag ernähren, obwohl Experten vorrechnen, daß für gesunde Ernährung fast das Doppelte nötig wäre. Und wo sind die Freiplätze in den Sport- und Schwimmvereinen für Kinder, deren Eltern keine Mitgliedsbeiträge für sie bezahlen können?

Die gesundheitlichen Folgen von falscher Ernährung, Bewegungsmangel und Ausgrenzung sind bekannt: Krankheiten, auch seelische, nehmen zu, Lebensqualität und Lebenserwartung nehmen dramatisch ab. Was können wir tun? Immerhin vermitteln bereits mehrere Kommunen Patenschaften für Mittagessen, Klassenfahrten und Sporteinrichtungen und gewähren betroffenen Jugendlichen freien Eintritt in Museen, Kinos und zu Konzerten. Am wichtigsten aber wäre es, daß wir alle bei kommenden Wahlen genau prüfen, welche Maßnahmen die, die gewählt werden wollen, gegen Kinderarmut ergreifen wollen.

Dr. med. Marianne Koch

Die bekannte Schauspielerin ist Gastkolumnistin der renommierten „Apothekenumschau“. Ihr Beitrag erschien in der Oktoberausgabe.

Brief aus Nordfriesland

Niki Müller wirft „Horigen“ den Fehdehandschuh hin

Werte Frau Bundeskanzlerin,
werter Herr Finanzminister,
werter Herr Wirtschaftsminister,
werte Partei- und Fraktionsvorsitzende
der CDU/CSU/SPD!

Es ist wieder mal soweit. In Nordfriesland, wo ich wohne, beginnt jährlich im Herbst die sehnsüchtigst erwartete Zeit des „Verspielens“. Das heißt so, das wird so beworben und das spielt sich auch so ab. Diese „kulturellen“ Ereignisse haben einen großen regionsspezifischen Unterhaltungswert. Für gewöhnlich werden nur kleinere Summen verspielt, die nicht besonders schmerzen. Nun frage ich mich, warum ist das bei Ihnen in der Berliner Regierung anders? Verspielen hat offensichtlich also nicht nur unterschiedliche Dimensionen, sondern auch eine sehr interessante soziale oder asoziale Ausgestaltungsmöglichkeit.

Nehmen wir ein aktuelles Beispiel, das sogenannte Rettungspaket für die scheidende Münchner „Hypo Real Estate“ in Höhe von 50 000 000 000 Euro (davon 26 600 000 000 Euro aus unseren eingetragenen Steuergroschen). Dieser Vorgang hat keinen besonderen Unterhaltungswert. Er bringt mich nicht zum Lachen. Nicht mal zum Weinen. Es erzeugt in mir wie bei vielen Millionen Bürgern Wut und Empörung. Dies sind, ähnlich wie Lachen und Weinen, an sich gesunde Reaktionen, zeigen sie doch, daß sich bei vielen Menschen bereits etwas Mobilisierendes aufbaut. Es stimuliert die Abwehrkräfte und den Veränderungswillen. Allerdings betrachten wir Ihren ungewollten Aktivierungsansatz zur Stärkung dieser Primärtugenden nicht nur mit Skepsis, sondern mit Widerwillen. Ihr Konzept und Ihre Methoden basieren auf leeren Versprechungen und gefährlichen Inhalten. Der jetzt geöffnete „Erste-Hilfe-Koffer“ für die Bank(en) trägt kein weißes Kreuz auf grünem Grund. Wir sehen stattdessen den schwarzen Totenkopf und darunter das Symbol für ätzende Substanzen.

Was muten Sie uns eigentlich noch alles zu? Sie wollen allen Ernstes diesen gestandenen Loosern unser Geld verbürgen und damit zum „Verspielen“ freigeben? Bankrottler, die nachweislich unfähig sind damit umzugehen, und zu deren signifikanten Eigenschaften Verschleiern, Vertuschen und Verhökern zählen? Das gleicht einem Glücksspiel. Wie beim Roulette: Alles auf die 37! Sie wollen dies wirklich verantworten? Dann könnten Sie unser Geld, das Sie uns abverlangt haben und eigentlich treuhänderisch verwalten sollten, doch gleich zum Befeuern der Heizkraftwerke nutzen. Als Gegenwert erhielten wir wenigstens den Heizwert. Bei den Banken ist die Chance groß, daß unser Vermögen ohne Restwert verpufft.

Während beispielsweise kleine Mittelständler bei leichter Krisensituation für einen überlebenswichtigen Kreditwunsch von Banken und Geldinstituten mißachtet, gegängelt und in den Schwitzkasten genommen werden, will die Regierung professionellen Versagern, Nadelstreifenmieten und Abzockern das Geld in den Hintern blasen.

All dies ist weder neu noch originell. Allerdings erreichen die üblen Mächtschaften der niederen Finanzwelt und die Duldung und Unterstützung durch die herrschende Politik nun ungeahnte Höhen, neue Weltrekorde. Und wie immer gibt es dabei zwei Seiten:

Während die suspendierten KfW-Vorstände weiter volles Jahresgehalt (600 000 Euro) bei Null-Stunden-Woche geschenkt bekommen, will ein gewisser Herr Weise von der Bundesanstalt für Arbeit das jetzt schon nicht ausreichende Arbeitslosengeld II weiter kürzen. Was für eine Moral! Was für ein Rechtsstaat! Übelste Heuchelei! Einerseits sagt der Sprecher des Bundesfinanzministeriums, Torsten Albig, die staatliche Absicherung für die Münchener „Hypobank“ sei „absolut notwendig“, um Schaden vom deutschen Finanzmarkt abzuhalten.

Andererseits haben in vielen Kommunen und Kreisen verantwortungsbewußte oder sich vielleicht einfach nur schämende Menschen in den vergangenen Monaten nach Finanzierungshilfen für einkommensarme Kinder gesucht. Einmalige Kleinbeträge zwischen 50 und 150 Euro um eine Erstausrüstung für den Schulanfang zu ermöglichen, die in den Leistungen des SGB II, SGB XII und des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht (mehr) vorgesehen und die für Ausgrenzung und Bildungsbenachteiligung vieler Kinder mitbestimmend sind. Wie viele dieser verzweifelten und enttäuschten Kindergesichter könnten wenigstens zur Einschulung etwas mehr Zukunftshoffnung erheischen, wenn die verbürgten und damit aufs Spiel gesetzten 26 600 000 000 Euro für die Hypobank stattdessen für eine einmalige Förderung mit 150 Euro pro Kind bereitgestellt würden? Insgesamt 177 333 333 Kinder könnten damit versorgt werden. Zukunftsinvestitionen für Bildung und Soziales. Indes wird gestrichen, gestrichen und nochmals gestrichen.

Während die Regierung das Glücksspiel nicht nur im großen Stil gewähren ließ, sondern sogar noch gefördert hat (Heuschreckenzucht, Cross-Border-Anbetung usw.), wird gleichzeitig das ungehemmte Gierverhalten akzeptiert und hoffähig gemacht. Der unproduktive und mörderische Casino-Kapitalismus und die ungezügelte Habsucht einer großkotzigen und menschenverachtenden Managerkaste hat unter Ihrer politischen Verantwortlichkeit

neue Höhen erklimmen und eine ungeahnte kriminelle Energie entfaltet. Und es ist nicht einmal der Scheitelpunkt dieser erbärmlichen Politik zu erkennen.

Es handelt sich keineswegs um einen Betriebsunfall. Der Betrieb selbst ist der Unfall. Sein Name ist Kapitalismus.

Er züchtet neben den Bandenbossen auch die vielen niederen Gauner und Halunken, die Zuhälter in den Leitungsetagen samt willfähriger Seilschaften in Politik und Gesellschaft. Diese Personen könnten sich in einer aufgeklärten Gesellschaft bei Ausübung seriöser Arbeitstätigkeit und zugestandenem Mindestlohn bewähren, denn sie sollten lernen, wie schwer eigentlich Geld erarbeitet werden muß! Wenn allerdings eine verstärkte Schuld vorliegen sollte, dann wäre ein mehrjähriger Hartz-IV-Bezug verbunden mit einem 1-Euro-Job und Zusatzverdienstmöglichkeiten im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses als Resozialisierung schon mal erwägenswert. Vielleicht mit der elektronischen Fußfessel, damit sich niemand heimlich davonstiehlt, um die Konten erneut zu plündern.

Da ich überzeugt bin, daß Sie weiter die Reichen reicher machen und deshalb die Kinderarmut, die Ausgrenzung und die Not breiter Bevölkerungsschichten zunehmen dürften, komme ich wohl besser auf meine Eingangsausführungen zurück. Es hat also die Zeit des „Verspielens“ begonnen. Nach § 2 der Landesverordnung ist „Verspielen“ nunmehr auch ganzjährig erlaubt, aber dafür weiterhin nur bis zu einem Spielkapital von höchstens 1000 Euro ohne besondere Auflagen und Nachweise. Sie haben aber 26 600 000 000 Euro von unseren Steuergeldern auf eine sehr riskante Bürgschaft versetzt. Ohne Auflagen, ohne Nachweispflicht. Nicht einmal Punkt 8 der schleswig-holsteinischen „Verspiel“-Verordnung haben Sie in Erwägung gezogen: „Vom verbleibenden Spielkapital hat die Veranstalterin oder der Veranstalter mindestens einen Anteil von 25 % einzubehalten, ... für ... gemeinnützige, mildtätige ... Zwecke.“

Also kurz und knapp: Bei uns haben Sie verspielt. Und das nicht erst seit gestern. Da Sie sich freiwillig nicht in die richtige Richtung begeben werden, gilt es, Ihnen tüchtig den Marsch zu blasen. Die Ouvertüre ist schon zu vernehmen – nicht nur in Lateinamerika. Und wenn Sie dann wieder das bekannte Ritual abspulen: „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“, sollten Sie wissen: Dieser Marsch wird so laut erschallen, daß Ihnen trotz ausgedehnter Vorgärten, vorgeschalteter Bannmeilen und mehrfach verglasteter gesicherter Fenster das Trommelfell nur so dröhnen wird. Also – unsere Aussichten stehen gut.

Niki Müller, Friedrichstadt

Ein ideologischer Leichenträger bescheinigt: „Die DDR ist quicklebendig“

Das als Schlagzeile dienende Zitat stammt von Prof. Dr. Klaus Schroeder, „DDR- und SED-Experte“ an der Freien Universität Berlin. Es ist Überschrift wie Schlußsatz seiner Überlegungen in Springers „Die Welt“ vom 11. September. Schroeder hat mit seinen Ost-West-Vergleichen die „politische Klasse“ der BRD aufgescheucht. Nun folgten ihm die CDU-Fraktion in Sachsen und der CDU-Vorstand, der am 15. September ein Papier „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“ bestätigte, das auf dem Parteitag im Dezember durch Beschluß abgesegnet werden soll.

Zunächst fällt auf, was die CDU aus der Geschichte streicht: Für sie gibt es keinen Faschismus, keinen deutschen Eroberungskrieg, folglich auch kein Vermächtnis der Antifaschisten, dem alle Demokraten in Ost und West unterlagen. Es gab auch keine internationalen Bindungen und Verpflichtungen, die mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag in das Erbe beider deutscher Staaten eingegangen sind. Die von der DDR verkündete Doktrin „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“, die auch Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 an der Ruine der Dresdner Frauenkirche beschwor, ist von der CDU gestrichen worden. Über Gründe und Folgen wäre nachzudenken. Der ganze Text gibt Johannes Rau recht, der am 10. März 2000 konstatierte: „Wenn nur die Sieger die Geschichte schreiben, widerfährt den Verlierern selten Gerechtigkeit.“

Der erste Teil des CDU-Papiers ist mit den Worten „Der gescheiterte Sozialismus“ überschrieben und listet „40 Jahre politisches Unrecht“ auf, zu dem für die einst durch Adenauer geführte Partei auch die Entmachtung der Kriegsverbrecher gehört. Die Geschichtsklitterung mag hier an einem Beispiel demonstriert werden: Im Oktober 1989 erarbeitete Gerhard Schürer im Auftrag von Egon Krenz vor dessen Reise nach Moskau eine Analyse über die wirtschaftliche Situation der DDR. Er ließ die Schwierigkeiten und Probleme nicht aus, denn sie sollten ja überwunden werden. Die CDU fälschte diese Analyse in einen „Beweis“ für den Bankrott der DDR um. Egon Krenz hat darauf postwendend reagiert. Aus Platzgründen werde ich im Folgenden nur noch einige Fragen aufwerfen:

Erstens: Im Abschnitt „Der gescheiterte Sozialismus“ verurteilt die CDU-Führung die Politik und Geschichte der DDR. Die CDU der DDR kommt im Text nicht vor. Hat es diese Partei, die von der West-CDU geschluckt wurde, denn gar nicht gegeben? Sind Leute wie de Maizière, Bergmann-Pohl, Merkel, Tillich u. a. 1990 als politisch Neugeborene zu Gefolgsleuten der Politik Kohls geworden? Haben sie vor 1990 keine Biographien?

Zweitens: Das Urteil der CDU läuft darauf

Drittens: Mehr als die Hälfte des CDU-Textes beschäftigt sich mit der Bilanz und den Perspektiven des „Aufbaus Ost“. Daß es sich hierbei um eine Karikatur der Wirklichkeit handelt, kann jeder selbst feststellen.

Stattdessen sollte gefragt werden: Was ist aus dem Vermächtnis der Antifaschisten „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ geworden? Wo bleibt Kohls Versprechen, von deutschem Boden dürfe kein neuer Krieg ausgehen – die entscheidende innen- und außenpolitische Bedingung für die staatliche Einheit (die keine „Wiedervereinigung“ war)?

Was sagen Leute wie Eppelmann heute zum Bibelsatz „Schwerter zu Pflugscharen“?

Der tatsächliche Weg seit 1989 wird durch den Abriß des Palastes der Republik, einen Akt der Kulturbarbarei, symbolisiert, durch die Industriebrachen und die damit verbundene Arbeitslosigkeit, die Abwicklung von Wissenschaft und Kunst und den furchtbaren Rückschlag im Bildungs- und Gesundheitswesen. Das CDU-Papier läßt solche Tatsachen und deren Folgen für Millionen Menschen einfach weg. Exakte Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung und zur Finanzsituation (einen Vergleich zu Schürers Zahlen) gibt es nicht.

Statt dessen werden Wunsch-

vorstellungen dargestellt. Immerhin besteht Hoffnung – für Gauck und Birthler. In Berlin soll eine Professur zu „DDR-Unrecht“ installiert werden. Wird sie Dr. Knabe besetzen? Die CDU in Sachsen plant das gleiche für Leipzig. Welcher „Held“ wird dort auf den Schild gehoben?

Außerdem setzen die Schwarzen auf die Langzeitwirkung solcher Machwerke wie „Das Leben der Anderen“ und „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, die die DDR verteuflern und sogar Goebbelsche „Filmkunst“ an rabiatem Antikommunismus zu über-treffen suchen.

Die Bäume der CDU werden nicht in den Himmel wachsen. Bert Brecht vertraute der sanften Gewalt der Vernunft. Abraham Lincoln hielt es für möglich, viele Menschen einige Zeit zu verdummen, aber nicht alle auf ewig.

Um positiv zu enden: Wäre es nicht an der Zeit, daß der Souverän, das Volk der BRD, sich endlich eine Verfassung gibt, in der die Menschenrechte auf Frieden und Arbeit verbürgt werden? Das geschähe allerdings dann gegen den Willen der CDU.

Prof. Dr. Horst Schneider



Amüsieren sich wie Bolle auf unsere Kosten: der deutsche Bankenkaiser Josef Ackermann I. und Rettungspaket-Zustellerin Angela Merkel

hinaus, die DDR-Geschichte auf „Mauer, Stacheldraht und das Versagen der Planwirtschaft“ zu reduzieren. Das verlangt zwangsläufig grobe Fälschungen wie bei der Interpretation des „Schürer-Berichts“. Hat der „Normalbürger“ die DDR so erlebt? Wie erklärt es sich, daß dieser Staat weltweit Achtung und Anerkennung genoß? Ist die DDR-Politik ohne die Wechselwirkung mit der Politik der BRD und den Entscheidungen der Sowjetunion überhaupt denkbar? Welcher Staat agiert politisch im luftleeren Raum? Herr Tiefensee möchte, daß die Eltern ihren Kindern die DDR „mit Licht- und Schattenseiten“ schildern (SZ 13./14. September). Warum diese Order? Wissen die einstigen DDR-Bürger nicht selbst, was sie erlebt haben? De Maizière fühlt sich gekränkt, wenn ihm jemand „aus dem Westen“ seine Biographie diktieren will, sagte er am 3. August dem „Tagesspiegel“.

Nach 1990 forderten auch CDU-Politiker, „Ossis“ und „Wessis“ sollten sich ihre Geschichten gegenseitig erzählen. Warum werden kritische Zeitzeugen jetzt mundtot gemacht?

Klassenkampf-Einmaleins

Der Feind steht im eigenen Land

Zum 64. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns am 24. August hat Klaus Steiniger in Ziegenhals gesprochen. Die Bedeutung seiner Rede geht weit über den unmittelbaren Anlaß hinaus und regt zum Nachdenken an.

Wie wahr: „Die Faschisierung in der Merckelschen Bundesrepublik Deutschland findet in neuen Formen und in veränderter Maskerade statt.“ (RF Nr. 129) Dabei laufen alle „modernen Darstellungen“ des deutschen Faschismus darauf hinaus, seinen Klassencharakter zu vertuschen. Der „Vergleich zweier Diktaturen“ – eben allgemein „Diktaturen“ – soll den Eindruck von Klassenlosigkeit erzeugen. Gleichzeitig wird der perfide Versuch unternommen, die DDR mit den Blutrunen der SS zu besudeln. Wir haben allen Grund, dieser Vertuschungsstrategie entgegenzutreten.

So wie wir heute dem Faschismus in anderer Form begegnen – keine SA oder SS, (noch) keinen Führerkult – , so haben wir es auch mit neuen Formen des Klassenkampfes zu tun, die sich mit veränderter Phraseologie tarnen. „Die Gesellschaft bestehe aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vokabeln wie Klassen und Klassenkampf seien überholt“ (RF Nr. 129) – mit

der scheinbar harmlosen „Neufassung“ der „Begriffe“ sollen der Klassenkampf und das Klassenbewußtseins ausgemustert werden. Wenn Lenin 1902 noch erklärte, die Partei müsse den Arbeitern das Klassenbewußtsein, so beeilen sich heute einige „Vordenker“, dieses Wort zu entsorgen. Ganz behutsam macht sich Gysi an die Überwindung der Klassen, er spricht lieber von „arm und reich“ und begründet das so: „Da wissen die Leute wenigstens gleich, was gemeint ist.“ Dieser intellektuelle „Fortschritt“ erfaßt den Kern des Problems nicht und ist überdies dem Neuen Testament entlehnt.

Einmal mehr ist am 3. Oktober die – wiederhergestellte – Einheit des deutschen Volkes bejubelt worden. Unübersehbar schwang das „Ich kenne nur noch Deutsche“ von Wilhelm II. aus dem August 1914 mit. Auch die Hitlerfaschisten negierten bekanntlich den Klassenkampf und sprachen statt dessen von der „Volksgemeinschaft“, in der es keine Klassen mehr gäbe. Schon Karl Liebknecht betonte: „Der Feind steht im eigenen Land.“ Und Friedrich Engels traf die Feststellung: „Alle Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Die Offensive des Finanzkapitals hat alle Lebensbereiche erfaßt, beim „Lohnverzicht“, beim Sozialabbau, bei allen Tarifen, bei horrenden Überstunden, bei Arbeitszeitverlängerung, bei Teilarbeitszeit – bis hin

zu den übel strapazierten „patriotischen Fanmeilen“. Die „Eliten“ waren energisch, zudem erfolgreich, ihre Interessen. Auch bei der Errichtung spezieller Schulen für deren Kinder ist man „zukunftsorientiert“. Selbst Klima- und Umweltschutz erheben sich „über die Klassen“, obwohl

bietet Gelegenheit, alle Schändlichkeiten des Klassenkampfes der Bourgeoisie – den Ausverkauf durch die Treuhänder, die „Abwicklung“ Tausender DDR-Betriebe, die chronische „Suche“ nach Arbeit, den Frauenhandel, die pauschale Beschlagnahme von Vermögen anderer

(z. B. der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft) – ungeschehen erscheinen zu lassen und nachträglich mit Pomp und Gloria auf den Sockel des seinerzeit geschleiften Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu heben.

Mit Sicherheit sieht Klassenkampf heute anders aus als vor 100 Jahren, doch besonders betörend sind die „Neuheiten“ nicht. Seine perfideste Form bleibt, wenn unter den Bedingungen seiner Zuspitzung diverse „Ideologen“ auftauchen, die uns verkünden, „im klassischen“ (Marx'schen) Sinne gäbe es keine Klassen mehr, die sozialen Strukturen hätten sich „gewandelt“. Allein deshalb, weil die Arbeiter nicht mehr verrußt sind, keine schwierigen Hände haben, z. T. besser bezahlt werden, an Taktstraßen und Rechnern wirbeln, eigene PKWs fahren, Fremdsprachen beherrschen, weltweit eingesetzt werden können? Ein Grund, mitten im Schlachtgetümmel die

Waffen zu strecken, errungene Positionen preiszugeben, dazu aufzurufen, den Klassenkampf der „Arbeitnehmer“ gegen die „Arbeitgeber“ einseitig einzustellen? Arbeit ist Ware geblieben, sie mehrt unverändert den Reichtum der Kapitalisten. Das ursprüngliche Ziel – die „Befreiung der Arbeit“ (Plechanow) zu erreichen – gilt weiter. Die unvollendeten Untersuchungen der „neuen Strukturen“ werden in voraus-eilendem Gehorsam mit bedingungsloser Kapitulation gekrönt.

Im täglichen Leben können wir uns davon überzeugen, daß sich die Fronten gerade durch „neue Strukturen“ erheblich verändert haben. Flächendeckend nimmt nicht nur die Arbeitsintensität zu, auch die Hetze. Heute melden sich Mediziner in schneeweißen Kitteln mit dem bewährten Mittel der Arbeiterklasse, dem Streik, oder in Berlin mit 130 000 Demonstranten zu Wort.

Die klassischen Widersprüche bestehen also weiter, sind nach wie vor ungelöst. Wenn die „Theoretiker“, die den Klassenkampf wegzaubern, dann auch noch aus den Reihen der „linken Alpha-Garnitur“ (eine köstliche Wortschöpfung von Hanna Berend in der „jungen Welt“) kommen, schlägt das dem Faß den Boden aus. Früher nannten wir so etwas verächtlich „Streikbrecherei“.

Walter Ruge



die Ursachen doch eindeutig in der pathologischen Profitmaximierung zu suchen sind. „Bankenskandale“ werden uns wie Wirbelstürme präsentiert, während sie in Wahrheit das Werk hochdotierter Menschen sind. Merkels „Rettungspakete“ werden uns die maroden Banken erhalten und noch dreister machen. Man stelle sich „Bankenskandale“ in der DDR vor!

Preisterror ist Klassenkampf; Mietwucher ist Klassenkampf; Inflationsterror bleibt Klassenkampf; die Unterwanderung der Gewerkschaften und der Tarifverträge – Klassenkampf pur. Das Arbeitslosenheer ist ein unentbehrliches Druckmittel gegen die „lohnabhängig Beschäftigten“; wie das heute heißt. „Neue“ Begriffe entstehen am laufenden Band: „Schere“, „Umverteilung von unten nach oben“ – wo es sich doch um Raub am hellichten Tage handelt. Der gesamte Machtapparat stützt die Durchsetzung von Klasseninteressen.

All das geschieht ganz beiläufig angesichts aktiver Kriegsführung Tausende Kilometer von „der Heimat“ entfernt und bei verkündetem Einsatz der Bundeswehr im Innern. Die „Werbung“ von Soldaten läuft wieder auf Hochtouren – nicht ganz so rigoros wie unter Friedrich II. – auch der ewig „gute Zweck“ blieb uns bewahrt. Jetzt soll auf der Berliner „Schloßfreiheit“ ein superpatriotisches Freiheits- und Einheitsdenkmal Aufstellung finden. Es

Ein herausragender Bildungspolitiker der DDR

Ernst Machacek zum 85. Geburtstag am 6. Dezember

Vor mir liegt das Manuskript zum Buch „Lehrerbildung in der Deutschen Demokratischen Republik“ von Ernst Machacek. Er hatte es schon lange schreiben wollen. Als es endlich nach vielerlei Gutachten zum Druck vorlag, war die DDR abhanden gekommen und der Verlag wegen des Verlegens in Verlegenheit. Ich weiß nicht, ob das Manuskript überhaupt gedruckt oder ob es gedruckt, aber nicht ausgeliefert oder ob es mit der Umwandlung des Verlags mit dem programmatischen Namen „Volk und Wissen“ einfach eingestampft wurde. Aber damit ist es nicht aus der Welt.

Ernst Machaceks Geschichte der Lehrerbildung in Ostdeutschland und in der DDR gibt nicht nur Nachricht über ein wichtiges Segment der politischen Kultur in diesem Land und stellt sie in die Traditionslinien der deutschen Geschichte und Pädagogik, sie beantwortet auch Fragen zu seiner Biographie. Er gehört zu der Pioniergeneration, die nach dem von Hitler entfesselten 2. Weltkrieg und der Zerschlagung des Faschismus die demokratische und humanistische Bildung zu ihrem Lebenswerk machte, porträtiert im

DEFA-Film „Die besten Jahre“ von Ernst Machaceks Freund Günther Rücker.

Im Vorwort zum Buch formuliert der Schulpolitiker Machacek den Anspruch an den Lehrer und seine Wertschätzung als „Mittler zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“: „In der Person und im Wirken des Lehrers kommen das allgemeine und geistige Entwicklungsniveau eines Volkes und dessen Wertvorstellung zum Ausdruck ... Dem Lehrer ist das kostbarste Gut des Volkes, die Jugend, anvertraut. Ihr erschließt er die Quellen der Wissenschaft, der Kunst und Technik, er formt Charaktereigenschaften, festigt und vertieft moralische Standpunkte ...“ Wo immer Ernst Machacek eingesetzt war – als Neulehrer, Schuldirektor, Kreisschulrat, Direktor des Instituts für Lehrerbildung Weißenfels, Hochschullehrer und zuletzt Stellvertretender Minister, verantwortlich für die Ausbildung von Lehrern und Erziehern in der DDR –, hat er immer nach diesen Leitlinien gearbeitet.

Und das war nicht einfach und widerspruchsfrei, wie jede schöpferische Suche nach den jeweils besten Lösungen und Entscheidungen, die Entwicklungen vor-

antreiben. Auch davon kann man in seiner Studie lesen. Man erfaßt die Dimensionen des Disputs, aber auch der persönlichen Energieleistung, die die Herausbildung der Errungenschaften der DDR-Volksbildung begleiteten und zuwege brachten.

Gegenwärtig erleben wir eine vor allem in den Medien geführte Kampagne gegen die DDR-Schule einerseits, was nicht verwunderlich ist. Andererseits aber besteht – vor allem in Ostdeutschland – eine weitverbreitete Identifizierung mit ihren Werten, nicht zuletzt auch in Staaten, die in der Pisa-Rangordnung weit vorn liegen.

Ernst Machacek vermittelt durch sein Wirken und mit seiner Studie, die leider kein Buch geworden ist, über das Bestehen der DDR hinaus eine wichtige Erkenntnis: Ohne umfassende Reform der Lehreraus- und -weiterbildung kann es keine echte Schul- oder Bildungsreform in Deutschland geben.

Auch darum hinterläßt er mit seiner Schrift über die Lehrerbildung in der DDR und deren Ergebnisse ein Vermächtnis mit dem Prädikat „Zur Wiedervorlage“.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Ernst!

**Im Namen Deiner Mitarbeiter und Freunde:
Gudrun Bahls**

Überflüssig

Was im „Unrechtsstaat“ nicht denkbar gewesen wäre

Ungläubig starrte ich auf den Brief meines „Arbeitgebers“, den ich zum Wochenende (es sollte gemütlich werden) nach Feierabend in meinem Briefkasten vorfand. Die Worte verstand ich, die Bedeutung zuerst nicht: „Aus betrieblichen Gründen endet Ihr Arbeitsverhältnis zum ... Sie brauchen ab sofort nicht mehr an Ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen. Ihre persönlichen Sachen können Sie bei Gelegenheit abholen.“ Heißt das, daß mein „Arbeitgeber“ mich nicht mehr haben will? Oder liegt ein Irrtum vor? Muß wohl sein! Im Frühjahr hat man mir doch noch versichert, ich sei eine Superkraft, und man danke für meine Einsatzbereitschaft. Also ein Irrtum! Und wenn nicht?

Fragen kamen wie häßliche Würmer gekrochen. Warum hat man mir das nicht während der Arbeitszeit gesagt? Traute man sich nicht? Hatte man Hemmungen? Schließlich hatte ich mir nichts zuschulden kommen lassen. Stets willig, auch was den Arbeitsort betraf. Einen Weg von vielen Kilometern in Kauf genommen, ohne Pauschale, Überstunden geschoben, nach Feierabend gelernt. Und nun? Es würgte im Hals, kalt wurde mir. Was soll nur werden?

Kalt war es schon immer. Kaffeetrinken längst passé, Tratschen erst recht. Manches war ja gut, aber kalt trotzdem ... Ein Chef: „Frau Ammann ...“ „Bitte Hamann“, „... ach ja, Frau Hamal.“ Gewerkschaft? Selbstverständlich, aber besser nicht.

„Alles muß sich rechnen.“ Dabei arbeiten wir wie die Teufel für die Firma. Ließen uns immer wieder was einfallen. „Fünf Prozent sind zu wenig, acht müssen es sein, oder dürfen es auch zehn sein?“ Dann kam die Finanzkrise über den Teich gekrochen. Milliarden-„Verluste“. Verbranntes Geld. War es wirklich verbrannt? Vorstände wurden (allerdings mit millionenschweren Abfindungen) ausgebootet. Ich muß nun auch gehen. Ohne entsprechendes „Pflaster“. Der Steuerzahler blecht. 700 Milliarden Dollar in den USA. Aus Deutschland noch ein Geschenk dazu: 350 Millionen Euro für Lehman. Das Geld geht an die Banken. Nicht an die Erwerbslosen. In Deutschland ebenfalls Hunderte Milliarden Euro an die Banken – die Betroffenen erhalten Arbeitslosengeld.

Und nun? Ich bin überflüssig! Mein Wissen, meine Kraft, meine Erfahrung, meine Einsatzbereitschaft ... nichts wert, überflüssig. Ich bin zu viel auf der Welt. Ich

werde wütend. Was tue ich morgen? Meinem fast erwachsenen Sohn erklären, daß ich ohne Job bin. Da verfällt man unwillkürlich in Nostalgie. So etwas wäre vor zwanzig Jahren undenkbar gewesen.

Gerechnet habe ich schon oft damit, wenn es hieß: Personalkosten senken! Die Glocken klingeln – das heißt auf bundesdeutsch: Entlassungen, Menschen auf die Straße setzen, ohne sich um sie zu kümmern. Wie geht es weiter? Wo ist eine neue Arbeitsmöglichkeit? Ja, das wäre Sozialpolitik. Nichts gegen Strukturveränderungen, aber man muß etwas für uns tun, die wir bisher gut genug waren, für die Firma das Geld zu verdienen. Doch man tut nur etwas für die Eigentümer.

Die Deutsche Bank schluckt die Postbank, die Commerzbank die Dresdener, Porsche den VW-Konzern – tägliche Kurzmeldungen. Ganz sachlich und cool. Aber wer zahlt die Zeche? Nunmehr auch ich.

Eine junge Frau, alleinerziehende Mutter zweier Kinder, langjährige Mitarbeiterin im Bankgewerbe, erhielt ihre Entlassung. Was sie in der ersten Stunde danach dachte und fühlte, habe ich von ihr erfahren und hier aufgeschrieben.

Kurt Koopmann, Seddiner See

Einspruch, Euer Ehren!

Es geht nicht um Tabus, sondern um Prinzipien

Friedrich Engels hat Polemik mit dem Feind von Polemik mit dem Freund unterschieden. Während die eine scharf zugespitzt sein sollte, muß man bei der anderen berücksichtigen, daß es sich um eine Auseinandersetzung innerhalb der eigenen Reihen handelt. Auch dabei darf es allerdings nicht an klarer Benennung unterschiedlicher Positionen fehlen.

Dr. Franz Köhler hat im November-RF seine „Grübeleien eines alten Mannes“ zum Roten Oktober veröffentlicht und dabei echte wie vermeintliche Tabus berührt. Da sich der „RotFuchs“ als Tribüne für Rede und Gegenrede (unter Ausschluß antikommunistischer Positionen) versteht und in seinem Impressum ausdrücklich darauf hingewiesen wird, namentlich gezeichnete Beiträge müßten nicht immer den Standpunkt der Redaktion ausdrücken, haben wir den interessanten Artikel dieses bekannten DDR-Journalisten abgedruckt. In einer Reihe von Fragen stimmen wir mit dem Autor überein, in anderen gehen die Meinungen prinzipiell auseinander. Übrigens: Manches Gesagte bleibt hinter dem kollektiven Erkenntnisstand der RF-Leser weit zurück. Sie dürften während der Lektüre Anleihen bei Leo Trotzki feststellen, den wir ernstnehmen, ohne ihm deshalb zu folgen.

Gegen was erhebe ich Einwände?

Es dürfte kaum zutreffen, daß die Oktoberrevolution den „Ausgangspunkt ... für den größten Scherbenhaufen der Geschichte“ darstellt, in dem „auch ... unser Erbe liegt“. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Der Sozialismus konnte nur deshalb auf unserem Kontinent zer schlagen werden, weil die Führung der KPdSU und der UdSSR im Laufe der Zeit entartet und dem jahrzehntelang mit Erfolg verteidigten Erbe der siegreichen Oktoberrevolution untreu geworden war, was fatale Auswirkungen auch auf alle anderen europäischen Staaten des sozialistischen Weltsystems hatte. Zum „Scherbenhaufen“ gehört nicht Lenins „Staat und Revolution“, sondern das ideologische Gestammel jener, welche vom durch ihn gewiesenen Weg abwichen und die Sowjetunion dem imperialistischen Zugriff preisgaben.

Unrichtig ist aus meiner Sicht auch die Behauptung, die „Verantwortlichen“ hätten, da sich das Geschehen „zur falschen Zeit am falschen Ort“ zugetragen habe, „letztendlich gar nicht anders handeln können“, als sie es taten. Eine solche Pauschalrechtfertigung für subjektives Versagen darf es nicht geben.

Ort und Zeitpunkt einer Revolution richten sich nie nach einem vorgeschriebenen Fahrplan. Marx und Engels waren vom gleichzeitigen Sieg des Sozialismus in

den entwickelten Ländern ausgegangen – eine Annahme, die von der Geschichte nicht bestätigt wurde. Das wäre indes der Idealfall gewesen. Wenn die Revolution in einer Anzahl sozial und ökonomisch ausgereifter Gesellschaften zugleich siegen würde, wären die anvisierten Ziele viel leichter erreichbar. Da das aber fernab der Realität liegt, ereignen sich revolutionäre Vorstöße in aller Regel „zur falschen Zeit am falschen Ort“. Soll man deshalb auf historische Chancen verzichten? Sind die Umwälzungen in Lateinamerika nicht Indikatoren dafür, daß dort gesellschaftliche Veränderungen antiimperialistisch-antikapitalistischer Natur anstehen? War Kuba etwa „reif“ für den Sozialismus? Dabei hat es sich seit 50 Jahren nur 180 Kilometer vom Territorium der USA entfernt zu behaupten vermocht!

Hätte man die große chinesische Revolution, die ohne eine bereits landesweit formierte Arbeiterklasse mit einer überwiegend aus Bauern bestehenden Millionenarmee vollzogen wurde, „abblasen“ sollen, weil es „zu früh“ für sie war? China liefert den Beweis, daß der Sozialismus nicht auf einem „Scherbenhaufen“ gelandet ist. Es vermittelt eine wichtige Lehre: Man muß an geschichtliche Prozesse mit langem Atem herangehen und darf den Aufbau der neuen Gesellschaft nicht voluntaristisch anpeitschen oder durch Parteibeschlüsse „festlegen“. Er beansprucht Generationen, möglicherweise Jahrhunderte.

Auch Franz Köhlers These, die Oktoberrevolution habe „scheitern müssen, weil die objektiven Bedingungen für ihren Sieg noch nicht vorhanden waren“, halte ich für falsch. Wäre es so gewesen, hätte sich die Sowjetunion wohl kaum zur zweiten Weltmacht entwickeln können, die dem Imperialismus Paroli bot und den dritten Weltkrieg verhinderte. Die KPdSU erlitt Schiffbruch, weil das Feuer in den Kesseln erlosch und die falschen Steuerleute auf der Brücke standen.

Auch der Auffassung Trotzki's, daß allein die permanente Revolution den Sieg bringe und der Aufbau des Sozialismus in einem Lande fehlschlage, muß widersprochen werden. Bei der Sowjetunion handelte es sich weder um Luxemburg noch um Liechtenstein, sondern um ein Sechstel der Erde. Was hätte die Führung der KPdSU nach dem Sieg über die Intervention der 14 Staaten, nach der Niederwerfung der Weißen im Bürgerkrieg denn tun sollen? Wegen des Ausbleibens ihr zu Hilfe eilender Revolutionen oder der Schwäche von Bruderparteien in Westeuropa die Flagge einrollen, weil einige Intellektuelle die Sache für „verfrüht“ hielten? War es möglich, den Sozialis-

mus allein aufzubauen oder nicht? Ohne Zweifel konnte in der Sowjetunion noch keine entwickelte sozialistische Gesellschaft entstehen, von Chruschtschows Fieberphantasien über den nahen Kommunismus, die auch bei manchen DDR-Funktionären Widerhall fanden, ganz abgesehen. Aber immerhin wurde von Petrograd aus das Kapitel sozialistische Weltgeschichte eingeleitet.

Franz Köhlers Behauptung, nicht die UdSSR und deren Armee mit dem roten Stern, sondern Mütterchen Rußland samt seiner Orthodoxen Kirche habe den Großen Vaterländischen Krieg gewonnen, kann man so nicht stehen lassen. Sind nicht über zwei Millionen Mitglieder der KPdSU an den Fronten gefallen, wo man Hunderttausende kurz vor dem Angriff auf die faschistischen Stellungen in die Partei und den Komsomol aufnahm? Wurde nicht die kommunistische Fahne mit Hammer und Sichel auf den Reichstag getragen? Natürlich gab es – wie in jedem Krieg – auch eine nationale Komponente. Aber gesiegt hat die sozialistische Großmacht UdSSR, nicht Rußland.

„Für das Vaterland! Für Stalin!“ riefen auch die usbekischen, kasachischen, turkmenischen, belorussischen, ukrainischen, kirgisischen, georgischen und armenischen Rotarmisten vor dem Sturm auf die feindlichen Linien. Sie waren Patrioten eines gemeinsamen Landes, in dem Russen nicht nur die Mehrheit der Bevölkerung, sondern auch das Rückgrat des Staates verkörperten. Sicher hat es dabei eine unzulässige „Russifizierung“ anderer Republiken gegeben. Aber ohne Russen wäre die Sowjetmacht an der Peripherie des Riesenlandes weder denkbar gewesen noch behauptet worden.

Übrigens: Es greift zu kurz, wenn man den Antisowjetismus vieler durch Bourgeoisie und Klerus scharf gemachter Polen allein auf die durch Moskau – aus welchen Gründen auch immer – herbeigeführte Abtrennung von Territorien reduziert. Und man muß in dieser Frage sehr aufpassen, nicht ungewollt auf der Klaviatur des Revanchismus zu spielen.

Eine letzte Bemerkung: Franz Köhler fordert, „alle, wirklich alle Thesen auf den Prüfstand zu stellen“. Da gehe ich nur zum Teil mit. Zweifellos muß man dem, was von uns in der Vergangenheit gedacht und getan wurde, mit geschärften Sinnen begegnen. Nicht aber der durch Marx, Engels und Lenin begründeten proletarischen Weltanschauung, die sich in guten und schlechten Tagen als verlässlicher Kompaß erwiesen hat.

Klaus Steiniger

Mord noch 5 nach 12

Am 10. Mai 1945 wurde der Leipziger Matrose Fritz Wehrmann hingerichtet

Als sich am Himmelfahrtstag des Jahres 1945 in Leipzig bereits das Leben langsam zu normalisieren begann, spielte sich auf dem Marine-Begleitboot „Buea“ in der Geltinger Bucht bei Flensburg eine gespenstische, fast unwirklich anmutende Szene ab: Auf dem Achterdeck des Schiffes ließ Kapitänleutnant Sander die Mannschaft antreten und verkündete, daß eine Gerichtsverhandlung am Vortag zu drei Todesurteilen geführt habe. Die verurteilten Matrosen seien der Fahnenflucht schuldig und müßten nun „ausgelöscht“ werden. Ein Erschießungskommando von zehn Mann zog auf. Kapitänleutnant von Dresky verkündete, daß das Urteil bestätigt worden sei. Das Verbrechen nahm seinen Lauf. Die drei verurteilten Matrosen waren aneinandergebunden und trugen Augenbinden. Einen letzten geistlichen Trost hatten sie abgelehnt. Eine Salve streckte die Männer nieder, und Kapitän zur See Merkel gab jedem noch einen „Gnadenchuß“. Die Leichen wurden mit Grundgewichten beschwert und in die Ostsee versenkt. Eines der drei letzten Opfer der NS-Militärjustiz war der Leipziger Matrose Fritz Wehrmann.

Worin besteht die Vorgeschichte dieses Mordes zwei Tage nach der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands? Am 4. Mai 1945 ergaben sich die den britischen Streitkräften gegenüberliegenden Teile der faschistischen Wehrmacht, einschließlich der Marineeinheiten in Schleswig-Holstein, Holland und Dänemark. Am nächsten Tag wurde die Teilkapitulation über den Sender Flensburg auch den Matrosen der Ostseeflotte bekannt. Am Abend dieses Tages hielt der Kommandeur des Bataillons Sander, das Ende April aus Angehörigen der Schnellbootwaffe gebildet worden war, um noch in letzter Minute bei den Kämpfen um Berlin eingesetzt zu werden, während eines „Kameradschaftsabends“ eine euphorische Rede voller schwülstiger Nazi-Parolen. Als ob nichts passiert sei, wurde abschließend das Lied „Es zittern die morschen Knochen“ gesungen, in dessen Refrain es hieß „Wir werden weitermarschieren, wenn alles in Scherben fällt, denn heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt.“

An diesem Abend beschlossen vier junge Matrosen, der zu erwartenden Gefangennahme durch die Engländer zuvorzukommen und sich zu ihren Familien nach Deutschland durchzuschlagen. Initiatoren waren der 19jährige Marinefunker Alfred Gail aus Kassel und der 26jährige Leipziger Fritz Wehrmann. Dieser war

ein unter seinen Kameraden beliebter Soldat, dessen Eigenständigkeit und Uner-schrockenheit auch gegenüber Offizieren hervorstach. Er galt in den Augen seiner Vorgesetzten als unbequem und aufsässig. Wehrmann führte – fast schon verdächtig für einen einfachen Matrosen – Tage-



Fritz Cremer: Skizze zum Buchenwalddenkmal

buch und machte sich offenkundig auch Gedanken über anderes als die alltäglichen Dinge. Am 14. Januar 1945 schrieb er, den einige Offiziere als „Kommunisten“ ansahen, in sein Tagebuch den bekannten Satz von Immanuel Kant: „Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

Fritz Wehrmann hatte die Sinnlosigkeit des Krieges und die Hohlheit der Nazi-Parolen längst erkannt. Er war froh, daß der Krieg beendet war, und er seinen Leipziger Angehörigen in schwerer Zeit beistehen konnte.

Ohne sich sonderlich zu beeilen oder gar zu tarnen, machten sich die vier Matrosen auf den Weg nach Hause. Als sie von bewaffneten dänischen Widerstandskämpfern festgenommen und zu ihrer Einheit zurückgebracht wurden (in den Augen der Dänen wollten sie sich der britischen Kriegsgefangenschaft entziehen), rechneten sie allenfalls mit geringer Bestrafung.

Am Morgen des 9. Mai 1945 – einen Tag nach der Gesamtkapitulation der Wehrmacht – wurden Fritz Wehrmann und seine drei Kameraden vor das schnell zusammengerufene Kriegsgericht gestellt. Einen Verteidiger hatte man ihnen nicht zugebilligt. Besessen von der Wahnidee, die Disziplin in der Truppe auch über das Kriegsende hinaus um jeden Preis aufrechterhalten zu müssen, und ohne der Kapitulation und dem Ende der Nazi-Herrschaft Gewicht beizumessen, verurteilten die Kriegsrichter drei der fassungslosen Soldaten – unter ihnen Fritz Wehrmann – wegen schwerer Fahnenflucht zum Tode.

Viele ähnliche Justizmorde blieben ohne juristisches Nachspiel. Nicht so der Mord an Fritz Wehrmann und seinen Freunden. Am 4. Juni 1948, noch vor der Gründung der Bundesrepublik, verurteilte das Hamburger Schwurgericht den Vorsitzenden jenes Militärtribunals, Holzwig, und Bataillonsführer Sander zu je zwei Jahren Gefängnis. Das Oberste Gericht der Britischen Zone erklärte sich mit diesem gelinden Urteil nicht einverstanden und hob es auf. Im Revisionsverfahren vor dem Hamburger Schwurgericht erkannte man am 4. August 1949 fünf Angeklagte des Verbrechens gegen die Menschlichkeit für schuldig und sprach Haftstrafen zwischen einem und fünf Jahren aus.

Nach Konstituierung der Bundesrepublik ging die Auseinandersetzung zum Urteil in die nächste Runde. Am 29. Mai 1952 kamen die Erschießungen vom 10. Mai 1945 vor dem 2. Strafse-nat des Bundesgerichtshofes (BGH),

dessen langjähriger Präsident Paulheinz Baldus selbst Nazi-Feldgerichtsrat gewesen war, erneut zur Verhandlung. Damit stand erstmals ein Kriegsrichter Hitlers vor der bundesdeutschen Justiz. Wiederum wurde das Urteil aufgehoben und nach Hamburg zurückverwiesen.

Inzwischen war mit der Einfügung des Artikels 131 ins Grundgesetz, der praktisch allen Staatsdienern des Dritten Reichs ein Recht auf Wiederverwendung im öffentlichen Dienst zubilligte, eine veränderte „Rechtslage“ entstanden. Folglich wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen. Sie durften sich nunmehr als angesehene und unbescholtene Bürger betrachten.

Fritz Wehrmann ist wie seine Freunde noch heute ein rechtmäßig verurteilter Verbrecher. Leider ist er in seiner Heimatstadt bislang völlig unbekannt geblieben, und sein Tod wurde uns erst 51 Jahre nach der Ermordung des tapferen Matrosen durch eine Veröffentlichung des Flensburger Professors Gerhard Paul bekannt.

Dr. Dieter Kürschner, Leipzig

Widerstandskämpfer, Bodenreformer und Bauernpolitiker

Vor 110 Jahren wurde Ernst Goldenbaum geboren

Vor 110 Jahren – am 15. Dezember 1898 – wurde Ernst Goldenbaum geboren. Er war eines von acht Kindern eines Sägewerksarbeiters in Parchim. Da der Verdienst des Vaters sehr gering ausfiel, übernahmen Ernst und dessen Geschwister schon in frühester Jugend Dienstbotenarbeiten. Die damalige Elementarschule absolvierte der Junge mit Bravour, der Besuch des Gymnasiums und ein Studium aber wurden ihm verwehrt, da die Eltern das Schulgeld nicht aufzubringen vermochten. Deshalb mußte Ernst sich zunächst als Hütejunge, Vieh- und Pferde-knecht bei Großbauern für einen geringen Jahreslohn verdingen. 1917 wurde er gegen seinen Willen in die Armee des Kaisers gepreßt. Doch als sich in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 – angespornt vom Beispiel der Kieler Matrosen – Soldaten auch in Schwerin erhoben, beteiligte sich Ernst Goldenbaum aktiv an den Revolutionskämpfen. Wenige Jahre später stand er bei der Zerschlagung des Kapp-Putsches in vorderster Reihe.

Aus dem Militärdienst entlassen, gründete er eine Ortsgruppe der USPD, die bereits im Juni 1919 politisch aktiv wurde. Er gehörte auch zu den Initiatoren einer Vereinigung mit der KPD, der sich die gesamte USPD-Ortsgruppe anschloß. Ernst Goldenbaum wurde Verantwortung übertragen. Als Ortsgruppenvorsitzender war er zugleich Leiter des Unterbezirks Parchim, ab 1922 gehörte er der KPD-Bezirksleitung an, von 1922 bis 1928 vertrat er die Partei im Stadtparlament und von 1929 bis 1932 im Mecklenburgischen Landtag.

Nach dem Besuch der Reichsparteischule in Hohenstein 1927 (Hermann-Duncker-Kursus) leitete er selbst die ersten Lehrgänge der KPD-Bezirksparteischule in Bölkow. Einer seiner Hörer dort war der später legendäre Bernhardt Quandt. Nach kurzer Tätigkeit als Org.-Sekretär der KPD-Landesleitung übernahm er die Chefredaktion der zuerst in Wismar, dann in Rostock erscheinenden kommunistischen Zeitung „Volkswacht“. In „Würdigung“ seiner journalistisch-politischen Arbeit stellte ihn der Klassenfeind 1928, 1930, 1931 und 1932 wegen „Pressevergehens“ vor Gericht. Ab September 1932 befand er sich abermals in Haft, nachdem er bereits in den Jahren 1922/1923 wegen „Landfriedensbruchs“ und „Rädelsführerschaft“ mit Gefängnis bestraft worden war.

Nach dem Machtantritt der Faschisten wurde Ernst Goldenbaum sofort wieder festgenommen. Aus der Haft zurückgekehrt, setzte er den antifaschistischen Kampf in Parchim fort. Nach Verbüßung mehrerer zusätzlicher Freiheitsstrafen wurde er in das KZ Neuengamme eingeliefert.

Im April 1945 gehörte er zu jenen, welche die Faschisten auf das Todesschiff „Kap Arkona“

brachten. Bevor sie dieses in der Lübecker Bucht versenken konnten, wurde es von britischen Kampfmaschinen bombardiert. Zu den wenigen Überlebenden gehörte Ernst Goldenbaum. Es gelang ihm, in die Ostsee zu springen und schwimmend das Ufer zu erreichen. Sofort begab er sich wieder nach Parchim, wo ihn die sowjetischen Genossen bereits erwarteten. Der Kommandant setzte ihn als Bürgermeister mit dem Auftrag ein, das gesellschaftliche Leben in seiner Heimatstadt wieder in Gang zu bringen. Überdies war Ernst Goldenbaum 1. Kreissekretär der KPD. In Severin übergab er das Gut des Großindustriellen und Junkers Günter Quandt, dessen geschiedene Frau im Beisein Hitlers den Nazichefideologen Josef Goebbels geheiratet hatte, an Landarbeiter, Umsiedler und Bauern. Ernst Goldenbaum wurde Geschäftsführer der Landeskommission für die Durchführung der Bodenreform und war später Ministerialdirektor in der mecklenburgischen Landesregierung. Im Februar 1948 hatte Ernst Goldenbaum ein wichtiges Gespräch mit dem SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck. Dieser informierte ihn über Erwägungen, in der sowjetischen Besatzungszone eine Demokratische Bauernpartei ins Leben zu rufen. In Anbetracht

seiner großen Verdienste, besonders auch bei der Umgestaltung des Dorfes, wollte man ihm den Vorsitz anbieten. Nach gründlicher Überlegung akzeptierte Goldenbaum den Vorschlag. Am 29. April 1948 wurde er in Schwerin zum Vorsitzenden des Gründungsausschusses und später zum Vorsitzenden der ersten wirklich demokratischen Bauernpartei in der deutschen Geschichte gewählt. Auf diesem Posten stand er 34 Jahre. Seine Leistungen fanden hohe Anerkennung – weit über die DBD hinaus. Übrigens haben sich die Parchimer Stadtväter während der Konturrevolution nicht dazu hinreißen lassen, Ernst Goldenbaum die Ehrenbürgerrechte ihrer Stadt abzuerkennen.

Das unrühmliche Ende der DBD, die viele Jahre einen hervorragenden Beitrag zum sozialistischen Aufbau in der DDR leistete, und deren verräterische Preisgabe durch Überläufer wie Junghanns an die CDU hat Ernst Goldenbaum glücklicherweise nicht mehr miterleben müssen. Nach langer Krankheit starb er im März 1990.

Ernst-Otto Christalle

Unser Autor war fast vier Jahrzehnte ein enger Mitarbeiter Ernst Goldenbaums.

Sachsens Innenminister stellt NPD-Nazis zufrieden: „RotFuchs“ ist Beobachtungsobjekt.

Ab sofort stehen der Staatsminister des Innern Dr. Albrecht Buttolo und das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz wegen des Verdachts der Begünstigung von Neonazis unter Beobachtung des „RotFuchs“-Fördervereins.

(Satire)

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN

DER STAATSMINISTER

Herrn Erich Igan, M.D.,
Präsident des Sächsischen Landtags
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Dresden, den 15.11.1938

Könige Anfrage des Abgeordneten Holger Apfel, NPD-Fraktion
Drs. Nr. 472876
Thema: Linksextreme Organisationen im Freistaat Sachsen

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die o. g. Könige Anfrage wie folgt:

Frage 1:
Ist der Revolutionäre Freundschaftsbund e. V. (RFV) Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz?

Der Revolutionäre Freundschaftsbund e. V. (RFV) ist Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Frage 2:
Ist der Verein „Seit an Seit e. V.“ Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz?

Der Verein „Seit an Seit e. V.“ ist kein Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Frage 3:
Ist die RotFuchs-Regimegruppe Dresden Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz?

Der „RotFuchs“-Förderverein e. V. - Regimegruppe Dresden ist Beobachtungsobjekt des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Albrecht Buttolo

Mylauer Helden

Stele erinnert an mutige Tat von acht Kommunisten

Am 13. März 1932 fand in Deutschland die zweite (und letzte) Wahl eines Reichspräsidenten statt. Dazu traten fünf Kandidaten an: Paul von Hindenburg, der dieses Amt bereits bekleidete, Adolf Hitler als Staatssekretär in braunschweigischen Diensten, der Transportarbeiter Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, und Theodor Duesterberg von der Deutschnationalen Volkspartei. Es herrschte Wahlkampfieber.

Acht Kommunisten aus dem vogtländischen Mylau erstiegen in der Nacht vor dem Abstimmungstag die Göltzschtalbrücke – die größte Ziegelsteinbrücke der Welt – und brachten in mannshohen Lettern die Losung „Wählt Thälmann“ an. Für die Männer war es nicht ungefährlich, mehr als 50 Meter über dem Abgrund auf einem nur schmalen Sims die sehr großen Buchstaben an die Pfeiler zu schreiben, zumal die Brücke streng bewacht wurde.

Am Wahltag gab es dann große Aufregung. Ein riesiges Aufgebot der Polizei fahndete nach den Malern. Diese blieben vorerst unentdeckt. Erst ein Jahr später, nachdem die Faschisten an die Macht gelangt waren, wurden sie in der Mylauer Turnhalle der Arbeitersportler gefangengehalten, furchtbar gequält und gefoltert. Doch keiner verriet die Namen weiterer Gesinnungsgenossen. – Zum 125. Jubiläum des Baus der Göltzschtalbrücke wurde 1976 am Sockel der mächtigen Konstruktion eine bronzene Gedenktafel angebracht, die an die mutige Tat der acht Antifaschisten erinnerte. Diese verschwand dann in den Wirren der sogenannten Wende. Offenbar fiel sie der damaligen Bilder- und Schilderstürmerei zum Opfer.

Mitglieder der Mylauer Ortsgruppe der Linkspartei regten im vergangenen Jahr an, die Gedenktafel zu rekonstruieren. Sie wandten sich an den Kreisverband Vogtland der VVN-BdA. Der nahm sich des Vorschlags an, denn die beherzte Aktion der acht Mylauer war eines der ersten weithin sichtbaren Zeichen antifaschistischen Widerstandes. Nach Überwindung einiger bürokratischer Hürden wurde es möglich, am 14. September, dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus, der zugleich Tag des offenen Denkmals war, an der Göltzschtalbrücke eine Stele zu enthüllen, auf der die ursprüngliche Gedenktafel nachgebildet ist.

Über einhundert Vogtländer waren zu der Feierstunde gekommen.

Der Enkel eines der mutigen Männer, Andreas Dick, sprach zu den Versammelten. Er berichtete, was er von seinen Großeltern über die damaligen Vorgänge erfahren hatte. Das furchtlose Handeln der Antifaschisten im Jahre 1932 gehöre untrennbar zur Geschichte der Brücke, sagte er. Er hätte nicht geglaubt, daß es jemals wieder

eine Anerkennung dieser Tat geben würde. Er, seine Familie und alle Anverwandten waren sichtbar gerührt und erfreut über das öffentliche Gedenken.

Die Tochter eines der damals Beteiligten, Erika Thoß, enthüllte darauf die Stele. Auch die Bürgermeister der angrenzenden Städte Mylau und Netzschkau nahmen an der Einweihung teil und erklärten, Geschichte sei in all ihren Teilen zu bewahren.

Peter Giersich, der stellvertretende Kreisvorsitzende der VVN-BdA Vogtland, dankte mit herzlichen Worten allen an der Errichtung des schlichten Denkmals Beteiligten. Die Finanzierung des Vorhabens wurde durch die Großzügigkeit des Kreisverbandes Vogtland der VVN-BdA und weitere Spenden ermöglicht, zu denen die linke Monatszeitschrift „Der Vogtlandbote“ aufgerufen hatte. Auch die Stadt Mylau leistete einen finanziellen Beitrag.

Die VVN-BdA Vogtland hat mit diesem Einweihungsakt einen von einigen gern weiß gehaltenen Fleck in der vogtländischen Geschichte getilgt und den Mylauer Antifaschisten ein würdiges Denkmal gesetzt. Unmittelbar nach der Feierstunde fuhr ein Reisebus aus Lindau am Bodensee vor. Die Touristen betrachteten das Monument, und man hörte: „Schau, schau, da



hinauf seins geklettert“ sowie „Jo schau, dös sein ja Hammer und Sichel, vielleicht Kommunisten?“ Aber alle äußerten sich zustimmend, daß wir an jene erinnern, die sich schon früh der braunen Flut entgegenstellten.

Peter Giersich / Steffi Pözl-Magirus

Denkwürdiges Jubiläum

Am 31. Dezember 1918 formierte sich in Berlin aus Mitgliedern des Spartakusbundes und linken Sozialdemokraten die Kommunistische Partei Deutschlands. Ihre Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg überlebten den Gründungstag der KPD nur um zwei Wochen. Sie wurden wie später Ernst Thälmann und

Zehntausende andere Genossen der Partei von Reaktion und Faschismus ermordet. Doch die Besten des klassenbewußten teils des deutschen Proletariats setzten den Kampf tapfer fort. Ein Teilnehmer des KPD-Gründungsparteitags – Wilhelm Pieck – wurde 1949 Präsident der Deutschen Demokratischen Republik.



Am 10. Dezember begeht
Generalleutnant a. D.

Manfred Dietze

– Inbegriff standhafter Treue zur kommunistischen Sache und ein wahrer Mensch – seinen 80. Geburtstag.

Eine herzliche Umarmung,
lieber Manfred!

Roßtäuscher

Brief aus der „Heldenstadt“

In der Zeitung „Leipzigs Neue“ kritisierte Prof. Jürgen Werner aus Berlin vor einiger Zeit die Tatsache, daß die Arbeitsagenturen den Medien stark nach unten korrigierte Erwerbslosenzahlen bekanntgeben. Das tun sie zweifellos nicht ohne Wissen und Beteiligung von Politikern der tonangebenden Parteien. Monat für Monat wird so die Unwahrheit verbreitet.

Diese Behauptung möchte ich durch Beispiele belegen. Manche Leute erklären immer noch, an der hohen Arbeitslosigkeit (Leipzig-Stadt: 15,9 %) sei allein der Zusammenbruch vormals volkseigener Betriebe schuld. Das ist gelogen. In den Schubladen der Arbeitsagentur befinden sich Analysen zur Beschäftigungsentwicklung in der Leipziger Wirtschaft, welche eindeutig belegen, daß der Verlust von Arbeitsplätzen nach der Zerschlagung der Industrie in den Jahren 1990 bis 1992 wesentlich höher war als damals. Nur: Sämtliche Medien verzichten darauf, die echten Zahlen auch nur anzufordern, geschweige denn bekanntzumachen. Die Bundesagentur für Arbeit veröffentlicht die Kurve ebenfalls, und zwar Land für Land. Sie nannte z. B. für Sachsen den Abbau von ca. 30 000 Stellen pro Jahr während der Ära Biedenkopf – eine Tatsache, die von den Regionalmedien ebenfalls unterdrückt wurde. Ein weiterer Aspekt ist die starke Personalschwankung vor allem in mittelständischen Betrieben.

Die Leipziger DDR-feindliche Opposition glaubte 1989, die damals 2 Millionen westdeutschen Arbeitslosen seien nur Menschen, die keine Lust hätten, eine Tätigkeit aufzunehmen. Die „Bürgerrechtler“ verbreiteten die Parole: „Überall in der BRD gibt es genug Arbeit.“ Dieser grundlegende Irrtum mag seinen Ursprung in einer entsprechenden Darstellung durch die Westsender gehabt haben.

Die Bekanntgabe des monatlichen Endbestandes an Arbeitslosen vertuscht die echte Bewegung. Auch dafür ein praktisches Beispiel: In der BRD melden sich im Monat etwa 700 000 Menschen arbeitslos und etwa genausoviel wieder ab. Das waren allein von Juni bis August 2008 über 2 Millionen, der dargestellte Endbestand um 50 000 vermittelte aber das Bild scheinbarer „Ruhe am Arbeitsmarkt“. Zudem verschweigt man die sich ständig ereignenden Zusammenbrüche von kleinen Wirtschaftseinheiten – sie gehen in die Tausende – und operiert statt dessen mit spektakulären „Einzelfällen“ á la Nokia. Der nächste Trick ist die Bezugnahme auf den gesamtdeutschen Durchschnitt, um die weitaus schlechteren Zahlen im Osten „wegzurechnen“. Die BRD insgesamt befindet sich nämlich mit einer Arbeitslosenquote von 7,6 % im Vordergrund der EU-Länder, während der Osten mit 12,8 % hinterherhinkt. ARD, ZDF und Regionalsender verzichten bewußt auf eine Differenzierung.

Abschließend noch zwei den Leser sicher frappierende Angaben: In den ostdeutschen Agenturen meldeten sich in den vergangenen zehn Jahren rund 24 Millionen Menschen arbeitslos und etwas mehr später wieder ab – und das bei lediglich 5,2 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Außerdem stellt man im Osten 50 % neuer Arbeitsplätze nur im Teilzeitbereich zur Verfügung. Sie wurden den Arbeitsuchenden gewissermaßen gegen deren Willen aufgezungen, da nach Ermittlung der Bundesagentur höchstens 5 % der Bewerber solche Stellen haben möchten.

Ich empfinde eine Informationspolitik, die all das verschweigt oder kaschiert, als unzumutbar und volksverdummend. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, daß die einstige Leipziger „Opposition“ besonders die Wahrheitsliebe der Westmedien und der bürgerlichen Politiker über den grünen Klee zu loben gewußt hat.

Joachim Spitzner



Petras Brüderchen

Ein tüchtiger bundesdeutscher Abzocker

Es ist bisweilen schwer, die allzu durchgeistigte Nachrichtenansage der ZDF-Showfrau Petra Gerster zu erfassen. Die politische Borniertheit der Mitteilungen, die allerdings nicht ungeschickt verkauft werden, ist allzu offensichtlich.

Doch weit interessanter als die Sprecherin des CDU-gelenkten Senders ist deren bei der SPD untergebrachter Bruder Florian. Der Mann ist nicht von Pappe, sondern Multimillionär. Zwischen 2002 und 2004 gab er ein Gastspiel bei einem Kraken: der Bundesagentur für Arbeit (BA). Er tat es allerdings erst nach Verdopplung der Jahresgage seines Vorgängers Jagoda auf 250 000 Euro, plus Spesen. Gerster benötigte drei Dienstwagen und residierte die ganze Zeit über in einem Luxushotel.

Ritter Florian flog indes vorfristig raus, weil er der „befeundeten“ WMP EuroCom AG einen PR-Auftrag über 1,3 Millionen Euro zugeschanzt hatte. Auch wurmstichige Beraterverträge mit fünf weiteren Firmen über die zwerghafte Summe von 38 Millionen Euro kamen ans Tageslicht. Da mußte ihn sogar Wolfgang Clement – der CDU-Minister mit SPD-Parteibuch – aus dem Verkehr zie-

hen. Gersters Gehalt lief vorerst weiter. In soundsoviel Aufsichts- und Beiräten großer Konzerne etabliert, nagte er ohnehin nicht am Hungertuch.

2007 stieg Petras Brüderchen noch größer ein: Er wurde Boß des Unternehmerverbandes Neue Brief- und Zustelldienste (NBZ). In dieser Eigenschaft besorgte er die Gründung der handzahmen und hauseigenen „Gewerkschaft“ (GNBZ). Die machte sich unverzüglich gegen die Einführung eines Post-Mindestlohnes stark. Bei alldem zog die berüchtigte PIN-Group, die zu zwei Dritteln dem Springerkonzern gehörte, die Fäden. Das Ergebnis: Die „Grünen“ blieben bei ihren Dumpinglöhnen. Allerdings ging die PIN-Gruppe, die zuvor noch 133 000 Euro an die GNBZ-„Führer“ gezahlt hatte, selbst in die Brüche. Der Konkurs führte zur Entlassung von 6000 „Mitarbeitern“.

Herr Gerster aber badet weiter in Sekt. Er habe die „Attitüden eines Sonnenkönigs“, las man im „Stern“ (14/2004). Eine Ungeheuerlichkeit, wenn man bedenkt, daß die BA, der Florian einst vorstand, hierzulande der größte Verwalter prekärer Lebenssituationen ist.

Übrigens gehört zu den Hobbys des flotten Supermanagers auch die Politik: Als Direktor des Policy-Fellow-Netzwerks – es versteht sich als „Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit“ – beschäftigt er sich mit Großem: der Strategie des weltweiten Abbaus von Arbeitsplätzen.

Kurz gesagt: ein tüchtiger bundesdeutscher Abzocker. In dieser Sparte besitzt er durchaus Format.

C. A.

Weltlauf

Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazubekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben –
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.

Heinrich Heine

Ein erfülltes Leben

Ein NDPD-Aktivist zieht Bilanz

Von 1949 bis zum Anschluß der DDR an die BRD war ich Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD). Zu deren Gründern gehörten so herausragende Persönlichkeiten wie Dr. Lothar Bolz, Prof. Dr. Heinrich Hohmann, Wolfgang Rösser und Vincenz Müller sowie mein sächsischer Landesvorsitzender Wilhelm Adam. Einige von ihnen waren ranghohe Militärs der Wehrmacht gewesen und hatten ihren Weg über das in der Sowjetunion gebildete Nationalkomitee Freies Deutschland gefunden.

1959 wurde ich Politischer Geschäftsführer des NDPD-Kreisverbandes Auerbach im Vogtland. Bei einer Arbeitstagung in Dresden fragte ich meinen Parteifreund Adam, wie ich mich in der Zusammenarbeit mit der SED verhalten solle. Seine Antwort lautete sinngemäß: Wir sind kein Anhängsel der SED und als deren Bündnispartner aufgefordert, uns stets einer offenen und ehrlichen Sprache zu bedienen. Diesen Rat versuchte ich in meiner Arbeit zu beachten. Das gelang mir zwar nicht immer, doch in der Regel.

Das Programm der NDPD entsprach meinen Vorstellungen und Wünschen: Nie wieder Krieg, Toleranz in weltanschaulichen und religiösen Fragen, Einbeziehung auch zu neuen Erkenntnissen gelangter ehemaliger Berufssoldaten und geläuterter früherer NSDAP-Mitglieder in gesellschaftliche Mitverantwortung, wenn möglich und persönlich gewollt.

Durch den Krieg, die Umsiedlung aus meiner schlesischen Heimat und die Suche nach einer neuen Bleibe, wo ich seßhaft werden sollte, hatte ich einen erheblichen Nachholbedarf an Bildung und beruflichen Fähigkeiten. Von großem Nutzen war für mich der Besuch der Landespartei- und der Zentralen Parteischule der NDPD. Dort wurden keine „ferngelenkten Partieroboter“ produziert, sondern durch Einheit von Wissensvermittlung und Erziehung Menschen zu konstruktivem Nachdenken über die Vergangenheit und eine künftige gesellschaftliche Entwicklung angeregt.

Meine Eltern, die ebenfalls Mitglieder der NDPD waren, hatten eine kleine Gaststätte in der Nähe von Reichenbach im Vogtland. Das „Waldhaus zur Postsäule“, im Volksmund allerdings als „Schwarze Katz“ bekannt, war beliebt, was auch für meinen Vater galt, der viele Jahre zu den Stadtverordneten Reichenbachs gehörte. Ältere Einwohner erinnern sich besonders daran, wie er mit seiner 125er MZ, statt eines Sozius eine Kiste, auf Einkaufstour war, um Bockwürste und Schweinsköpfe heranzuschaffen. Denn seine Sülze galt als „Renner“.

Ich lernte das Leben in der DDR nicht nur aus dem Blickwinkel der Partei kennen, sondern arbeitete mit Menschen unter-

schiedlichster Biographien zusammen. Maßgeblich war für mich nicht, wer wo organisiert war. Vor allem zählten Einsatzfreude, Leistungsbereitschaft und Vertrauenswürdigkeit. Das waren auch die Maßstäbe für Forderung und Förderung durch Leiter und Gremien. So ermöglichte mir der Rat des Stadtbezirks VI in Karl-Marx-Stadt ein externes Studium der Arbeitshygiene an der Medizinischen Fachschule. Das qualifizierte mich in meiner Tätigkeit als u. a. für Gesundheit und Sozialwesen zuständiges Ratsmitglied. Später delegierte mich der Rat zum Direktstudium an die Leipziger Karl-Marx-Universität. Dort erlebte ich guten Gemeinsinn, kritische Kollektivität und anspruchsvolle wissenschaftliche Arbeit. Ich konnte mich als Lehrer und Sozialpolitiker weiterbilden.

Nach dem Studium war ich mehrere Jahre als politischer Mitarbeiter im Bezirksvorstand der URANIA tätig. Meine Verantwortung bezog sich u. a. auf die Sektionen Philosophie, Pädagogik und Medizin.

Doch der für die DDR so typische Lernprozeß war noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen einer außerplanmäßigen Aspirantur konnte ich in Leipzig promovieren. Zwei Jahrzehnte lang arbeitete ich dann im VEB Kombinat Trikotagen Karl-Marx-Stadt, zunächst als Dozent an der kombinatseigenen Akademie für sozialistische Wirtschaftsführung und später als Beauftragter des Generaldirektors für Fragen der Sozialpolitik. Ich gehörte auch dem Wissenschaftlichen Rat für Sozialpolitik und Demographie bei der Akademie der Wissenschaften der DDR an.

Neben der hauptberuflichen Tätigkeit war ich sozialpolitischer Berater des Bezirksvorstands der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder und fast zehn Jahre Bezirksvorsitzender der Volkssolidarität in Karl-Marx-Stadt.

Eine einzige Idylle könnten die Leser denken. Kannte der Mann auf seinem gradlinigen Weg denn weder Probleme noch Ärgernisse noch Ungerechtigkeiten? Natürlich bin ich auch denen begegnet. Doch wie in einer guten Familie üblich, waren wir immer bemüht, Konflikte zunächst im eigenen Kreis zu klären. Unter uns – sowohl in der NDPD als auch mit den Genossen und Freunden der anderen Blockparteien – wurde freimütig gestritten. Ab Mitte der 80er Jahre merkten sich kritische und besorgte Stimmen. Es ging um die Zukunft der Republik. Wir faßten das Ergebnis unserer Debatten ungeschönt und ungeschminkt zusammen, um das Wahrgenommene dem Sekretariat des Hauptausschusses der NDPD in Berlin zuzuleiten. Vor der Analyse der Fehler anderer versuchten wir allerdings stets, uns eigene Versäumnisse bewußt-zumachen.

Vergleiche ich die DDR mit einem Ölgemälde, so werden natürlich bei zunehmendem Abstand manche Details deutlicher. Vorzüge und Defizite treten in ihren Konturen klarer vor das geistige Auge des Betrachters.

Heute richten die Antikommunisten jeglicher Schattierung ungezügelt ihr Feuer auf alles, was etwas mit der DDR zu tun hatte. Unterschiedlos verteufelt man Sozialismus und Kommunismus als unmenschlich. Dabei hat es doch einen ausgereiften, der wissenschaftlichen Theorie entsprechenden Sozialismus, vom Kommunismus ganz zu schweigen, bisher noch nirgends auf der Welt gegeben. Dieses Ziel liegt noch in weiter Ferne. Generationen werden dafür streiten müssen. Was mich betrifft, so stehe ich für eine friedliche, nicht profitorientierte Gestaltung menschlicher Beziehungen und für die zunehmende Übereinstimmung gesellschaftlicher Interessen mit individuellen Lebenserwartungen ein. Gerade auf diesem Weg befand sich ja die DDR. Sie war ein Staat echter Menschlichkeit, die Alternative zu Krieg und Ausbeutung.

Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz

Aus Helliges Anekdotenkiste

Dezember 1952. Weihnachtsfeier im Institut für Lehrerbildung Meiningen. Ich bin dessen Leiter. Am geselligen Beisammensein nehmen Studenten und Dozenten teil. Natürlich darf auch hier auf eine Ansprache nicht verzichtet werden. Das ist mein Ding. Bevor ich loslege, flüstert mir der Psychologiedozent ins Ohr: „Ich habe unserem Kollegium versprochen, einen Kasten Bier zu schmeißen, wenn Du den Satz unterbringst: ‚Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist.‘“

Das hat mir gerade noch gefehlt. Mein Text ist bis aufs letzte Wort ausgefeilt. Natürlich seriös und politisch. Würdigung des Erreichten. Wo sollte ich da den Bibelsatz hinstecken?

Nach dem Gesang trat ich ans Rednerpult. Langsam und auf Zeitgewinn bedacht, las ich Satz für Satz vor. Ich war fast am Ende, da hörte ich mich plötzlich sagen: „Wie schon Genosse Ulbricht auf der letzten ZK-Tagung formulierte, hat der Bibelspruch ‚Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist‘, in unserem Land der Werktätigen keine Daseinsberechtigung mehr.“ Angestrengt starrte ich auf den Weihnachtsbaum. In die ersten beiden Reihen des Auditoriums, wo alles kicherte, wagte ich nicht mehr zu blicken.

Helmuth Hellige

Meine Spur der Steine ...

Wie FDJler 250 000 Trümmerziegel für eine Berufsschule bargen

Im Jahr 1948 stand für uns, die wir bereits in der Jugendarbeit aktiv waren, die Vorbereitung auf das III. Parlament der FDJ im Mittelpunkt. Es sollte Pfingsten 1949 in Leipzig stattfinden. Im Vorfeld gab es in den Jugendgruppen Initiativen verschiedenster Art. Damals spornte uns das überall mit Begeisterung gesungene Lied an: „Bau auf, bau auf ... Freie Deutsche Jugend, bau auf, für eine bessere Zukunft richten wir die Heimat auf.“ Es ging darum, aus der argen Not der Nachkriegsjahre herauszukommen.

FDJ-Brigade der Boizenburger Werft in einem sechswöchigen Einsatz 250 000 Ziegelsteine bergen, putzen, stapeln und in Trümmerloren zum Hafen bringen. Der Transport von der einen Elbestadt zur anderen sollte mit Lastkähnen bewerkstelligt werden.

So geschah es also. Dem Aufruf der Boizenburger folgten auch drei FDJler der Warnowwerft. Ich stellte mich – damals war ich Jugendsekretär des FDGB – ebenfalls der FDJ-Brigade zur Verfügung. Vorsitzender der Boizenburger Betriebsgruppe war seinerzeit Walter Herkner, der meine Meldung dankbar entgegennahm. Er wurde auf dem III. Parlament in den Zentralrat der FDJ gewählt und leitete Jahre später als Generalmajor der NVA den Armeesportklub „Vorwärts“ (ASK).

Mitte Oktober 1948 fuhr unsere Brigade nach Magdeburg. Wir bezogen in einer verwaisten primitiven Baracke unweit des Bahnhofs Quartier. Unsere Verpflegung besorgten

zwei Frauen, denen die erstaunliche Fähigkeit eigen war, aus wenig viel zu machen. Täglich zog unser Freiwilligentrupps mit der Fahne der FDJ-Betriebsgruppe durch die inzwischen freigeräumten Straßenzüge des Zentrums. Aus den Ruinen holten wir die noch brauchbaren Ziegelsteine heraus, putzten und stapelten sie. Die Mittagssmahlzeit wurde auf den Trümmern sitzend verzehrt. Zum Glück war es ein

ruhiger, trockener Herbst. Regen gab es selten und wenn, dann verbrachten wir die Zeit in der Baracke.

Nach sechs Wochen täglich neunstündiger harter körperlicher Arbeit konnten wir den letzten Lorenzug mit Ziegeln beladen. In Boizenburg stand damals tatsächlich eine Viertelmillion Steine für den Neubau der Betriebsberufsschule zur Verfügung.

Es fehlte nicht an Dank. Und wir waren stolz auf diese Aufbautat. Für jeden Teilnehmer gab es von der Werkleitung wertvolle Sachprämien. Ich erhielt derbe Winterschuhe, die mir in dieser schweren Zeit sehr gelegen kamen. Die Freundschaft unter vielen Mitgliedern der Brigade hielt jahrelang.

Die neue Berufsschule nahm 1952 ihren Betrieb auf. Sie bekam später den Namen des Antifaschisten Carl Templiner. 38 Jahre diente sie der Ausbildung von Facharbeitern für den DDR-Schiffbau. Nach der Konterrevolution und der mit ihr verbundenen „Abwicklung“ der Boizenburger Werft verlor auch sie 1990/91 ihre Bedeutung.

Heute befinden sich auf dem Gelände ein Antik- und Trödelmarkt sowie andere kleine Firmen.

Im Heimatmuseum Boizenburg wird allerdings noch an unseren bravourösen Einsatz in Magdeburg erinnert. Dort hat der letzte der 250 000 vor 60 Jahren geborgenen Ziegel einen Ehrenplatz erhalten.

In meinen Erinnerungen kramend, wollte ich diese „Spur der Steine“ noch einmal nachzeichnen. Bei einem ins Auge gefaßten Treffen mit Jugendlichen der heutigen BBS Boizenburg würde ich ihnen die Geschichte gerne erzählen.

Harry Machals



In der Sowjetischen Besatzungszone lief der Schiffbau gerade wieder an. Zu seinen Wegbereitern gehörte auch die relativ kleine Elbwerft Boizenburg. Dort wurden Facharbeiter, junge Schiffbauer dringend gebraucht. Außer den Lehrwerkstätten dienten vor allem Berufsschulen zur Vermittlung und Aneignung des theoretischen Rüstzeugs. Noch lieferten Mecklenburgs Werften im Rahmen der zu erbringenden Reparationsleistungen Schiffe an die Sowjetunion. Doch perspektivisch ging es bereits um die Vorbereitung auf großzügige Projekte für einen künftigen volkseigenen Schiffbau. Um voranzukommen, benötigte die Boizenburger Elbwerft dringend eine eigene Betriebsberufsschule. Die mitgliederstarke FDJ-Gruppe wollte an der Lösung dieser Aufgabe teilhaben. So startete sie eine unter den seinerzeitigen Verhältnissen wohl einmalige Aktion. Noch heute betrachte ich sie als spektakulär.

Zur Errichtung des Gebäudes brauchte man unbedingt Ziegelsteine. Doch woher nehmen und nicht stehlen? Die alten Ziegeleien im Kreis Hagenow und dessen Umland hatte man stillgelegt. Es fehlte an Facharbeitern wie an Rohstoffen. Nachkriegszeit! So verhandelte man mit der Verwaltung der noch am 16. Februar 1945 durch angloamerikanische Bomben in Schutt und Asche gelegten Stadt Magdeburg. Aus den Ruinen des total zerstörten Zentrums wollte eine 35köpfige

Neuer Standort für Marx-Relief

Das Relief der Künstler Klaus Schwabe, Frank Ruddigkeit und Rolf Kuhrt, als „Aufbruch“ bezeichnet, war zu DDR-Zeiten Bestandteil des Hauptgebäudes der Leipziger Karl-Marx-Universität. Es sollte den Weg der Jugend in eine bessere sozialistische Zukunft symbolisieren.

Im Zusammenhang mit dem Abriß des Gebäudes wurde auch das Monument entfernt und zwischengelagert.

Nach kontroversen und teilweise sehr unsachlichen Diskussionen setzte sich schließlich die Vernunft durch. Das Kunstwerk erhielt mit Zustimmung der Universität und Finanzierung durch die Landesre-

gierung seinen neuen Standort auf dem früheren Campus der DHfK an der Jahnallee. Allerdings soll noch eine „erläuternde Tafel“ angebracht werden.



Foto: Kurt Köppe

Politische Naivität oder Bewußtseinseinbruch?

Im RF 127 zitiert Oberst a. D. Dr. Dieter Hillebrenner einen Stellvertreter des DDR-Verteidigungsministers, der 1997 rückblickend sagte: „Wir hätten nicht so naiv sein dürfen, unsere Waffen abzugeben, ohne Bedingungen zu stellen.“ Den Begriff naiv aus dem Munde eines solchen Militärs zu hören, erschüttert mich. Wie ist es möglich, daß ein Stellvertretender Verteidigungsminister erklärt, die Generalität der NVA sei naiv gewesen? Jedem höheren Kommandeur, ja allen Offizieren war doch bekannt, daß die BRD von Anfang an eine Politik mit dem Ziel betrieb, sich eines Tages die DDR einzuverleiben. Der Sozialistenhasser Eppelmann hat nicht einen einzigen Gedanken darauf verschwendet, die NVA-Angehörigen und vor allem deren Offizierskorps mit Respekt zu behandeln. Jeder in den Stäben unserer Armee wußte sehr gut, welche Rolle dieser der USA-Botschaft nahestehende Pfarrer in der DDR gespielt hat.

Unsere hohen Militärs waren politisch-ideologisch und fachlich hinreichend geschult. So konnte man es in meinen Augen nicht einer gewissen Naivität, sondern nur einem Bewußtseinseinbruch zuschreiben, daß einige von ihnen völlig die Übersicht verloren und sich im entscheidenden Moment als ratlos erwiesen.

Viele frühere Kommandeure meinen, es hätte keine Möglichkeit bestanden, gegen bestimmte Forderungen der westdeutschen Abwickler vom Schlage Rainer Eppelmans anzugehen. Das glaube ich nicht, obwohl es sicher sehr schwer gewesen wäre.

Das größte Versagen der im Dienst verbliebenen Generale bestand m. E. in deren Zustimmung zur unrühmlichen Vereidigung der NVA-Angehörigen nur wenige Wochen vor der Annexion der DDR. Ihnen hätte es doch in den Sinn kommen müssen, daß es den „Siegern“ lediglich darum ging, die

NVA und deren Offizierskorps noch kurz vor Toresschluß zu demütigen, indem man Hammer, Zirkel und Ährenkranz aus den Kokarden und Fahnen der NVA entfernte. Die inhaltliche „Veränderung“ des militärischen Gelöbnisses, aus dem Worte wie Feind, Sozialismus, Sowjetarmee usw. gestrichen wurden, spielte nur in der westlichen Propaganda eine Rolle. Seitens der NVA-Verantwortlichen dieser Phase wurde dazu geschwiegen.

Sollte niemand von der Generalität gemerkt haben, daß ein Rechtsaußen wie Schönbohm mit schmalzigen Reden die Abwicklungshelfer der NVA an der Nase herumführte, während Eppelmann die Vernichtung der Armee zügig vorantrieb? Er wurde nicht zufällig zum „Abrüstungsminister“ ernannt. Gemeint war die totale Zerschlagung des menschlichen und materiellen Potentials der NVA.

Wäre es wirklich nicht möglich gewesen, wenigstens seitens der Offiziere mit Stabsdienstgrad zu erkennen, daß die weiterverwendete Formulierung „... zum Schutz der DDR ...“ nur noch eine verlogene Floskel war? Konnten diese Militärs nicht den Mut aufbringen, in Erkenntnis des Kommenden zu erklären: „Einen verlogenen Eid, der über kurz oder lang keine Bedeutung mehr haben wird, kann ich nicht leisten. Meine politische Einstellung gebietet es mir, meinem einmal abgegebenen Eid treu zu bleiben. Auf einen Staat, den ich politisch nicht akzeptieren kann und der 40 Jahre lang bestrebt war, die DDR, für die ich meine Jugend und meine ganze Kraft gegeben habe, zu diffamieren und zu kriminalisieren, lasse ich mich nicht vereidigen. Das verbieten mir meine Würde, mein Stolz und die Verantwortung den Soldaten gegenüber, denen ich bis an mein Lebensende in die Augen sehen möchte. Ich kann meine Gesinnung nicht wie ein Hemd

wechseln.“ War unsere verbliebene Generalität wirklich so naiv zu glauben, daß aus den aggressiven und imperialistischen Saulusen über Nacht verständigungsbe-reite Pauluse geworden waren?

Der Verteidigungsminister der Modrow-Regierung, Admiral Theodor Hoffmann, beschwert sich in seinem Buch „Das letzte Kommando“ darüber, wie er und sein Stab letztendlich zum Narren gehalten wurden. Das betraf insbesondere jene, welche glaubten, in der Bundeswehr an Land gehen zu können. Offensichtlich wurde der Karrierismus, der bestimmte Generale schon zu DDR-Zeiten befallen hatte, von ihnen nahtlos beibehalten und auf die neuen Herren übertragen. Da haben einige Leute im Politunterricht geschlafen, oder sie waren schon zu DDR-Zeiten der Sache nicht verbunden. Da sie von ihrer sozialistischen Soldatenehre nichts hielten, sprangen sie von einem Trittbrett auf das andere. Dabei wußten sie doch sehr genau, daß in der Bundeswehr üble Traditionen der faschistischen Wehrmacht fortgesetzt werden. Man denke nur an die Kasernennamen.

Natürlich ist es richtig festzustellen, daß man die Berufssoldaten der NVA auf keinen Fall generell als Überläufer bezeichnen darf. Eine solche Pauschalisierung wäre sachlich unrichtig, politisch falsch und einer differenzierten Geschichtsbe-trachtung abträglich.

Oberst a. D. Dr. Dieter Hillebrenner bemerkt, „daß mit dem Revisionismus in militärischen Grundfragen der Konterrevolution Schneisen geschlagen wurden“. Damit bin ich voll einverstanden. Aber die entsprechenden Haltungen in der Armeeführung hingen ohne Zweifel mit schwerwiegenden Defiziten der Politik der SED-Spitze unmittelbar zusammen.

Günter Bartsch

Eingreifbefürwortern ins Stammbuch

In den Herbsttagen des Jahres 1989 hatte die Mehrheit der Werktätigen offensichtlich das Vertrauen zur Partei und zur staatlichen Führung schon verloren. Sie kam uns nicht mehr zu Hilfe. Diese Stimmung wirkte sich auch auf die NVA aus. Damals waren bereits erhebliche Anstrengungen notwendig, Bestand und Verlässlichkeit der Truppe sowie den Schutz von Technik, Ausrüstung und Einrichtungen der NVA zu gewährleisten.

Anders ausgedrückt: Die Messen waren bereits gesungen.

Das mögen vor allem jene Genossen in Betracht ziehen, die direkt oder indirekt Erwägungen darüber anstellen, ob die bewaffneten Organe der DDR, insbesondere ihre Nationale

Volksarmee, noch hätten handeln können oder sogar müssen. Die negativ auf die Existenz der DDR einwirkenden Faktoren machten auch um ihre Schutzorgane keinen Bogen. In ihnen vollzog sich ein Zersetzungsprozeß. Besonders wichtig ist mir aber auch dieser Aspekt: Die NVA verstand sich jederzeit als Armee des Volkes der DDR, und es hätte ihrem Charakter zutiefst widersprochen, sich in verantwortungslose Aktionen einzulassen. Darin vor allem unterschied sie sich von sämtlichen bisherigen und heutigen deutschen Armeen. Der geringste Versuch militärischen Eingreifens hätte im Oktober 1989 zu einer Katastrophe mit weitreichenden nationalen und internationalen Konsequenzen geführt.

Im übrigen steht natürlich fest: Die DDR war Teil eines großen Ganzen und – bedingt durch die gesamte Nachkriegsentwicklung – zwangsläufig auf ihre östlichen Nachbarn ausgerichtet. Mit anderen Worten: Ohne die UdSSR wäre sie nicht lebensfähig gewesen. Daraus folgt auch, daß es mit dem absehbaren Untergang der Sowjetunion keine Chance mehr gab, die DDR zu retten. Mit ihr brach insbesondere deren ökonomisches Rückgrat weg. Dabei ist zu beachten, daß die Entscheidung zur politischen Preisgabe der DDR durch die Führung der Sowjetunion offensichtlich bereits lange vor dem Oktober 1989 getroffen worden ist.

Heinz-Joachim Calvelage, Delitzsch

Verpaßte Gelegenheit: Artikel 146

Das Grundgesetz besitzt keine Legitimation durch das Volk

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ So lautet Artikel 146 des Grundgesetzes.

Im Rückblick auf den 1989 verpaßten deutsch-deutschen Dialog bzw. die widerstandslos hingegenommene Unterdrückung der demokratischen Legitimation einer gesamtdeutschen Verfassung ist die am Rande der Erörterung des „Wiedervereinigungs-Artikels“ von Professor Horst Schneider im April-RF auf den Punkt gebrachte und an die „Partei Die Linke“ gerichtete Frage „Warum ist das so?“ ein Lichtschimmer.

Wer hat Angst vor einer legitimierten Verfassung, warum stellen auch Linke diese Frage nicht? will der Dresdner Gelehrte wissen.

Wichtig an der Fragestellung ist vor allem die Tatsache, daß dieses medienpolitisch tabuisierte deutsche Verfassungsproblem nach 18 Jahren pseudoverfassungsrechtlicher Paralyse überhaupt aufgegriffen worden ist. Es wurde erstmals im Licht der Öffentlichkeit mit dem nötigen Unterton der Annäherung an die Adresse der zuständigen Interessenvertreter gerichtet. Denn die eigentlichen Adressaten wie Gysi u. a. sind sich ihres anwaltlichen Auftrags und der von ihnen zu erwartenden Zuständigkeit für deutsch-deutsch zu vermittelnde ostdeutsche Angelegenheiten offensichtlich nicht bewußt. Und was noch bedenklicher ist: Sie wollen sich dessen nicht bewußt sein, sondern halten im Fahrwasser der „politischen Klasse“ als privilegierte Funktionäre des Parteienstaates an der Absprache des unbedingten Machterhalts fest. Ungeachtet des nach Artikel 146 GG bestehenden Verfassungsgebots und der vorrangigen Option auf Volksabstimmung über eine nationale Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands werden die durch Unterdrückung des seit 1989 anstehenden Diskurses hinter verschlossenen Türen Licht geführten Wähler von einer Wahlperiode zur anderen um ihr Recht auf Recht betrogen.

Die seit der letzten Bundestagswahl 2005 allen politischen und medialen Spitzenvertretern – u. a. auch Gregor Gysi, Bodo Ramelow und ND-Chefredakteur Jürgen Reents – durch mich vorgelegte Dokumentation zur verfassungsrechtlichen

Fehlentwicklung wurde durch kollektives Stillschweigen übergangen und der Antrag, die Debatte über Artikel 146 GG im Bundestag auf die Tagesordnung zu setzen, ignoriert.

Dieses kollektive Schweigen und die weiterhin entschiedene Verhinderung der Thematisierung des Artikels 146 GG zeugen vom offenbar parteiübergreifenden

Aufgabenstellung hundertfünfzigprozentig abgewichenen Verfassungskontrollorgans dienen zu können?

Die Antwort auf die brennende Frage, warum die Parteien in Deutschland, deren Mitglieder insgesamt nur 3,4 Prozent der 82 Millionen Bundesbürger ausmachen, es vermögen, die Macht mittels Selbstermächtigungsgesetz (Wahl- und Parteiengesetz) und Verhinderung der gemäß Artikel 146 GG gebotenen demokratischen Legitimierung der gesamtdeutschen Verfassung an sich zu ziehen und warum die Deutschen vorsätzlich in eine unheilvolle Bewußtseinskrise geführt worden sind, sollte nun nicht mehr länger von seiten solcher „Volksvertreter“ erwartet werden.

Auf der Grundlage des lückenlos vorliegenden Beweises für Hochverrat an der Verfassung und für den seit 1990 fortgeschriebenen Wählerbetrug werden die Tage bis zum Termin der nächsten Bundestagswahl ausreichen, um den Staat in die verfassungsgemäßen Schranken zu verweisen und klarzumachen, daß die Einlösung des Verfassungsgebots nicht von oben nach unten zu verordnen ist, sondern von unten nach oben durchgesetzt werden muß.

Um die Notwendigkeit des nachzuholenden Verfassungsdialogs und die absurde wie verfassungswidrige Dimension des „Beitritts“ der Ostdeutschen rückwirkend ins Bewußtsein zu rücken, sollte die von Wolfgang Schäuble nach dem Anschluß abgegebene Interpretation dienen:

„Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik – nicht um die umgekehrte Veranstaltung. WIR haben ein gutes Grundgesetz, das sich

bewährt hat. Wir tun alles für euch. Ihr seid herzlich willkommen. WIR wollen nicht kaltschnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt.“ (Aus Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Deutsche Verlagsanstalt 1991, Seite 131)

Danach kann es doch nur noch heißen: Habt den Mut, Euch Eures eigenen Verstandes zu bedienen, und geht nicht ohne das gemäß Artikel 146 GG dem Volkssouverän zugebilligte Zepter zur nächsten Bundestagswahl.

Ute Grothusen

Unsere Autorin war Mitglied der FDP und ist Begründerin des Ost-Westdeutschen Brückenverlages Hamburg–Dresden.



Beugehaft für das Volk

Grafik: Klaus Parche

Mandatsverrat unserer „Volksvertreter“. Es ist nicht zu leugnen, daß die Verfassungsfrage unterdrückt werden „muß“, weshalb auch west- und ostdeutsche Parlamentarier auf Kosten des Souveräns – des Volkes – lügen.

Warum machen Gysi und seine Fraktionskollegen dieses Theater immer noch mit? Warum stimmt der Fraktionsvorsitzende im Bundestag für den Erhalt der „Stasi“ unterlagenbehörde (150 Millionen Euro jährliche Haushaltskosten für 3000 Mitarbeiter), während die im Keller des Bundesverfassungsgerichts abgelegten 97,5 Prozent aller Verfassungsbeschwerden der Nachprüfung entzogen und nach Ablauf von zehn Jahren dem Reißwolf übergeben werden, um der Nachwelt nicht mehr als Beweis für die machtpolitische Instrumentalisierung dieses von seiner

Monsterschau des kalten Krieges

Point Alpha – Spionagevorposten der Amis, heute „Grenzmuseum“

Eine Gruppe von Erfurtern und Suhlern aus der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V. (GRH) suchte unlängst die sogenannten Grenzmuseen in der Nähe der Stadt Geisa (Wartburgkreis) auf.

„Point Alpha“ – die Monsterschau Nr. 1 – befindet sich auf dem Territorium des Landes Hessen. Es war ein vorgeschobener US-Beobachtungsposten in der BRD, der die DDR im Visier hatte. Anfang der 90er Jahre wurde er aufgelöst. Die Sache hatte sich erledigt. Später baute man dieses Objekt mit enormen Fördergeldern des Bundes sowie der Länder Hessen und Thüringen zu einer „Mahn-, Gedenk- und Begegnungsstätte“ aus. Sie dient ausschließlich der massiven ideologischen Beeinflussung der zahlreichen und überwiegend jungen Besucher.

Das „Haus auf der Grenze“ – die damit verbundene Monsterschau Nr. 2 – entstand als Pendant zu „Point Alpha“ in unmittelbarer Nähe auf thüringischem Territorium. Es wurde unter Mißbrauch von Millionenbeträgen aus Steuergeldern völlig neu gebaut. Zwischen beiden Einrichtungen wird ein Stück früherer Staatsgrenze zwischen BRD und DDR mit den wichtigsten pioniertechnischen Anlagen und Markierungen gezeigt.

Gedenkstätten und Museen dieser Art dienen einzig und allein Zwecken der Geschichtsklitterung. Nach Besichtigung beider Häuser und in Kenntnis der dort stattfindenden Führungen gelangten wir zu dem Ergebnis, daß in dem einen wie dem anderen Falle Absichten der psychologischen Kriegführung im Vordergrund stehen. Das zeigt sich im Gesamtbild der Ausstellung. Worauf zielt sie ab?

Die DDR wird als „Unrechtsstaat“ dargestellt, den es auf jede Weise zu delegitimieren gilt.

Die Spaltung Deutschlands schildert man nicht in den internationalen Zusammenhängen und unter den Bedingungen der Blockkonfrontation zwischen Warschauer Vertrag und NATO.

Es wird grundsätzlich nur von der „innerdeutschen Grenze“ gesprochen, ohne davon auszugehen, daß beide deutsche Staaten Völkerrechtssubjekte und seit 1973 Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen waren. Demzufolge handelte es sich nicht um innere Grenzen, wie sie zwischen Bundesländern bestehen, sondern um Staatsgrenzen zwischen der DDR und der BRD.

Grundsätzlich unterstellt man einen „Schießbefehl“, den es niemals gegeben hat. Es wird verschwiegen, daß es sich um Schußwaffengebrauchsbestimmungen gehandelt hat, die in beiden deutschen Staaten inhaltlich etwa gleichlautend waren. Wer sollte auch begreifen, warum der DDR-Grenzer, der die Schußwaffe

anwandte, als Verbrecher verurteilt und der BRD-Zöllner nach deren Gebrauch als Held gefeiert wird. An Staatsgrenzen schießt man bei ernststen Zwischenfällen noch heute. Das ist überall in der Welt so und gilt auch für NATO-Staaten, wie entsprechende Vorfälle an der griechisch-türkischen Grenze beweisen. Aber die DDR wird verteufelt, obwohl sie sich an Recht und Gesetz sowie an international übliche Regeln gehalten hat.

Tote und Verletzte, die es bedauerlicherweise an dieser Grenze gegeben hat, werden instrumentalisiert, Grenzsoldaten als „Mauerschützen“ verunglimpft.

Die Absicht, die gesamte Grenzbevölkerung als Opfer des „Unrechtsstaates“ DDR vorzuführen, ist allenthalben sichtbar. In Wirklichkeit unterstützten zahlreiche Bewohner des Gebiets die Angehörigen der Grenztruppen. Wie läßt sich sonst erklären, daß diese nicht nur einzelne Helfer hatten? Manche Dörfer waren fast vollständig auf freiwilliger Grundlage einbezogen. Auch sei daran erinnert, daß bei Wahlen der verschiedenen Ebenen in den Grenzgebieten stets die besten Ergebnisse erzielt wurden. Über den 15prozentigen Grenzzuschlag zum Einkommen wird heute ebenfalls nicht mehr gesprochen.

Angemerkt sei, daß in den bewegten und politisch komplizierten Tagen nach dem 9. November 1989 Objekte der Grenztruppen weder angegriffen noch besetzt wurden. Auch kriminelle Handlungen gegen einzelne Angehörige der dort stationierten Einheiten wurden im Bezirk Suhl nicht bekannt. Das überlegte und verantwortungsbewußte Handeln der Grenzsoldaten sorgte dafür, daß weder ein Schuß fiel noch Blut floß. Zuerst gab es Dankbarkeit, später schändliche Prozesse.

Natürlich brachte das Leben im Grenzgebiet auch Erschwernisse mit sich. Aussiedlungsaktionen, der Abriß von

Gebäuden und restriktive Einreisebestimmungen führten zu mancherlei Ungemach. Nicht immer wurde gerecht entschieden. Das gestattet aber nicht, die Gesamtsituation zu verfälschen. Als 1972 Bestimmungen erlassen wurden, das Grenzgebiet zu verkleinern, erhob sich dagegen sogar Protest.

Die Absicht der Einteilung in „gute“ und „böse“ Deutsche geht in den „Museen“ aus vielen Texten deutlich hervor. Im Westen herrschte „Besinnung auf die guten deutschen Wertvorstellungen“, weiter östlich fand die braune durch die „rote Diktatur“ ihre Fortsetzung. So wird Geschichte verdreht.

In Wahrheit geht es darum, historische Hintergründe und Zusammenhänge sichtbar zu machen. „Point Alpha“ war gewiß nicht, wie behauptet wird, „der heißeste Punkt im kalten Krieg“. Das traf wohl eher auf Westberlin als Frontstadt und „Pfahl im Fleische der DDR“ mit seinem berüchtigten „Checkpoint Charlie“ zu. In den von uns besuchten Einrichtungen ist man dabei, in Vorbereitung auf den 20. Jahrestag der Grenzöffnung Hetze, Rachegefühle und Vergeltungssucht auf jede Weise im früheren Grenzgebiet anzuhetzen. Deshalb werden alte Feindschaften geschürt, wiegelt man die Bevölkerung gegeneinander auf und untergräbt bewußt das friedliche Zusammenleben der Menschen. So läßt sich die angeblich geforderte und geförderte „innere Einheit der Deutschen“ wohl kaum verwirklichen.

Übrigens: Am 17. Juni 2005 wurden auf dem Gelände des einstigen US-Spionagevorpostens der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, George Bush, sen. sowie die Herren Gorbatschow und Kohl mit dem Point-Alpha-Preis „geehrt“. Das sagt wohl alles.

Hans Linke / Jochen Traut, Suhl

Gedächtnisstütze

Aus dem Gründungsauftrag der CDU vom Juni 1945: „... Dabei ist es unerlässlich, schon, um für alle Zeiten die Staatsgewalt vor illegitimen Einflüssen wirtschaftlicher Machtzusammenballungen zu sichern, daß die Bodenschätze in Staatsbesitz übergehen. Der Bergbau und andere monopolartige Schlüsselunternehmen unseres Wirtschaftslebens müssen klar der Staatsgewalt unterworfen werden.“

Unterzeichnet von Jakob Kaiser und Ernst Lemmer

Die SPD forderte im Aufruf vom Juni 1945 u. a.: „... Verstaatlichung der Banken, der Versicherungsunternehmen und der Bodenschätze, Verstaatlichung der Bergwerke und der Energiewirtschaft ... Scharfe Begrenzung der Verzinsung aus mobilem Kapital.“

Essen mit Joe Biden

Ein Rückblick aus aktuellem Anlaß

Im Frühjahr 1974 bereitete ich eine ausgedehnte Reportagereise in die Vereinigten Staaten vor. Aus Washington hatte ich freundliche Gesprächseinladungen der als seriös geltenden USA-Senatoren J. William Fulbright, George McGovern, Mike Mansfield, Charles H. Percy, Frank Church und Birch Bayh erhalten. Sie zeigten sich an einem Gedankenaustausch mit dem Leiter der Sektion Kapitalistische Länder des damals in Millionenaufgabe erscheinenden ND – des führenden Blattes der DDR – interessiert. Meinen bereits ins Auge gefaßten Abflug durchkreuzte jedoch ein anderes Ereignis: der Sturz des portugiesischen Faschismus am 25. April 1974. So mußte ich mein Reiseziel ändern. Statt nach Washington ging es nach Lissabon, von wo ich fünf Jahre lang über Revolution und Konterrevolution für meine Zeitung berichten sollte. Nach der Rückkehr im Juli 1979 wandte ich mich wieder etwas mehr auch „amerikanischen Angelegenheiten“ zu. Schließlich war ich einige Jahre in der USA-Abteilung des DDR-Außenministeriums tätig gewesen und hatte 1966 am Babelsberger Institut für Internationale Beziehungen über die Lateinamerika-Politik der Administrationen von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson promoviert. Abermals in meiner alten redaktionellen Funktion, ließ man mir freie Hand im Umgang mit der USA-Botschaft, von der ich regelmäßig zu Empfängen, Cocktails und Gesprächen mit interessanten Besuchern aus den Staaten eingeladen wurde. Ed Harper und Günther Rosinus, die als Botschaftsräte für Presse und Kultur posierten, wobei sie natürlich für die CIA tätig waren, gaben mir wiederholt die Ehre. Rosinus konnte ich bei einer solchen Gelegenheit mit der Bemerkung überraschen, er besitze ja wohl einschlägige Erfahrungen aus seiner Tätigkeit als Geheimdienstoffizier beim Pazifischen Oberkommando der USA-Streitkräfte (CINCPAC) in Tokio. Eines Tages im Juli 1985 erhielt ich – gewissermaßen routinemäßig – eine Einladung zum Lunch in das Berliner Hotel Metropol. Dort hatte ich zuvor bereits mit Cynthia Miller, einer ebenfalls von der CIA in die DDR delegierten Botschaftsrätin für Presse und Kultur, der ich Jahre darauf im Washingtoner National Press Club wiederbegegnen sollte, und einem von ihr präsentierten „reisenden Professor“ des Pentagon-nahen National War College gespeist.

Diesmal gab die scheidende USA-Botschafterin Rozanne Ridgeway ein Abschiedessen, bei dem zugleich der gerade die DDR besuchende Senator Joseph R. Biden aus dem USA-Bundesstaat Delaware einem „illustren Kreis“ vorgestellt werden sollte. Am ovalen Tisch im *Chambre séparée* des Hotel-Restaurants waren außer dem hochrangigen Gast aus Übersee, der Botschafterin, CIA-Botschaftsrat Rosinus, drei weiteren Mitarbeitern seiner Abteilung und dem Autor dieses Artikels auch zwei mir gut bekannte Herren plazierte worden: der sich damals in der Rolle eines „Dreiviertel-Dissidenten“ spreizende bekannte

Erwiderung konnte ich daran anknüpfen. Rolf Schneider paßte es sichtlich nicht, daß der Senator auf den von mir gewählten Ton einging. Stefan Heym hielt sich ausnahmsweise bedeckt, während die Botschafterin ihre Eleganz als Gastgeberin ausspielte.

Als ich einige Wochen darauf aus dem Sommerurlaub zurückkam, fand ich in der Redaktion einen Brief Joe Bidens vor. Das Schreiben ließ keinen Zweifel daran aufkommen, daß sein Verfasser in jener Zeit ein engagierter Verfechter der friedlichen Koexistenz beider damals bestehender Weltsysteme war. Biden schrieb mir:

„Lieber Dr. Steiniger, nur eine kurze Dankesnotiz dafür, daß Sie sich die Zeit genommen haben, sich mir beim Mittagessen während meines kurzen Aufenthalts in Berlin anzuschließen. Ich fand die Gesellschaft und das Gespräch höchst erfreulich und informativ. Ich hoffe, daß wir irgendwann in naher Zukunft Gelegenheit haben werden, unsere Diskussionen weiterzuführen.“

Ich denke, wir stimmen darin überein, daß eine Fortsetzung des Dialogs ein äußerst bedeutsamer Schritt zur Verbesserung der Ost-West-Beziehungen, des Herangehens und der Verständigung ist. Deshalb schätze ich es sehr, daß Sie sich trotz Ihres vollen Programms die Zeit genommen haben, einige Stunden mit mir zu verbringen.

Nochmals Dank für alle Gastfreundschaft. Aufrichtig Joseph R. Biden jr., U.S.-Senator.“

In meiner Erwiderung schrieb ich nach Washington unter anderem: „Ich schätze zutiefst den konstruktiven Geist Ihrer Botschaft und stimme völlig mit der Idee überein, daß ein weitergehender Dialog eine grundlegende Bedingung dafür ist, die Spannungen zu vermindern, die Ost-West-Beziehungen zu verbessern und den Frieden zu stärken.“

Im Ergebnis der Wahlen vom 4. November ist mein Gesprächspartner von einst an der Seite Barack Obamas zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt worden. Stellen wir bei aller Illusionslosigkeit und angesichts zugleich bestehender Erwartungen hinsichtlich des vom künftigen USA-Präsidenten im Wahlkampf angekündigten Wandels an dieser Stelle keine Prognosen. Die Praxis wird allein der Maßstab zur Beurteilung der von Washington fortan ausgehenden Politik sein. Persönlich wünsche ich meinem „alten Bekannten“ Joe Biden Gesundheit, Wohlergehen und eine gute Rückbesinnung auf seine Gedanken aus dem Juli 1985.

Klaus Steiniger



DDR-Schriftsteller Stefan Heym und sein gleichfalls bei keiner Veranstaltung der USA-Botschaft ausgelassener Kollege Rolf Schneider, der immer so tat, als trage er auf beiden Schultern, während sich die Last längst auf die rechte Seite verlagert hatte. Doch nicht davon will ich berichten. Denn der Stargast war an diesem Tag Joe Biden. Der spätere Vorsitzende des Außenpolitischen Senatsausschusses – ein prominenter Politiker der Demokratischen Partei – hatte zuvor mit DDR-Außenminister Oskar Fischer gesprochen, wodurch er offensichtlich in gehobene Stimmung versetzt worden war. Bidens Tischrede ließ seinen Nerv für Augenmaß erkennen. In meiner

Neue Abfuhr für Yankees

Auch Honduras trat Bolivarianischer Alternative bei

Honduras ist der Bolivarianischen Alternative für die Amerikas (ALBA) – einem in Washington ungeliebten, weil gegen dessen kolonialistischen Freihandelsvertrag für Amerika (ALCA) gerichteten Sozial- und Wirtschaftsbindnis – beigetreten. Der Präsident des zentralamerikanischen Landes José Manuel Zelaya, der das Dokument in der Hauptstadt Tegucigalpa unterzeichnete, gab auf einer Massenkundgebung mit Teilnehmern aus 18 honduranischen Departements eine wichtige Erklärung ab. Er sagte u. a.: „Honduras ist auf Grund des Erbes unserer Vorfahren und auch der täglichen Anstrengungen vieler Jahrzehnte unabhängig und souverän genug, um der ganzen Welt sagen zu können, daß wir keinen Imperialismus um Erlaubnis bitten, um mit patriotischen und lateinamerikanischen Gefühlen ALBA beizutreten.“ Der honduranische Staatschef, der auf dem neubenannten Platz der Freiheit vor dem Präsidentenpalast sprach, übermittelte

Fidel und Raúl Castro herzliche Grüße. Das kubanische Volk habe immer seine solidarische Haltung bewiesen. Auf der Kundgebung sprach auch Kubas Vizepräsident Carlos Lage. ALBA sei ein ursprünglich von Hugo Chávez angeregtes Gemeinschaftsprojekt des venezolanischen Staatschefs und Fidel Castros. Es erweise sich als „wirkliches Modell der lateinamerikanischen Integration“. Allein in Honduras arbeiteten derzeit Hunderte Kubaner aus dem Gesundheits- und Bildungswesen sowie anderen Bereichen, teilte Lage mit. In drei Augenkliniken seien 24 541 Honduraner operiert worden. 332 Ärzte und Krankenpfleger seien in entlegenen Bezirken des Landes tätig, um medizinische Betreuung dorthin zu bringen. Zugleich hätten 650 Honduraner ihr Studium in Kuba abgeschlossen, 853 setzten ihre akademische Ausbildung auf der Insel noch fort, davon 555 Medizinstudenten.

Auf die Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela eingehend, berichtete Lage, daß der zwischenstaatliche Handel von 200 Millionen auf 65 Milliarden Dollar angewachsen sei.

Bolivians Präsident Evo Morales erinnerte daran, daß sich ALBA deshalb gegen das USA-Projekt ALCA richte, weil dieses „eine Kultur des Todes“ transportiere, die Lateinamerikas Ressourcen plündere und die nationale Identität seiner Völker zerstöre.

Nikaraguas Präsident Daniel Ortega unterstrich, er begrüße jeden Beitritt zu ALBA als einen weiteren Schritt zur Emanzipation. An der Zeremonie in Tegucigalpa nahmen Repräsentanten des karibischen ALBA-Mitgliedsstaates Dominica sowie Vertreter Ekuadors, Uruguays, der Dominikanischen Republik und anderer Länder der Region teil.

R. F., gestützt auf „Granma Internacional“, Havanna

USA-Terrorkommando Africom

Washingtons großer Knüppel soll schwarzen Kontinent „befrieden“

Im subsaharischen Afrika vollzieht sich mit der beabsichtigten Errichtung von USA-Basen eine alarmierende Militarisierung. Am 1. Oktober hat das vom Pentagon eingerichtete Africa Command (Africom), das sämtliche „Sicherheitsinteressen“ der USA in der Region (mit Ausnahme Ägyptens) koordinieren soll, seine Tätigkeit aufgenommen. Befehlshaber ist – wie könnte es anders sein – ein tiefschwarzer Viersternegeneral: William „Kip“ Ward. Da Washington bereits mit den gleichfalls afroamerikanischen Außenministern Colin Powell (Viersternegeneral) und Condoleezza Rice bestens gefahren ist, setzt der USA-Imperialismus zur Irreführung der afrikanischen Öffentlichkeit in Ländern dieses Kontinents mit besonderer Vorliebe Diplomaten, Geheimdienstler und Militärs ein, die auf Grund ihrer Hautfarbe den Eindruck erwecken sollen, die Vereinigten Staaten seien inzwischen „vom Rassismus meilenweit entfernt“. So erklärte General Ward auch prompt vor dem Streitkräfte-Ausschuß des USA-Senats, Africom werde „afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme“ suchen. In Wirklichkeit handelt es sich um den Grundstock ständiger USA-Präsenz auf dem schwarzen Kontinent. Ward war indes bestrebt, den Eindruck zu erwecken, Africom sei eine „gigantische humanitäre Anstrengung der USA zum Wohle der Afrikaner“. Man spiegelt vor, Feuer mit Feuer bekämpfen zu wollen. Selbst ein in höchstem Maße

terroristisches Instrument, soll Africom angeblich „den Terror in Afrika unter Kontrolle halten“. Genau das Gegenteil dürfte



Africom-Befehlshaber General Ward in Jinja mit ugandischen Stabsoffizieren und USA-Botschafter Steven Browning

eintreten, da die massierte Anwesenheit von USA-Militärs eine erstrangige Zielscheibe für den afrikanischen Widerstand abgeben könnte. Noch-Präsident George W. Bush, die „lahme Ente“ im Weißen Haus, behauptete unverfroren, Africoms Zielsetzungen bestünden in „Entwicklung, Gesundheit, Bildung, Demokratie und Wirtschaftswachstum“. Iraker und Afghanen können indes ein Lied davon singen, was ihnen die Anwesenheit der „Beschützer“ aus Übersee gebracht hat! Natürlich geht es allein um den Zugriff auf Öl, Uran, Diamanten und andere Schätze. Gegenwärtig kommen 15 % der USA-Rohölimporte, deren Anteil bis 2015 sogar auf

25 % anwachsen soll, aus der Region. Natürlich stehen auch massive Handelsinteressen der amerikanischen Konzerne auf dem Spiel. Vor allem soll die enorme Konkurrenz Chinas zurückgedrängt werden. Africom ist deshalb in erster Linie eine Kampfansage an Beijing und die einflußreichen linken Kräfte in der Republik Südafrika, die durch den zu erwartenden Aufstieg des ANC-Vorsitzenden Zuma zum Staatspräsidenten der RSA noch gestärkt werden könnten.

Trotz aller frommen Sprüche der Washingtoner Administration hat man in Afrika die dort von den USA geführten Stellvertreterkriege, z. B. gegen Angola und in Somalia, sowie die rückhaltlose Unterstützung des faschistischen Apartheid-Regimes in Pretoria nicht vergessen. All das liegt noch nicht lange zurück.

Die Afrikaner, denen aufeinanderfolgende USA-Regierungen weder Frieden noch Demokratie gebracht haben, brauchen statt militärischer Strategien die sofortige Befreiung aus der Schuldenfalle, faire Handelsbeziehungen und redliche Entwicklungshilfe. Die neue Strategie des Pentagons aber dient lediglich der weiteren Destabilisierung ihrer Lage.

Inzwischen hat sich nicht nur die südafrikanische Regierung gegen Africom gestellt. Auch Nigeria und 14 Staaten der Southern Development Community im afrikanischen Süden haben dieselbe Position bezogen.

R. F., gestützt auf „Unsere Welt“, Basel

Die Hoffnung heißt Correa

Ekuador: Überwältigende Mehrheit für neue Verfassung

Am 28. September hat eine überwältigende Mehrheit der Bürger Ekuadors bei einem Referendum für die mit dem Namen des Staatspräsidenten Rafael Correa – eines Befreiungstheologen, Ökonomieprofessors und Revolutionärs – verbundene neue Verfassung des im Umbruch befindlichen südamerikanischen Landes votiert. Bereits am 25. Juli hatte die vom Volk gewählte Verfassungsgebende Versammlung mehrheitlich das Projekt angenommen. Dennoch war Correa darauf bedacht gewesen, die Zustimmung der Wahlberechtigten überdies einzuholen.

Während der 80er und 90er Jahre hatte sich Ekuador im Würgegriff nordamerikanischer Monopole befunden. Korrupte Regierungen lösten einander ab. Im Jahr 2000 wurde der US-Dollar als Landeswährung eingeführt, nachdem sich Quitos Auslandsschulden auf 15 Milliarden Dollar beliefen. Die Inflation hatte astronomische Ausmaße angenommen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) griff mit einem das Land fast erdrosselnden „Stabilisierungsprogramm“ ein. Für die große Mehrheit der 14 Millionen Einwohner des kleinen Landes war der Alltag finanziell nicht mehr zu bewältigen. Zahlreiche Ekuadorianer verdingten sich im Interesse des Überlebens ihrer Familien als Gastarbeiter im Ausland.

Ende 2006 gab es jedoch einen Hoffnungsschimmer, mit dem viele schon gar nicht mehr gerechnet hatten: Der Sozialist Rafael Correa trug mit seinem eindeutig linken Programm bei den Präsidentschaftswahlen den Sieg davon. Zu dem, was er versprach, gehörte eine an den Volksinteressen orientierte neue Verfassung. Im April 2007, weniger als drei Monate nach seiner Amtseinführung, ließ Correa ein Referendum über die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung durchführen. Sein Vorschlag wurde angenommen. Im September 2007 wählte Ekuador die Mitglieder seiner Konstituante. Es ging, wie es hieß, um „ein neues Land“. Correas AP – die Alianza Pais – errang 80 von 130 Mandaten.

Auch außenpolitisch ging es vorwärts: Ekuador suchte die Nähe von Venezuela und Bolivien. Die Regierung weigerte sich, ein drückendes Freihandelsabkommen mit den USA zu unterzeichnen und kündigte für 2009 den Pentagon-Militärstützpunkt Manta auf. Zugleich unternahm der Präsident einschneidende ökonomische Maßnahmen gegen die privaten Ölkonzerne. Er führte eine Reihe sozialpolitischer Verbesserungen der Lage der Ärmsten ein. Der Vertreter des IWF mußte Quito verlassen.

Die Verfassungsgebende Versammlung hatte sich durch 444 Artikel des neuen Grund-

gesetzes durchzuarbeiten. Sein wichtigster Aspekt ist die Erhöhung der Rolle des Staates in der Wirtschaft, im Gesundheits- und Bildungswesen. Für den Besuch von Schulen, Hochschulen und Universitäten werden keine Gebühren mehr erhoben. Die Steuerschraube bei den Reichen wird angezogen. Ekuador erkennt die Sprachen der indigenen Völker (Indianer) als Amtssprachen an. Eine gleichberechtigte multinationale Kultur steht unter dem Schutz der neuen Verfassung.

Der überwältigende Sieg vom 28. September stärkt das Lager Correas, der sich wie Venezuelas Präsident Chávez und Boliviens Präsident Morales für einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ ausgesprochen hat, ruft aber zugleich auch den Widerstand seiner mit den USA versippten Gegner auf den Plan. Ekuadors Rechte wird von dem früheren Staatspräsidenten Lucio Gutiérrez und Jaime Nebot, dem Bürgermeister Guayaquils – der größten Stadt des Landes – angeführt. Beide Politiker hatten mit Unterstützung der Medien beim Verfassungsreferendum vergeblich zum Nein aufgerufen. So war es kein Zufall, daß Correa seine Siegesfeier nach dem für ihn triumphalen Ausgang der Abstimmung nicht in Quito, sondern in Guayaquil veranstaltete.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Strategische Partnerschaft Caracas – Moskau

Was russische Bomber und Kriegsschiffe in Venezuela suchten

Am 10. September trafen zwei ultramoderne russische Bomber vom Typ TU-160 im Rahmen einer Vereinbarung zwischen den Regierungen in Moskau und Caracas auf einem venezolanischen Militärflugplatz ein. Ihr Programm umfaßte Trainingsflüge über neutralen atlantischen und karibischen Gewässern. Die Einsätze seien Ausdruck enger Zusammenarbeit auf politischem, militärischem und ökonomischem Gebiet, hieß es in Venezuelas Hauptstadt. „Wir sind daran interessiert, unser Wissen, unsere Technologie und unsere Verteidigungskapazität mit Hilfe unserer strategischen Verbündeten – unter ihnen Rußland – zu stärken“, erklärte Venezuelas Präsident Hugo Chávez. „Was kommen wird, ist eine multipolare Welt, in der Venezuela ein freies Land ist. Ein freier Kontinent wird geboren, und wir sind frei, Beziehungen zu unterhalten, mit wem wir immer wollen.“ Chávez fügte hinzu, Caracas beabsichtige, aus Rußland Suchoi-Kampfmaschinen und Helikopter im Wert von 4 Milliarden Dollar zu beziehen und erwäge auch den Kauf eines mächtigen russischen Luftverteidigungssystems.

Wie Generalmajor Wladimir Drik erklärte, kehrten die TU-160-Bomber nach Beendigung der Übungsflüge auf ihre Basen in der Russischen Föderation zurück. Er teilte mit, die Maschinen hätten keine Kernwaffen an Bord gehabt. Moskaus Außenministerium betonte, Rußland beabsichtige nicht, Militärbasen im Ausland zu errichten. Westliche Medien hatten gemeldet, Chávez habe sich nach einem Treffen mit Präsident Medwedjew für einen russischen Stützpunkt in Venezuela ausgesprochen. Es handelt sich offenbar um eine Falschinformation, da die 1990 in Kraft getretene Verfassung der Bolivarianischen Republik ein solches Vorhaben ausschließt. Die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Rußland und Venezuela entwickelt sich kontinuierlich. Russische Firmen beteiligen sich z. B. als Minderheitspartner an der Erschließung der Ölvorkommen im venezolanischen Orinoco-Gürtel. Zwischen Rußlands Gasprom und Venezuelas Staatskonzern PDVSA wurde ein Abkommen über Kooperation bei der Gasförderung geschlossen.

Die jüngsten gemeinsamen Luft- und See-

manövern starker Verbündeter“ und hätten weder fremden Luftraum noch Hoheitsgewässer anderer Staaten berührt, unterstrich General Jesús González vom Venezolanischen Kommando für Strategische Operationen. „Rußland war eines der wenigen Länder, die uns wissenschaftliche Zusammenarbeit anboten, als uns die USA diese verweigerte.“

Im November führten die russische und die venezolanische Marine gemeinsame Übungen in der Karibik durch, berichtete die Bolivarianische Nachrichtenagentur (ABN). An ihnen nahmen vier russische Schiffe mit insgesamt 1 000 Mann Besatzung teil.

„Venezuela ist nicht länger arm und allein, ausgebeutet und begraben“, sagte Präsident Chávez. Die USA sollten die Anwesenheit russischer Flugzeuge und Schiffe als „Botschaft an ihre Adresse verstehen“. Er fügte hinzu, nicht die russische militärische Präsenz sei eine Bedrohung für die westliche Hemisphäre, sondern die Reaktivierung der 4. Flotte des US-Südkommandos in Lateinamerika.

R. F., gestützt auf „Venezuelanalyses“, Caracas

Tudeh-Partei Irans: Kampf an zwei Fronten

Gegen imperialistisches Komplott und eigenes Terrorregime

Der „RotFuchs“ berichtete wiederholt über den schweren Kampf der Tudeh-Partei Irans an zwei Fronten: gegen die imperialistische Einmischung gepaart mit Kriegsdrohung einerseits und gegen die Despotie des Mullah-Regimes andererseits. Aufgrund der drohenden Aggression der USA und anderer NATO-Mächte blieb dabei der reaktionäre Charakter der Teheraner Herrschaft zwangsläufig etwas unterbelichtet.

Als 1988 während des Irak-Iran-Krieges die Truppen Bagdads zurückgedrängt worden waren, sollte nach dem Willen Khomeinis der Konflikt aus einem Verteidigungs- in einen Angriffskrieg hinüberwachsen. Die Annahme der UNO-Resolution Nr. 598 durchkreuzte diesen Plan. Damit gab es auch keinen Vorwand mehr, die wirtschaftlichen und politischen Mißstände weiter zu rechtfertigen.

In einer Erklärung des ZK der Tudeh-Partei vom 15. August heißt es zu dieser Thematik:

„Im September 2008 jährte sich zum 20. Mal eine nationale Tragödie: der auf Khomeinis Befehl organisierte und vollzogene Massenmord an politischen Gefangenen. Damals haben die Führer des Regimes, von denen einige heute in Ahmadinejads Kabinett wichtige Positionen einnehmen, nach der blamablen Niederlage einer Politik des ‚Krieg, Krieg bis zum Sieg‘ und nachdem Khomeini den ‚Giftbecher des Friedens‘ hatte schlucken müssen, den Aufschwung der Protestbewegung durch ein schreckliches politisches Verbrechen zu stoppen versucht.“

Die Erben der Despotie, darunter auch Khamenei, Rafsanjani und Janati, die um ihr politisches Überleben nach Khomeini besorgt waren, ließen einen Teil der konsequentesten, standhaftesten und produktivsten Persönlichkeiten des politisch-kulturellen und gesellschaftlichen Lebens Irans ermorden, um ihre eigene politische Zukunft und die Fortsetzung der Herrschaft des Regimes für eine lange Periode zu sichern.

Tausende bereits verurteilte politische Gefangene wurden, nachdem sie vor jeweils dreiköpfigen Ausschüssen ‚Gelegenheit‘ erhielten, sich zwischen Reue und Hinrichtung zu entscheiden, in großen Gruppen exekutiert. Ihre Leichen verscharrete man aus Angst vor dem Zorn des Volkes eiligst in den Massengräbern von ‚Golestane Khavaran‘. Das geschah unter strikter Geheimhaltung und mit Billigung der Führer des Regimes.

Das ZK der TPI hatte dieses Komplott bereits in einer Stellungnahme vom 30. November 1988 als nationale Tragödie bezeichnet und über deren Dimensionen geschrieben: ‚Mit tiefem Bedauern und Schmerz muß festgestellt werden, daß das iranische Volk und

die revolutionäre Bewegung unseres Landes nach den blutigen Säuberungen einen Teil ihrer bewußtesten, erfahrensten und opferbereitesten Menschen verloren haben. Dieses Vorgehen des despotischen Regimes Khomeinis entbehrt jeglicher gesetzlicher, bürgerlicher, moralischer und menschlicher Grundlagen und erinnert an den Wahnsinn des Hitlerfaschismus in den Todeslagern.‘ Während die Führer des Regimes damals offiziell die Hinrichtung weniger ‚Terroristen‘ eingestanden, berichteten die Menschenrechtsorganisationen von über 5000 Opfern.

Die Art der Organisierung des Verbrechens nach dem Muster der mittelalterlichen Inquisition macht den geistigen und moralischen Bankrott einiger Gewalttäter im Gewand von Geistlichen deutlich. Ihre einzigen Waffen gegenüber Gedanken und Logik sind Folter und Strick. Das seit 20 Jahren andauernde Schweigen des Regimes über dieses Verbrechen und die Fortsetzung derselben Foltermethoden in den Gefängnissen gegen freiheitsliebende Studenten, Gewerkschafter und Aktivistinnen der Frauenbewegung zeigen, daß Existenz und weiteres Bestehen des ‚Rechtsgelehrten-Regimes‘ eng mit Verbrechen und Unterdrückung verknüpft sind. Bei der nationalen Tragödie hat unsere Partei Hunderte ihrer Führer, hochrangiger Kader und Mitglieder verloren, darunter solche, die zuvor als Symbol des Widerstands mehr als 25 Jahre

in den Gefängnissen des Schah-Regimes verbracht hatten. Unter den Opfern der Tragödie befanden sich hervorragende Denker, Intellektuelle, Schriftsteller, Übersetzer, namhafte Künstler, mutige Offiziere der Streitkräfte und kämpferische Vertreter der Gewerkschaftsbewegung.

Unsere Partei und andere nationale und demokratische Kräfte des Landes betrachten es als ihre menschliche und revolutionäre Pflicht, bis zur Klärung und Verurteilung der Verantwortlichen dieser verhängnisvollen Katastrophe ihre darauf gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.“

Übersetzt von Ghassem Niknafs,
Hamburg

Am **12. Dezember um 16.30 Uhr** trifft sich die **RF-Regionalgruppe Berlin** ausnahmsweise in Weißensee, Pistoriusstraße 23, zu einem Erfahrungsaustausch.

Er steht unter dem Motto

„**Eltern und Großeltern berichten Kindern und Kindeskindern über ihr Leben**“

Herzlichen Glückwunsch allen Genossinnen und Genossen, die im Dezember große Jubiläen begehen.

Der „RotFuchs“ gratuliert **Adolf Peter** aus Berlin (29. 12.) zum **85. Geburtstag**.

Ihr **80. Lebensjahr** vollenden: RF-Aktivist **Horst Kubasch** (11. 12.) aus Bautzen, **Werner Herzig** (16. 12.) aus Altenbrak und **Hellmut Michel** (24. 12.) aus Burghardswalde.

Zu den **75jährigen** dürfen sich rechnen: **Prof. Dr. Alfred Barth** (3. 12.) aus Halle, **Anneliese Kuligowski** (9. 12.) aus Berlin, **Gerd Schimmelpfennig** (10. 12.) aus Kamenz, **Dieter Ament** (13. 12.) aus Berlin und **Kurt Stankewitz** (14. 12.) aus Berlin.

Zu den **70jährigen** schließen auf: **Peter Baaske** (3. 12.) aus Bautzen und **Günter Wechsung** (12. 12.) aus Kahla.

Der „RotFuchs“ fühlt sich seinen Veteranen fest verbunden und wünscht ihnen weiter viel Freude bei der Lektüre unserer Zeitschrift.

„Ich sehe ein helles Morgen“

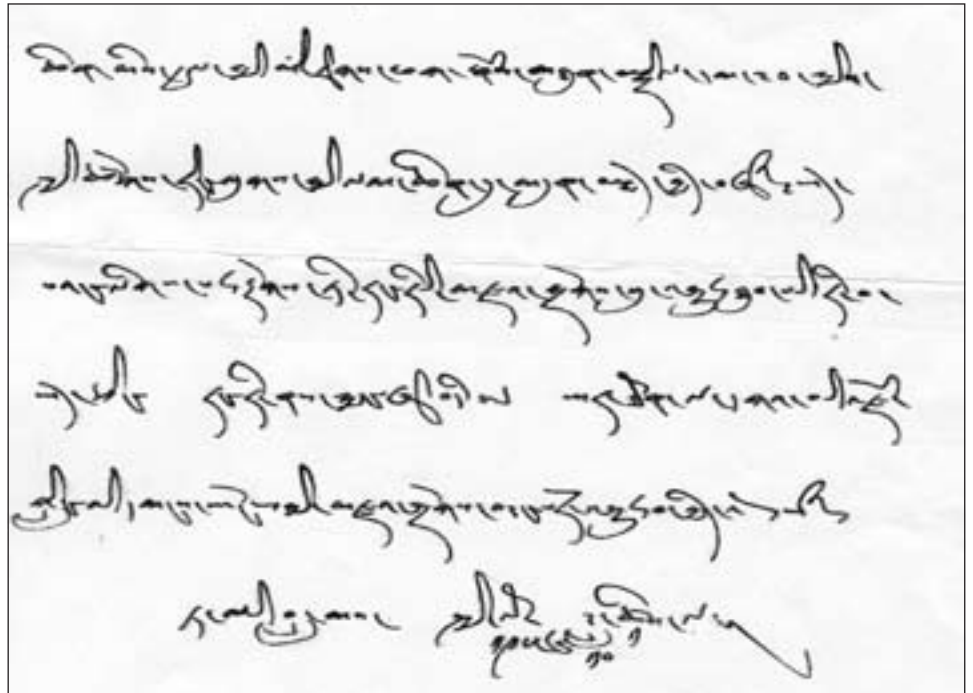
Wie der Dalai Lama einst auf die VR China blickte

Zu ihrer Reise 1956 durch Tibet haben Eva Siao und Harald Hauser einen außerordentlich interessanten und aufschlußreichen Bildband herausgegeben. (Tibet, VEB F. A. Brockhaus, Leipzig) Die Autoren waren damals auch vom Dalai Lama empfangen worden – eben jenem 14. Dalai Lama, von dem im RF-Artikel „Achtgroschenjungen. Wie Langley den Dalai Lama sponserte“ die Rede ist. Der geistliche Oberhirte übergab den beiden Verfassern ein handschriftliches Geleitwort. In der Übersetzung lautet es: „Die Autoren dieses Buches schildern das Leben im heutigen Tibet so, wie es tatsächlich ist. Sie haben die Gedanken, die Hoffnungen und das Streben des tibetischen Volkes verstanden. In Bild und Wort dieses Buches werden die unbegrenzten Kräfte unseres großen Vaterlandes sichtbar, die sich jetzt entfalten. Mit allen Völkern der Chinesischen Volksrepublik ziehen auch wir eine helle Straße.

Mögen die Leser unsere Freunde werden, wie wir die Freunde all derer sind, die den Frieden lieben und sich dem vorwärtsschreitenden Leben zuwenden.“

Dalai Lama, 1. Oktober 1956
 In dem Gespräch, das Eva Siao und Harald Hauser mit dem geistlichen Oberhirten führten, brachte dieser zum Ausdruck: „Ich sehe ein helles Morgen. In unserem wirtschaftlich rückständigen Land hat die Zukunft begonnen. Ich bin gewiß, daß es eine Zukunft des Friedens und der Gerechtigkeit sein wird. Es beglückt mich, ihr dienen zu dürfen.“ (S. 31) Eurem Artikel war zu entnehmen, daß den Dalai Lama schon kurz darauf etwas ganz anderes „beglückt“ hat. Für ein paar grüne Dollarscheine verriet er sein Volk an die CIA.

Peter Elz, Königs Wusterhausen



Im Kochstudio der Reaktion: Angela freut sich über Dalais weißen Schal, den – wie es heißt – nur Würdenträger erhalten, die unter dem geistlichen Oberhirten stehen.

Wir trauern um unseren lang-jährigen Leser, den bedeutenden marxistischen Wissenschaftler

Prof. Dr. Manfred Buhr

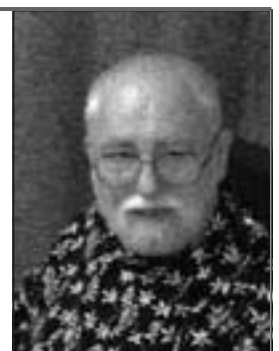
Berlin, der am 22. Oktober im Alter von 81 Jahren verstorben ist.

Eine der Koryphäen unter den DDR-Philosophen, genoß der Mitverfasser des „Philosophischen Wörterbuchs“ international hohes Ansehen.

Solidarische Grüße und herzliche Besserungswünsche übermitteln wir unserem bei einem schweren Unfall ernstlich zu Schaden gekommenen langjährigen Layouter, Genossen und Freund

Egon Schansker
 aus Berlin.

Wir halten zu Dir, lieber Egon.



Plädoyer für deutsch-tschechische Freundschaft

Was mir 70 Jahre nach dem Münchner Abkommen durch den Kopf geht

Seit mehr als zwei Jahrzehnten bin ich jährlich mehrmals in Tschechien zu Besuch, sei es zur Erholung, sei es zur Kur oder als Tourist. Ich freue mich immer über Fortschritte im Aussehen der Städte und Dörfer des Nachbarlandes, ärgere mich aber, wenn Straßen schlechter geworden sind oder Häuser verfallen. Denn das fördert nicht den Fremdenverkehr, der in der Region des Adlergebirges eine wesentliche wirtschaftliche Rolle spielt.

Obwohl ich bereits die 70 überschritten habe, überkommt mich immer wieder ein eigenartiges Gefühl, wenn ich in dem Dorf Destne, wo ich meine Kindheit verbracht habe, in der schönen katholischen Kirche stehe und daran denke, daß ich in ihr einst getauft worden bin. Ich erinnere mich auch daran, daß viele Menschen aus der Umgebung manchmal nur deshalb zum Gottesdienst kamen, weil meine Mutter das „Ave Maria“ gesungen hat. Es waren Deutsche und Tschechen; oft wußte man damals überhaupt nicht, wer zu welcher Nationalität gehörte.

Die noch nicht verwitterten Grabsteine auf dem Friedhof des Dorfes, das früher Deschnei hieß, tragen meist tschechische Namen, in Einzelfällen auch deutsche. Auf besonders großen, die sich von den anderen sichtbar abheben, findet man beinahe ausnahmslos deutsche Namen und Sterbedaten aus der Zeit vor 1945. Dabei fällt auf, daß die Beerdigten einst Händler, Apotheker, Gastwirte, Fuhrunternehmer u. ä. waren. Mein Großvater ist 1946 auch dort beigesetzt worden. Auf seinem Stein stand allerdings nicht Handwerker. Will jemand leugnen, daß diese „Differenziertheit“ unterschiedliche soziale Kräfte widerspiegelt, die mehr oder weniger Einfluß auf das Dorfgeschehen hatten? Es bedarf wohl keiner „ideologischen Verblendung“, um eine solche Aussage zu treffen.

Bedenklich stimmt mich immer wieder ein dort vor einigen Jahren errichteter symbolischer Grabstein, der den „Opfern von Gewaltherrschaft“ gewidmet ist. Einige Namen kenne ich noch aus Kindheitstagen: den des SA-Chefs im Dorf, den des Bürgermeisters, an dessen Stelle mein Vater in den Krieg ziehen mußte, und auch den des „Ortsbauernführers“, der meiner Mutter einst die Molke mit der Bemerkung aus dem Krug goß: „Eine deutsche Frau trinkt keine Molke!“ Da stehen sogar die Namen Fuckner und Illner mit drauf, die vor Kriegsende ein geheimes Waffenlager durch einen Maurer bauen ließen, den sie anschließend vergifteten.

Ich begreife nicht, wie man auf solche Art und Weise die Vergangenheit bewältigen will. Spricht man Einheimische darauf an, dann bekommt man von Jüngeren meist zur Antwort, diese Leute seien doch 1945 „von den Russen verschleppt“ worden. Die wenigen Älteren, die damals schon hier

lebten, drehen sich um und schweigen. Später Geborene wissen nichts mehr über die Untaten dieser Nazis, sie haben keine Ahnung davon. Ihre Eltern oder Großeltern wurden überwiegend nach dem Krieg in den Ort umgesiedelt. Offensichtlich erhielten sie in der Schule keine Information über solche Zusammenhänge.

Es ist bezeichnend, daß auf diesem „Obelisk“ der Name jenes Kleinbauern fehlt, welchem die Faschisten so zusetzten, daß er seine Scheune eigenhändig anzündete und sich darin erhängte! Er war in der Tat ein „Opfer von Gewaltherrschaft“. Sein Sohn und ich saßen drei Jahre lang in der Schule auf einer Bank, was deshalb nur „natürlich“ war, weil der Oberlehrer meinen Namen für jüdisch hielt.

Unabhängig von solchen Eindrücken und damit verbundenen Gedanken fahre ich immer wieder gern in meine Kindheitsheimat. Mit einer einzigen Ausnahme bin ich dort keinem tschechischen Bürger begegnet, der mir feindselig gegenübergetreten wäre. Mag sein, daß meine wenigen Sprachkenntnisse dazu beitragen, daß wir uns immer als gern gesehene Gäste empfunden haben. In Gesprächen wurde von mir stets betont, daß die damalige Tschechoslowakische Republik nach 1933 vielen deutschen Antifaschisten Asyl gewährt und sie so vor dem sicheren Tod gerettet hat.

Mit meinem kurzen Bericht habe ich wohl schon deutlich gemacht, welche freundschaftlichen Gefühle ich für die Menschen des Nachbarlandes hege. Wenn ich aber bei meinem letzten Besuch von einem tschechischen Bürger gefragt wurde, ob ich in der dortigen Gegend früher vielleicht einmal Bauer gewesen sei, dann schwang dabei die Besorgnis mit, daß Deutsche wieder kommen könnten, um ihren Besitz zurückzufordern. Obwohl ich vor versammelter Runde in der Schenke versicherte, meine Eltern hätten weder Grund und Boden noch ein eigenes Haus besessen, und die Deutschen verfolgten in ihrer Mehrheit keine revanchistischen Ziele, konnte ich Angst und Zweifel nicht ausräumen.

Die Tschechen wissen durch vielerlei Kontakte, wie es so manchen früheren DDR-Bürgern nach dem Anschluß ihres Staates an die BRD ergangen ist, welche Erfahrungen sie oftmals mit „Alteigentümern“ machen mußten und wie es sich mit den „Rückübertragungen“ verhielt.

Trotz vieler Redlicher auf beiden Seiten ist es noch lange nicht so, daß unbeschwert aufeinander zugegangen wird. Nicht wenige Tschechen haben die Äußerungen von Sprechern der sogenannten Vertriebenenverbände im Ohr oder auch analoges Gerede bestimmter Spitzenpolitiker Tschechiens. Andere können begreiflicherweise nicht vergessen, was in Theresienstadt mit ihren Angehörigen geschehen ist.

Aufgrund meiner Erfahrungen stimme ich auch heute noch Wolfgang Bittner ausdrücklich zu, der schon im Dezember 2003 hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen im ND Feststellungen traf, die man ohne Einschränkung auch auf die Beziehungen zu Tschechien anwenden kann: „Grundlage der Verständigung zwischen Polen und Deutschen ist der endgültige Verzicht Deutschlands auf seine ehemaligen Ostgebiete (bezüglich Tschechiens auf die Sudeten – H. W.) Eine weitere Voraussetzung wäre, daß die deutsche Kriegsschuld nicht vergessen, nicht heruntergespielt wird. Sie darf aber – 58 Jahre nach Kriegsende – auch nicht mehr ständig betont werden. So müßte es gelingen, aus der Befangenheit herauszukommen, die heute noch oft zu spüren ist.“

Dr. Helmut Weiß, Berlin



Walter Womacka, Mutter und Kind, 1969. Lithographie

Zu den bevorstehenden Fest- und Feiertagen wünschen wir allen Leserinnen und Lesern, allen Mitgliedern des Fördervereins, Freunden und Sympathisanten maximale Gesundheit, geschärfte Sinne und einen kämpferischen Geist.

Kranken, Behinderten, Einsamen und in Haft Befindlichen gelten unsere Gefühle und Gedanken.

Die Januarausgabe gelangt ausnahmsweise schon am 19. Dezember zum Versand.

Welchen Weg geht Zimbabwe?

Vom glorreichen Befreiungskampf zur galoppierenden Inflation

Das heutige Zimbabwe wurde Ende des 19. Jahrhunderts von London „entdeckt“. Der Gold- und Diamantenmagnat Sir Cecil Rhodes – Premierminister der Kap-Kolonie – schickte 1890 eine 200 Mann starke Pionierkolonne über Matabeleland ins Mashonaland. Die Mission war durch die britische Königin Victoria abgesegnet. Der Auftrag lautete: erobern, regieren, entwickeln. Um der Operation den Anschein der Rechtmäßigkeit zu geben, rang Rhodes dem Stammeskönig der Ndebele eine weitreichende „Konzession“ ab. Sie bedeutete das Monopol über den gesamten Bergbau der Region. Der Preis: 1000 Gewehre und eine monatlich zu entrichtende „Gebühr“. Nur drei Jahre nach Begründung der weißen Herrschaft über Mashonaland wurden die Ndebele angegriffen und geschlagen. Ihr Land hieß fortan nach dem Eroberer Südrhodesien. 1923 schuf London dort eine „sich selbst regierende Kolonie“. 1930 wurde vom britischen Unterhaus ein Gesetz erlassen, das den inzwischen 200 000 weißen Siedlern Südrhodesiens 48 Millionen Acres besten Bodens zuschanzte, während den 2,5 Millionen Schwarzen nur 39 Millionen Acres minderwertigen Landes verblieben. 1953 schuf Großbritannien das fragwürdige Kunstgebilde „Zentralafrikanische Föderation“, zu der außer den damaligen Noch-Kolonien Nordrhodesien und Njassaland auch das „selbstverwaltete“ Südrhodesien gehören sollte. Londons Projekt erwies sich als Flop. Aus Nordrhodesien und Njassaland wurden die unabhängigen Staaten Sambia und Malawi. 1964 griffen die Briten zu einem neuen Manöver. Sie traten in „Verhandlungen“ mit Südrhodesien ein. 1965 rief der Chef der weißen Siedler, Ian Smith, einseitig die Unabhängigkeit des Territoriums aus. Großbritannien protestierte pro forma, verharnte aber in Nichtstun.

Im Verlauf der 50er und 60er Jahre erstarkte Südrhodesiens schwarze Befreiungsbewegung. Sie stützte sich auf die zahlenmäßig noch kleine Arbeiterklasse, die – aus Ndebeles bestehend – stark stammesgeprägt war, und die Jugendbewegung, welche im Shona-sprechenden Landesteil mit der Hauptstadt Salisbury (Harare) über Einfluß verfügte. Auch Teile der Dorfbevölkerung waren inzwischen politisiert worden. Überdies kehrten Gruppen junger Intellektueller, die vor allem in Ghana und Tansania studiert hatten, nach Südrhodesien zurück. 1957 formierte sich dort der 18 Monate später verbotene ANC. Ihm folgte die Nationaldemokratische Partei. Auch sie wurde nicht alt. Doch nach ihrer Ausschaltung stand wiederum Ersatz bereit: die ZAPU. Alle drei Organisationen leitete Joshua Nkomo – ein standhafter Antiimperialist.

Von der ZAPU spaltete sich 1963 ein Flügel unter Sithole und Mugabe ab. Diese Gruppierung nannte sich ZANU. Sie distanzierte

sich von der jungen Gewerkschaftsbewegung und den Ideen Nkomos und stützte sich vor allem auf bäuerliche Schichten. Während des bewaffneten Kampfes gegen das Smith-Regime (1963–1979) kam die Unterstützung überwiegend aus den sozialistischen Ländern. Die ZAPU erhielt besonders von der UdSSR, der DDR und Kuba umfangreiche Hilfe. Die ZANU stand dem China Mao Tse-tungs nahe. Später unterhielt sie auf Führungsebene auch Kontakte zur DDR und zu Kuba. Nach dem Scheitern aller Bemühungen, in ernsthafte Verhandlungen mit Smith einzutreten, sprachen sich die Chefs der „afrikanischen Frontstaaten“ dafür aus, den militärischen Befreiungskampf zu forcieren. In ihrem Auftrag setzte sich Tansanias Präsident Julius Nyerere für die Formierung einer Patriotischen Front aus ZAPU und ZANU ein. Ian Smith antwortete mit einer „internen Regelung“. Bei Scheinwahlen im April 1979, die von der Patriotischen Front boykottiert wurden, „siegte“ mit Bischof Muzorewa ein Strohmann der weißen Siedler.

Währenddessen entfalteten sich die Kampfhandlungen. Die zur ZAPU gehörende Revolutionäre Volksarmee Zimbabwes (ZIPRA) verfügte über eine eigene Luftwaffe aus MIGs, die in Angola stationiert waren, sowie über Artillerie und 8000 reguläre Kämpfer. Sie holte etwa 30 südrhodesische Flugzeuge vom Himmel und bereitete schließlich eine strategische Offensive vor, von der der britische Geheimdienst jedoch Wind bekam. Im Herbst 1979 berief Premierministerin Margret Thatcher die sogenannten Lancaster-House-Gespräche ein, um der ZIPRA zuvorzukommen. Ergebnisse waren ein Waffenstillstand, die Auflösung der Marionettenregierung Muzorewas und Wahlen unter Aufsicht des britischen Gouverneurs. Die ZANU erhielt 57 Mandate, die ZAPU 20, Muzorewas Partei 3. Den Weißen waren von vornherein 20 Parlamentssitze garantiert.

Im April 1980 wurde Zimbabwe unabhängig. Der Reichtum des Landes verblieb überwiegend in den Händen der Siedler. Nach der Unterzeichnung des Lancaster-House-Agreement verließ die ZANU die Patriotische Front und setzte auf Alleinherrschaft. Die ZAPU-nahe Gewerkschaftsführung wurde zu Fall gebracht. Mugabes offene Feindseligkeit gegenüber den sozialistischen Ländern – außer China – wurde erst 15 Monate nach Verkündung der Unabhängigkeit eingestellt, als Harare mit Moskau diplomatische Beziehungen aufnahm. Die ZANU rechnete grausam mit der ZAPU ab. In Matabeleland wurden etwa 20 000 ihrer Aktivisten ermordet. 1987 schluckte die ZANU ihre Konkurrenzpartei. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds fielen wie Geier über Zimbabwes geschwächte Wirtschaft her. Sie

forderten „strukturelle Anpassungen“. Die von der ZANU durchgeführten Reformen wurden mit geborgtem Geld finanziert. Hunger und Arbeitslosigkeit griffen um sich. Die Enteignung weißer Farmer stieß weitgehend ins Leere.

In den 90er Jahren trat eine vielschichtig zusammengesetzte und vom Westen stimulierte Neue Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) auf den Plan. Beinahe hätte sie schon damals die Parlamentswahlen gewonnen, zumal sie auch von weißen Siedlern unterstützt wird. 2002 sicherte Mugabe, der dabei auf Einschüchterung und Verfolgung politischer Gegner setzte, seine Wiederwahl als Staatspräsident. Inzwischen hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Die Inflation sprengt alle



Dimensionen. Drei Millionen Zimbabwer haben das Land verlassen. Mugabes antikoloniale Vergangenheit erleichtert es ihm allerdings, selbst unter diesen Bedingungen am Ruder zu bleiben. Noch immer betrachten ihn Millionen als Idol des Befreiungskampfes. Die ZANU verfügt über großen Einfluß im Militär, das regelmäßig Sold erhält.

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 29. März 2008 errang die MDC des Mugabe-Gegenspielers Tsvangarai die Mehrheit der Sitze. Die Stimmenauszählung dauerte Wochen. Als eine Stichwahl um die Präsidentschaft notwendig wurde, da Tsvangarai zwar vorne gelegen hatte, aber unter 50 % geblieben war, zog Mugabe alle Register. Sein Rivale gab auf. Der alte Präsident – nun einziger Bewerber – war auch der neue.

Inzwischen ist in Harare ein brüchiger „Kompromiß“ zustande gekommen. Vermittler ist weiterhin Südafrikas proimperialistischer Expräsident Mbeki. Es wurde „Machtteilung“ angesagt, aber nicht eingehalten. Mugabe tritt nicht freiwillig ab, und die westlichen Feinde eines freien Afrika werden nicht ruhen, bis das strategisch wichtige Land wieder unter ihrer politischen Kontrolle ist.

R. F., gestützt auf „The Socialist Correspondent“, London

Tränen um Dr. Heinrich Schuhmann

Wen man in der DDR als „Verdienten Arzt des Volkes“ ehrte

Dr. Heinrich Schuhmann war Ärztlicher Direktor des Bezirkskrankenhauses für Neurologie und Psychiatrie Haldensleben. In Medizinerkreisen wurde er auch als Vorsitzender der Profilierungskommission im Ministerium für Gesundheitswesen und als Bezirkspsychiater bekannt. Geboren am 15. Februar 1902 in Heida (CSR), starb er erst 58jährig am 13. Mai 1960. Nach dem Medizinstudium an der Universität Prag hatte er dort auch promoviert. Aus der Ehe, die er 1929 schloß, gingen zwei Töchter hervor. Beide wurden in Haldensleben Ärztinnen. Dr. Schuhmann hat in jüngeren Jahren auf Kinder- und Jugendstationen gearbeitet. Er war später u. a. Direktor der Heilanstalt Dobransy (Böhmen). Am 17. April 1943 wurde die Stadt durch einen US-Luftangriff weitgehend zerstört. Alle Aufzeichnungen und Forschungsunterlagen Dr. Schuhmanns – Ergebnisse jahrelanger mühevoller Arbeit, besonders auf dem Gebiet der Epilepsie – gingen dabei verloren.

Im Krieg war Dr. Schuhmann Truppenarzt an der Front. 1944 ging er in sowjetische Gefangenschaft und schloß sich sofort dem „Bund deutscher Offiziere“ beim Nationalkomitee Freies Deutschland an. 1947 besuchte er die Antifaschule in Moskau. In der UdSSR war er Arzt in einem Hospital für andere Kriegsgefangene.

Ende Oktober 1948 entlassen, begab sich Dr. Schuhmann nach Köthen zu seinen dorthin umgesiedelten Eltern. Er arbeitete zunächst in der Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe. Im April 1950 wurde ihm die Leitung der Anstalt Haldensleben übertragen. Bald darauf wählte man ihn zum Vorsitzenden des Kreisfriedenskomitees. Neben seiner Tätigkeit als Direktor übernahm er, stets um Basisnähe bemüht, zusätzlich als Stationsarzt das „Schwere Haus 208“. Gegen Widerstände richtete er das Haus 204 für behinderte Kinder ein.

Nicht alle waren von den Initiativen und der Konsequenz Dr. Schuhmanns angetan. Nicht wenige Herren „alter Schule“ sprachen durchaus unfreundlich von ihm. Ihnen blieb

der „rote Schuhmann aus Haldensleben“ stets ein Dorn im Auge.

Die Arbeiter-und-Bauern-Macht aber hat diesen tüchtigen Mann zu schätzen gewußt. In der Begründung der 1956 erfolgten Auszeichnung als „Verdienter Arzt des Volkes“ wurden „seine besonderen Verdienste bei der Anwendung neuer fortschrittlicher Methoden in der Heilbehandlung“ gewürdigt. „Er ging u. a. von der konservativen zur aktiven Medizin über und förderte dabei in jeder Weise die Arbeitstherapie. Außerdem baute er im Aufnahmegebiet der Heilanstalt Haldensleben die Außenfürsorge auf und half durch Unterricht in der Abendschule für Geisteskrankenpflege mittleres medizinisches Personal heranzubilden“, hieß es dort. Einmal reiste Dr. Schuhmann in seine alte Heimat, ins Böhmisches der CSR. Er besuchte ehemalige Wirkungsstätten und berichtete darüber in der Haldenslebener Patientenzeitung „Eichkater“.

„Ich wurde überall auf das herzlichste empfangen, erlebte viele Freundschaftsbeweise, war in zahlreichen Krankenhäusern, ähnlich dem unseren. Ich wollte lernen, sehen, wie sie es machen, oder besser machen als wir. Man bemüht sich sehr darum, alle Patienten an eine Tätigkeit heranzuführen, weil Arbeit seit altersher eine der besten Heilmethoden ist. Ich sah dann auch unter dem, was die Patienten geschaffen hatten, wahre Kunstwerke.

Mir gefiel sehr, daß es viele bunte Bilder und Blumen, vor allem auch freundlich aussehende Gardinen an den Fenstern gab. Man konnte sich da manches abgucken. Die Patienten wurden mit Sport, Spiel, Tanz, Basteln und Gesang in der Freizeit beschäftigt, wobei ich allerdings bemerken muß, daß ich nirgends einem Chor begegnete, der sich mit unserem Haldenslebener Frauenchor hätte messen können.

Ich habe auch die Anstalt Wiesengrund, in der ich früher Direktor war, besucht. Interessant war zu sehen, wie sie sich in der Zwischenzeit, vor allem nach der großen Zerstörung durch Bomben, entwickelt hat.“

Wie erlebte der Arzt und Klinikdirektor Schuhmann den Alltag in der jungen DDR? Eine Assistentin erinnert sich jener fernen, schweren, schönen 50er Jahre:

„Wir fuhren gewöhnlich zweimal im Monat für jeweils zwei Tage zur Außenfürsorge in unser Aufnahmegebiet, Freitag und Sonnabend. Wir dehnten die Arbeit bis auf den Abend aus und kamen gewöhnlich erst um 23 Uhr nach Hause. Die Sprechstunden waren überfüllt, wir arbeiteten meistens durch, nahmen vom Frühstück abgesehen, oftmals erst um 21 Uhr die erste Mahlzeit ein.

Ein abenteuerliches Kapitel war immer die Quartierfrage. Besonders aufregend ging es gewöhnlich in Sangerhausen oder Eisleben zu. Einmal mußten unser Fahrer und Dr. Schuhmann im Winter in einem unbeheizbaren Holzverschlag hinter einem Gaststättensaal, in dem bis 2 Uhr früh ein Tanzvergnügen stattfand, nächtigen.

Ein anderes Mal hatte Dr. Schuhmann seine Tochter Eva mitgenommen, um ihr einen Eindruck von der Art unserer Arbeit zu vermitteln. Vor Hettstedt war unser Benzintank leer. Wir schoben das Auto drei Kilometer weit durch das Städtchen. Für Spott brauchten wir nicht zu sorgen. Übrigens gab es wegen unserer Fürsorgefahrten im Betrieb ein ständiges Feilschen um Benzinmarken.

Im Morgengrauen begannen wir die Arbeit, bei Dunkelheit beendeten wir sie. Außerdem trainierten wir Askese. Aber all das zählte nicht. Für Dr. Schuhmann stand der Kranke an erster Stelle, und dieser Priorität hatte sich grundsätzlich alles unterzuordnen. Die Patienten merkten wohl, daß sie mit großer Zuwendung und Aufmerksamkeit behandelt wurden. Niemals schickten wir einen von ihnen unverrichteterdinge fort. Aber auch die Angehörigen erfuhren seelischen Beistand, Verständnis und Rat. So verwunderte es nicht, daß nach dem viel zu frühen Tod Dr. Schuhmanns in den Sprechstunden manche Träne floß.

Karl Schlimme

Ein fragwürdiges Unterfangen

Personen aus dem „Umkreis“ der in Hannover erscheinenden Zeitschrift „offensiv“ – sie ist de facto seit langem mit dem Auseinanderdividieren linker Kräfte befaßt – haben „Marxisten-Leninisten“ zum möglichst umgehenden Zusammenschluß in einer „Kommunistischen Initiative“ aufgerufen. Daraus soll „mal so auf die Schnelle“ eine avantgardistische Partei hervorgehen. Gemeinsam mit „Personen aus“ DKP, KPD und KPd (B), deren Publikationsorgan „Trotz alledem“ Michael Opperskalski, Köln – der tonangebende Mann bei „offensiv“ – als

Leitartikler bedient, sollen zu einem „Unterstützerkreis“ gehören. Es wird behauptet, der Zeitpunkt für den Zusammenschluß von „Marxisten-Leninisten“ – dieser hier mißbrauchte Begriff wird im Aufruf der Initiatoren unzählige Male verwendet – sei „nie so günstig gewesen wie heute“. Ein „vorläufiges Komitee“ lädt zu Veranstaltungen ein. Vermutlich zielt „offensiv“ als der eigentliche Regisseur des Unterfangens mit diesem jüngsten Einfall auf Irreführung redlicher Genossen und deren Mißbrauch. Es geht offensichtlich um das Herauslösen mar-

xistisch-leninistischer Kader aus linken Organisationen, was ihre Isolierung und Einflußlosigkeit zur Folge haben würde. Anvisiert ist die mit Einheitsphrasen getarnte Spaltung der Linkskräfte.

Was den „RotFuchs“ betrifft, so bleibt er seiner Devise treu, Kommunisten, Sozialisten und andere standhafte Antikapitalisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage einander näherzubringen. Allein diese Strategie führt, wie die Praxis täglich beweist, zu politischem Erfolg.

R. F.

Ein Stadtlexikon voller Lücken und Lügen

Wie man in Darmstadt Geschichtsschreibung betreibt

Weh der Lüge! Sie befreiet nicht ...“ Unter diesem Titel erschien unlängst in Hessen ein „deutsches Beispiel“ des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Vorgeführt wird das Stadtlexikon von Darmstadt. Der Autor Fred Kautz ist ein Deutsch-Kanadier, der Mitte der 80er Jahre nach Hessen kam, um historische Forschungen für eine Dissertation zu betreiben. Er ist im Geist humanistischer Vorstellungen der deutschen Klassik erzogen worden und ordnet sich heute politisch links ein. Als historische Aufgabe der Linkskräfte betrachtet er, „nicht am Schein der Versöhnung und ‚Identität‘, mit welchem die Klassengesellschaft sich und ihre Geschichte umgibt, mitzuweben, sondern das Unversöhnliche, das Verleugnete und Verdrängte, das Schuldhaft-rücksichtslos beim Namen zu nennen“. Kautz demaskiert die große Lüge und deren Kolportage, die aus Tätern und Mitläufern des Hitlerfaschismus Opfer machen. Sein Motto ist Goethes „Iphigenie auf Tauris“ entnommen: „O weh der Lüge! Sie befreiet nicht.“

Der Autor will zur Entlarvung der Schuldigen beitragen. Er tut das sehr konkret. „In diesem Buch geht es um Geschichten, die sich überall in Deutschland zutragen könnten“, schreibt er und nennt Beispiele dafür: Günzburg, das den SS-Arzt Mengele deckte, Bad Nauheim mit dem Dachauer KZ-Physiologen Thauer und seinen Menschenversuchen für die faschistische Luftwaffe, auch Darmstadt, diese nur 25 km von Frankfurt am Main entfernte „Stadt am Walde“ mit ihren Hochschulen und Akademien, Museen und der hessischen Landesbibliothek. Darmstadt ist nicht zuletzt auch durch seine Industriebetriebe und die Traditionen seiner Arbeiterbewegung bekannt. Hier erschien nicht nur die Erstausgabe von Goethes „Götz von Berlichingen“, sondern auch Marx' „Kapital“. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt durch Bomben zu 78 % zerstört.

Wie ist es möglich, fragt Fred Kautz sich und die Leser dieses spannenden Buches, daß aus ganz normalen Menschen Bestien werden, die andere quälen, peinigen und morden, weil es ihnen so befohlen wird? Wie erklärt es sich, daß Tausende andere das dulden, wegsehen, es nicht wahrhaben wollen? Und wie werden heutzutage aus faschistischen Tätern Opfer gemacht, bemitleidenswerte, harmlose Betrogene, ein bedauernswertes Volk?

In Goethes „Iphigenie“ hören wir den König der Taurier sagen: „Zur Sklaverei gewöhnt der Mensch sich gut / Und lernet schnell gehorchen, wenn man ihn / Der Freiheit ganz beraubt ...“ Fred Kautz zeigt die Verwandlung großer Teile selbst des sogenannten Bildungsbürgertums in willfähige Werkzeuge der Mordmaschinerie. Da sind Massenmörder wie der SS-Untersturmführer und Chef der Lager-Gestapo

in Auschwitz Stark; der SS-Führer Best, Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen und später Reichsbevollmächtigter in Dänemark; der in Darmstadt geborene SS-General und Himmler-Intimus Wolff ... In einem Brief vom August 1942 schreibt dieser: „Mit besonderer Freude habe ich von Ihrer Mitteilung Kenntnis genommen, daß nun schon seit 14 Tagen täglich ein Zug mit je 5000 Angehörigen des auserwählten Volkes nach Treblinka fährt.“

Da ist der Höhere SS- und Polizeiführer Katzmann, der stolz berichtet: „Der Bezirk Galizien ist ... judenfrei. Nur durch persönliches Pflichtbewußtsein jedes einzelnen Führers und Mannes ist es gelungen, dieser Pest in kürzester Frist Herr zu werden.“ Da ist der KZ-Kommandant Koch mit seiner privaten Sammlung geschrumpfter menschlicher Köpfe. Und da ist der Infanteriegeneral von Hutier, der für die „Durchmischung“ der Artillerievorbereitung eines Angriffs mit Giftgasgranaten steht.

Der Umgang mit dieser Kategorie „Mensch“ im Stadtlexikon: Verharmlosung, Vertuschung, Weglassen. Kautz bewertet mehr als zwei Dutzend der Personen-Eintragungen. Er zeigt, wie Barbaren reingewaschen und zu Friedensengeln umfunktioniert werden. „Nach diesem Strickmuster könnte man auch aus Heinrich Himmler einen Nazi-Gegner machen ...“ Soweit die genannten Verbrecher nach 1945 überhaupt verurteilt wurden, kamen sie nicht nur nach kurzer Zeit wieder frei; sie wurden sogar erneut in den Staatsdienst übernommen und gehörten alsbald zum Rückgrat des BRD-Machtapparats.

Aber da gibt es ja noch die „normalen Bürger“, die im Stadtlexikon als Inbegriff echter Darmstädter „Heiner“ heißen. So die Witwe, die davon schwelgt, „wie sie als BDM-Mädel ... zum Granatendrehen dienstverpflichtet und dort von einem französischen Zwangsarbeiter angehimelt wurde“. Oder ihr verblichener Mann, der vor seiner Pensionierung als Stabsfeldwebel der Bundeswehr davon erzählte, wie er als Berufssoldat der Wehrmacht „kurz vor Kriegsende noch ‚ein paar Amis umgelegt‘ habe“. Kautz konstatiert: „Am Stammtisch machten die Deutschen noch nie ein Hehl daraus, daß es ihnen unter Adolf bis tief in den Krieg eigentlich ganz gut ging ... Normale Deutsche beobachteten, lauschten und denunzierten ‚Rassenschänder‘, Schwarzschlachter und Hörer von Feindsendern.“

Und dann ist schließlich auch vom Widerstand gegen den braunen Terror die Rede. Der bildet allerdings „keinen Themenschwerpunkt im Lexikon“.

Doch auch mit Ereignissen vergangener Jahrhunderte geht man eigenartig um. Die Einweihung eines Standbildes des hessischen Großherzogs spielt eine

bedeutendere Rolle als der Bauernaufstand in der Region und dessen brutale Niederschlagung im Jahre 1525. Oder der „Hessische Landbote“ des Georg Büchner und das Hissen der roten Fahne auf dem Darmstädter Schloß 1918.

Es verwundert kaum noch, daß der antifaschistische Widerstand weitestgehend auf den 20. Juli 1944 beschränkt wird, auf einen Gedenkstein für Leuschner, Miendorff und Schwamb auf dem Friedhof und biographische Abrisse einiger Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Kommunistische Widerstandskämpfer sind hingegen immer noch „tabu“. Bereits in den 50er Jahren wurden nach ihnen benannte Straßen wieder zurückbeschildert. Biogramme der in Darmstadt geborenen Kämpfer der „Roten Kapelle“ Arvid Harnack, Elisabeth Schumacher und Albert Hößler sucht man vergebens. Der von den Nazis 1944 ermordete Darmstädter KPD-Spitzenfunktionär Georg Fröba erhielt als „Quotenkommunist“ einen Eintrag, weil er während der Weltwirtschaftskrise eine Suppenküche eingerichtet hatte, nicht aber für den Aufbau eines sieben Jahre lang intakten Widerstandsnetzes.

Bereits seit 1950 wurden Beamte, Arbeiter und Angestellte der Stadtverwaltung, die Kommunisten waren, entlassen. Kautz nennt ihre Namen. Das Kunststück, die Kommunistenhatz zu „rechtfertigen“, gelingt im Lexikon nur mit Hilfe der Totalitarismuskonzeption. Kautz nennt sie einen „dem kalten Krieg entstammenden Kampfbegriff“.

Das hier besprochene Buch will dazu beitragen, daß der faschistische Ungeist nicht immer neue Generationen der Deutschen vergiftet. „Der Preis, den Fred Kautz dafür zahlen mußte, war nicht gering“, heißt es im Vorwort. Anstelle einer Beschäftigung durch die Universität erwartete ihn von der Wissenschaftsmetropole Darmstadt gönnerhaft angebotene „Arbeit statt Sozialhilfe“. Man speiste ihn mit einem Hungerlohn ab, den man sonst „quasi zwangsrekrutierten Arbeitskräften zumutet, die in städtischen Grünflächen Laub rechnen und Unkraut jäten.“ Gerade das macht Kautz ja auch mit seinem Buch – Unkraut jäten.

Dr. Ernst Heinz

Fred Kautz: Weh der Lüge! Sie befreiet nicht ... Der Umgang mit der NS-Vergangenheit im „Stadtlexikon Darmstadt“, ein deutsches Beispiel. Verlag Edition AV, Lich/Hessen 2008, 212 Seiten, 16 €, ISBN 978-3-936049-95-4

Karl Mundstock und der Bayer

Abschied von einem großen proletarischen Schriftsteller

Unlängst trugen wir in Berlin Karl Mundstock zu Grabe, 93jährig und auf diesem langen Weg nie auch nur einen Schritt die linke Spur verlassend. Er war ein großer Schriftsteller, hinterließ uns viele Bücher, die eines Tages vielleicht wieder erscheinen und dann mit Sicherheit wieder gelesen werden. Mancher mag ob dieses nach einem Nachruf klingenden Textes irritiert sein, weiß er doch, daß der „RotFuchs“ solcherlei selten publiziert. Daß ich mich ermuntert fühlte, diese Zeilen zu Papier zu bringen, hat einen besonderen Grund.

Vor einem guten Jahrzehnt hatte Karl eines Tages Post aus Bayern bekommen. Einem dortigen Oberstudienrat war die Mundstock-Biographie „Meine tausend Jahre Jugend“ in die Hände gefallen, er hatte sie sogar gelesen und sich – was niemand, sicher auch Karl nicht, verwunderte – darüber gebührend empört. Immerhin war er so fair, Mundstock einen Brief zu schreiben, und der setzte sich eines Tages hin und formulierte auf einem Viertelhundert Buchseiten einen „Brief nach Bayern“, den ich 1999 in einem der Spotless-Bändchen abdruckte. Es war ein unmißverständlicher Brief, der mit den Worten begann: „Wir Berliner sind wohl so helle, weil wir weiter nördlich wohnen, wo kein Gamsgebürg uns beschattet.“

Ich würde Karl Mundstock keinen Gefallen erweisen, wenn ich hier eine „Kurzfassung“ dieser gepfefferten Antwort versuchen würde, aber ich werde aus höchst triftigem, später noch kundzutuemendem Grund einige Sätze wiedergeben, auch weil sie belegen, daß Schriftsteller, wenn sie hinreichend mit der Wissenschaft von der Veränderung der Welt vertraut sind, Sprache und Überzeugung durchaus vereinen können.

„Es würde zu weit führen, hier die dreifache von Wissenschaftlern und demzufolge ihren Nachplapperern untereinander verwechselten und unzulässig ausgetauschten grundverschiedenen Begriffe vergesellschaften, verstaatlichen, sozialisieren auseinanderzuklamüsern. Nur so viel: Vergesellschaften und verstaatlichen sind innerkapitalistische Angelegenheiten und haben mit sozialisieren rein gar nichts zu tun. Die ökonomische Evolution hat das Kapital an die Schwelle herangeführt, dahinter das für uns nicht mehr neue, aber mit mehr Gedankenmühe als beim ersten Ansatz einzurichtende sozialistische Zeitalter liegt. Wie die Bourgeoisie sich mit der ökonomischen Evolution gewandelt hat, von Konzerngewaltigen zu global fusionierenden Transnationalisten, so hat, sich auch die Arbeiterklasse gewandelt, ohne daß sie deshalb aufgehört hat, Arbeiterklasse zu sein. Der Bohrwerksdrehler wird dadurch nicht führender Gesellschafter seines Weltkonzerns, daß er wie ein Aufsichtsrats- oder Generaldirektorsratsmitglied in einem Porsche – nur hat er

sich seinen nicht fabrikneu angeschafft – vom Eigenheim zur Schicht fährt und, mit einer Kleinaktie beteiligt, über das Werk mitzubestimmen glaubt. ...

Mein Brief weitete sich an dieser Stelle zu einer Abhandlung aus, befaßte ich mich damit, wie die Arbeiterklasse, an vielen klugen und talentierten Köpfen aus ihren Reihen sichtbar, sich durch Erhöhung ihres geistigen Niveaus gewandelt hat. ... In seiner letzten Herrschaftsphase hat sich das Kapital eine an den Feudalismus im Niedergang erinnernde, in sich widersprüchliche und fluktuierende Ständeordnung geschaffen, dessen Kader eine gegen jede Möglichkeit demokratischer Einmischung und Kontrolle autoritäre, nach innen hin unumschränkt absolut herrschende Beamtenkaste ist. Dieser Unabhängigkeitstotalität ihrer Staats- und Kapitalsdienerschaft haben sich auch Regierung und Legislative auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Sie beschließen und der Beamte entscheidet ohne Kontrolle oder gar Aufsicht, was Gesetze und Erlasse besagen und wie mit ihnen verfahren wird. Auch die gummizähe Zwischenschicht, die alle Stöße von unten aufzufangen hat, ist in sich nicht homogen, abgesehen von ihrer Intriganz, daß jeder Untere jedem Oberen mit dem Messer unterm Hemd in den Arsch kriecht, um ihn von den Eingeweiden herauf abzustechen und seinen Posten zu erschleichen. ...

Weiter: Auf Unwissenheit spekulierend, suggeriert journalistische Dienstbarkeit per Fernsehen, Rundfunk, Presse, Kolportage als gegeben, was es noch gar nicht gegeben haben kann und auch jetzt nicht gibt: ‚Kommunistische Regimes‘. Abgesehen von dem in der Epistel Jacobi dargestellten judenchristlichen Vorstadium und einzelnen in den Geschichtsbüchern als ‚Kommunen‘ aufgeführten Verwirklichungen einer Utopie kann es Kommunismus bisher so wenig gegeben haben, wie Wale und Delphine Fische, Fledermäuse und Flughunde Vögel sind, obwohl die einen wie Fische schwimmen, die andern wie Vögel fliegen. Kommunismus kann erst werden, wenn es Staaten samt Polizei, Militär, Beamtenhierarchie und Grenzen nicht mehr gibt, diese in den künftigen ‚Assoziationen freier Bürger‘ nicht mehr gebraucht sich von selbst erledigen. Wo Regierungen mit Parteigängern solcher geschichtlichen Perspektive versehen, sind sie bei weitem noch lange kein kommunistisches Regime ...

Dem Kapitalismus nach einem Jahrhundert, in dem für ihn nahezu ununterbrochen irgendwo bombardiert, interveniert, erklärt oder nicht Krieg geführt wurde und wird, ‚das kleinste Maß an vermeidbarem Leid für alle‘ zuzumessen, übersteigt mein Maß an Toleranz. Über eine mit zwei Weltkriegen und etlichen Nationalitätenmassakern ‚beste und gerechteste

Gesellschaft, die es auf Erden gegeben hat‘, kann nur noch weinen, wer Vater ist einer mit fünfzig im Arbeitsprozeß nicht mehr unterzubringenden nun Dauersozialunterstützungsempfängerin mit Diplom und eines Meisterarbeitslosen, der als Schlosser mit Schweißerpaß und Schmiedefähigkeit noch vor dem Fünfzigsten zum Alteisen geschmissen ist ...

Ihre Zuschrift hat mich veranlaßt, gründlich nachzudenken, eine Menge nachzulesen, das Gedächtnis aufzufrischen.

Nun schließe ich mit freundschaftlichen Grüßen, Servus ...“

Der Brief ging ab nach Bayern und – verursachte dort Nachdenken, was die Überzeugung erhärtet, daß das Verteidigen einer Haltung durchaus nicht mit Entschuldigungen eingeleitet werden muß. (Die Leser wissen, was ich meine: „Wenn wir auch manchen Fehler in der DDR begingen, so hatten wir doch ...“)

Karls Klartext trug ihm eine Antwort aus Bayern ein und die Ankündigung, daß sich der Adressat auf den Weg nach Berlin zu machen gedenke. Um es abzukürzen: Der Oberstudienrat kam nach Pankow, und die beiden führten in Abständen viele Dispute miteinander. Als ich die Rede schrieb, die ich in der Trauerhalle hielt, gab mir Karls Witwe gerade noch rechtzeitig einen Brief des Mannes: „Liebe Frau Mundstock, wenn es mehr solche Kämpfer – aufrichtig und ehrlich – wie Ihr lieber Mann es war, gegeben hätte, hätte die DDR nicht untergehen müssen. Allerdings hätten wir uns dann nie kennengelernt. Ihr Mann wird in seinen Büchern weiterleben. Toleranz war uns wichtig, aber vor allem hat uns geeint die Intoleranz gegen die Braunen.“

Der Bayer bedauerte sehr, daß er Karl nicht auf seinem letzten Weg begleiten konnte. Er durfte seine bettlägrige Frau nicht allein lassen.

Der alte Lehrer hatte dem Brief einen 50-Euro-Schein beigelegt, den die Witwe jenem Fonds zukommen lassen sollte, welchen Karl für eine Spende gewählt hätte. Er wurde an Cuba si überwiesen.

Dr. Klaus Huhn

Am 31. Dezember wird unser Kampfgefährte

Wolfgang Schulze

70 Jahre alt.

Ein in vielen Sätteln gerittener Genosse, hat er sich auch als Leitungsmitglied der RF-Regionalgruppe Berlin große Verdienste erworben.

Wir gratulieren herzlich.

Reime für den „RotFuchs“

Alles, was recht ist

Der Rechtsstaat ist eine demagogische
Lüge,
eine Behauptung, wonach sich Recht
zutrüge.
Dagegen jedoch im Alltagsgescheh'n
ist millionenfach etwas andres zu sehn.
Wer streicht die Gewinne des Arbeitstags
ein
und kann dich schon morgen von Arbeit
befrein –
befreien vom Recht auf ein wenig Glück?
Man gibt dir von Kirschen bloß Steine
zurück.

Und die Sorgenfalten in deinem Gesicht
bezeugen schon länger den Glücksverzicht.
Du solltest mal rechnen, was du so
erbracht,
ob im Labor oder gar im Schacht,
an Straßen, an Autos und auch im Verkauf.
Errechne die Summen. Du kommst nicht
drauf?

Millionen und das noch millionenmal,
ahnest du jetzt, was man dir schon stahl?

Ja begreifst du, was man dir vorenthält –
gar immer das Urteil für andre fällt,
für die, welche haben und mächtig sind –
das Recht auf den Frieden für dich und
dein Kind,
auf Bildung, Gesundheit, Naturgenuß ...?
Der Rechtsstaat bereitet dir nur Verdruß.
Du siehst zwar den Mond durch das
Sonnenlicht,
bloß Mondscheinlicht, das genügt doch
nicht?

E. Rasmus

Im schönen Land Afghanistan

Wilde Berge, weite Wiesen, grün,
besternt mit rotem Mohn.
Davor Soldaten
aus fremden Ländern
und neugierige Kinder,
denen der Hunger
aus den Augen schreit.
Ein deutscher Landsknecht
wirft Äpfel voraus
auf das bunte Grasland,
Die Kinder laufen danach.
Kommen sie unbeschadet zurück,
weiß er den Weg minenfrei.

Horst Buder

Wartezeit

Vorm Eingang sitzt einer,
raucht 'nen Glimmstengel,
vertreibt sich die Zeit bis zur Operation.
Wartezeit.

Im großen Saal ist grad keiner,
nicht die Spur von weißem Engel,
es gibt keinen anständigen Lohn.
Wartezeit.

Die Schwestern sind überfordert seither.
Jede Minute verplant,
das ist die Regel.
Menschliche Nähe?
Für dieses System ein Hohn.
Wartezeit.

Förderung und Hilfen sind nur Schleier,
als bekämpfst du ein Blutbad mit 'nem
Egel.
Von Protest aber kein Ton.
Wartezeit.

So geht's nun weiter.
Stets rasselt nur der Säbel,
doch der Patient leidet schon.
SCHLUSS MIT WARTEN!

Markus Fiebig (18)

Landwehrkanal

land
am urbanen Ufer
lärmst hitzig aus verharschten Wunden und
Rissen.

wehr
die wässrige Ader des Totschlags
krümmt sich ohnmächtig im Stau der
Tränen.

kanal
Wellenspiegel großer Stadt
und seiner Gesichter.
Aus dem Duft der Linden
schlägt das Gelächter der Mörder und ihrer
Enkel.

Rudi W. Berger

Silvesterraketen

wenn Silvesterraketen
mit Übermutsantrieb
himmelwärts zwischen
geldrollenturmhoch
umschließt in Ländern
wo ein Reiskorn
plantagengroßen Wert hat
die Nacht aus Erde
Knochenmenschen
Ödem statt Odem

Jürgen Riedel

In der Nacht

In der Nacht kommen sie.
Schnell versteck dich,
atme nicht so laut.
Schnell durchs Loch in der Wand
zum Verschlag – als Versteck umgebaut.

In der Nacht kommen sie.
„Alles raus!“ Stiefel trampeln laut.
Scheinwerfer und Hundegebell.
Schüsse peitschen, alles geht schnell.
Am Waldrand liegen sie – totenbleiche Haut.

In der Nacht kommen sie,
die Mützen mit dem Totenkopf.
Pistole in der Hand, eiskaltes Grinsen.
Nehmen den Barackennachbarn mit,
nur die Tätowierung wird man später finden.

In der Nacht kommen sie,
Mutter, Vater, Bruder, die Verwandten.
Jene Reihe vor der Baracke,
deren Inhalt sie nicht kannten.
Sie sind nicht nur um den Schlaf gebracht,
lebenslanges Martyrium Nacht für Nacht.

In der Nacht kommen sie,
die Mengele-Versuche.
Zwillinge dem Tode nah.
Was ich vergeblich suche,
können sie mir nicht geben,
denn ich sehe, was damals geschah.

In der Nacht kommen sie,
die Toten aus den Gruben,
Leichen über Leichen.
Fordern ihr vernichtetes Leben zurück,
ich kann ihnen nicht ausweichen.

In der Nacht kommen sie,
die toten Gestalten.
Sie greifen nach den Überlebenden,
um sich im Leben zu halten.
Ich war nie an jenem schrecklichen Ort,
und doch leben sie auch in
meiner Erinnerung fort.

Jener Ort, an dem sie waren,
hat ihr Leben zerstört.
Und noch heute nach 60 Jahren
ist kein eigenes Leben ihnen beschert.
Nachts holt sie die Vergangenheit ein.
Manchmal im Schlaf müssen sie schreien.
Sie blieben ein Leben lang allein.
Niemals – niemals darf das vergessen sein!

Ralf Becker

Archies Onkel in Amerika

Als Archie im Sommer 1986 durch die von der DDR eingeführten Erleichterungen im Reiseverkehr zum 75. Geburtstag seines Onkels nach Albuquerque im USA-Bundesstaat New Mexico fliegen durfte, war das für ihn ein gewaltiges Abenteuer. Bei der Zwischenlandung mit Übernachtung in Belgrad hatte er einen Optikermeister aus Finsterwalde als Zimmergenossen. Der selbständige Handwerksmeister wich nicht von seiner Seite, als er merkte, daß sich Archie mit den Serben sehr gut verständigen konnte. So wanderten sie schließlich eine ganze Nacht durch die schöne Stadt im Mündungsgebiet zwischen Save und Donau. Sie war in früheren Jahrhunderten ständiges Streitobjekt in den österreichisch-türkischen Kriegen gewesen und 1918 zur Hauptstadt Jugoslawiens erklärt worden, das Serben, Kroaten und Slowenen umfaßte. Dieser Staatsname war also keine Erfindung Titos, wie der Optiker aus Finsterwalde dachte, und die Amtssprache war auch nicht etwa jugoslawisch, wie er annahm. Wenn man sich betrachtet, was die kapitalistischen Großmächte aus Jugoslawien gemacht haben – wie soll man es nennen –, ist man bestürzt. Den geringsten Überblick zu Recht und Unrecht in dieser Frage scheinen die Journalisten zu haben, die im Mainstream schwimmen. „Nur wer mit dem Strom schwimmt, wird das Meer erreichen“, sagte bereits Konfuzius.

Am Flugplatz mußten sich die beiden DDR-Bürger trennen, weil der Optiker nach Kanada flog. Archie kam sich nun verlassen vor, lernte aber auf der langen Reise eine flotte Englischlehrerin kennen, die aus Westberlin kam, ursprünglich aber aus Breslau, dem heutigen Wrocław, stammte. Welcher Zufall, wo er doch gerade einen Onkel besuchen wollte, der vor über einem halben Jahrhundert von dort ausgewandert war. Die Lehrerin wollte von New York aus weiter zu ihrem amerikanischen Freund in San Francisco und mußte vom Kennedy Airport im Süden von Queens zum Flughafen Newark in New Jersey.

Bei der Ankunft stand Archie im Räuberzivil mit Kofferchen und Umhängetasche in einer riesigen Menschenmenge und blickte hilflos auf die vielen Namenstafeln, die emporgehalten wurden. Leider war seine Name nicht dabei! Räuberzivil trug er deshalb, weil man ihm eingeschärft hatte, er möge sich bloß nicht als Tourist zu erkennen geben, das könne in New York lebensgefährlich sein. Beim Abschied in Berlin-Schönefeld hatte man zu ihm gesagt: „Du siehst aus, als würdest du auf deine Datsche fahren, zum Unkrautjäten.“ Gerade darauf kam es Archie ja an.

Aufgrund dieses Outfits, wie es heute heißen dürfte, und wegen seines Akzents hielt man ihn für einen Einwanderer auf der Suche nach einem Job. Hannelore, die Englischlehrerin, hatte ihn mit dem Taxi bis Manhattan mitgenommen, so daß er von dort das Zentrale Busterminal fand,

sonst stünde er wohl heute noch am Kennedy Airport.

Im Greyhound-Bus von New York nach New Mexico – einer Tour von rund 4500 Meilen – wurde er nicht ausgeraubt. Beim Nonstop-Fahren night and day, wie Sinatra im Lautsprecher sang, quer durch den Kontinent,



war Archie des öfteren auf den breiten Sitzbänken in den hinteren Reihen, wo man eine paffen konnte, eingeschlafen.

„Verrückte“ hingegen traf er viele, die ihm wilde Stories aus ihrem Leben erzählten, oft traurige, ohne Aufforderung, einfach so, weil ihnen sonst keiner zuhörte. Archie hörte zu. Wenn sie ein Brot, belegt oder unbelegt, herausholten, boten sie ihm oft die Hälfte an. Hinten im Bus teilte sogar einer seine letzte Zigarette mit ihm. Der hatte vorher Archie um eine gebeten, der aber keine mehr besaß, und dann fand der andere, ein Schwarzer, doch noch eine in seiner Tasche. Archie traute sich nicht abzulehnen, weil der Typ so nett war. Es handelte sich um lauter Leute, die nicht nach dem Prinzip von John D. Rockefeller handelten, der da gesagt hatte: „Du mußt die Hände zum Nehmen ausstrecken und zum Geben einziehen, auf daß deine Gelenke nie einrostet.“

Archies größte Enttäuschung hingegen war sein 75jähriger Onkel in Amerika, an den er jetzt, selbst in diesem Alter, im zusammengeschobenen Deutschland denken muß. Vor 1933 aus politischen Gründen und auf Arbeitssuche von Schlesien in die USA ausgewandert, geriet er dort in die große Wirtschaftskrise, schlug sich als Gelegenheitsarbeiter durch, um dann auf Dauer in einem reichen Tabakkonzern als armes kleines Rädchen zu landen.

Onkel Harry hatte seine beste Zeit in der McCarthy-Ära der 50er Jahre. Damals wurde er zum Gegner der Linken und blieb es bis zum Schluß. Asiaten und Kommunisten haßte er, Latinos und Indios verachtete er. Selbst Opfer des Kapitals, betete er es an. In einem Reihenhaus einer Middleclass-Siedlung als Alterssitz in Albuquerque wohnend, ging er jeden Tag ins Fitness Center, schleppte Archie stets dorthin mit, weil der „arme Junge von hinter dem eisernen Vorhang“ etwas erleben sollte und weil es ihn nichts kostete. Der Onkel war extrem geizig, und sein einziges Vergnügen bestand im Schauspiel des Sonnenuntergangs über Downtown Albuquerque. Er hielt Archie für einen KGB-Agenten oder für von den Sowjets gleich mehrsprachig geklont. Dies nahm er an, seitdem sich Archie als studierter Slawist mit einem Exilrussen in der Siedlung in dessen Muttersprache unterhalten hatte. Der Onkel glaubte auch an Ufos und dergleichen, aber er akzeptierte nichts, was ihm Archie von der DDR erzählte, obwohl er alles über sie wissen wollte. Denn immerhin lebte damals noch sein Bruder, Archies Vater, dort. Der war in seinen Augen ein ranghoher Offizier der Volkspolizei. Brieflichen Kontakt gab es zwischen den Brüdern nicht mehr. Onkel Harry hatte Deutsch fast verlernt und sein Amerikanisch aus Cartoons bezogen. Er spreche mit einem superschweren Akzent, sagte seine Frau, eine geborene Österreicherin, stets so, als wäre das eine Auszeichnung. Nichts von dem, was Archie aus der DDR berichtete, schien Onkel Harry glaubwürdig. Er hielt ihn für einen Lügenbaron aus der Eastern Zone. Er sprach noch immer von der Ostzone und glaubte nicht, daß man dort für Straßenbahn, S- und U-Bahn nur 20 Pfennig bezahlen mußte. Er mißtraute auch den Berichten über unentgeltliche medizinische Betreuung in der DDR, weil sein Bruder in den USA für die vergebliche Heilung seiner krebserkrankten Frau ein Vermögen hatte aufbringen müssen.

Dieser Bruder lag nun seinerseits im Sterben, als Archie in New York ankam. Dessen Verwandtschaft weigerte sich, ihn auch nur zu empfangen. Deshalb hing Archie in NY quasi in der Luft und war auf fremde Hilfe angewiesen. So war er zu einem Zimmer im berühmten Hotel „Algonquin“ gekommen – ein wahres Kunststück am 4. Juli 1986, dem 200. Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. In New York war die sprichwörtliche Hölle los. Und eben weil Archie das alles bewältigt hatte und am Ende auch noch wohlbehalten in Albuquerque aufgetaucht war, hielt ihn Onkel Harry für einen Superagenten erster Klasse. Als Archie ihm dann obendrein noch erzählte, in der DDR gebe es ein Auto namens Trabant, betrachtete er das als Gipfel des Schwindels, weil ein luftgekühlter Zweitakter nur ein Motorrad sein konnte.

Das war Archies Onkel in Amerika!

Manfred Hocke

Leserbriefe an RotFuchs



Im November beging unsere Nationale Akademie der Wissenschaften der Ukraine zwei bedeutsame Ereignisse: den 90. Jahrestag ihrer Gründung und am 27. 11. den 90. Geburtstag von Boris Paton, des Präsidenten der NadW, der seit über 46 Jahren an ihrer Spitze steht.

Seit Mitte der 50er Jahre leitet Prof. Paton das Institut für Elektroschweißen, das den Namen seines Vaters Jewgeni Oskarowitsch Paton trägt. Prof. Paton verfolgt die technisch-wissenschaftliche Tätigkeit seiner deutschen Kollegen, mit denen er freundschaftliche und schöpferische Beziehungen pflegt.

Seinerzeit trug Prof. Paton zur Entwicklung der Wissenschaft und Technik in den RGW-Ländern bei, indem er sich als Vorsitzender des Koordinierungsrates mit dem Problem „Schweißen und Schweißkonstruktionen“ beschäftigte.

Wir erhalten regelmäßig Ihre Zeitschrift „RotFuchs“, die unsere des Deutschen mächtigen Fachleute, darunter Prof. Paton, mit Interesse lesen.

Mit freundlichen Grüßen und vorzüglicher Hochachtung

Dr. Wsewolod N. Bernadsky,
Abteilungsleiter, Kiew

Ich bin ein sehr kritischer Leser des RF, denn ich habe mehrere Jahrzehnte erfolgreich an vorderster Front eines Teils der DDR-Wirtschaft gekämpft. Für die Oktoberausgabe danke ich Ihnen ausdrücklich. Die Ansprache Dr. Steinigers zum Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns ist für mich der beste Beitrag, den ich bisher im RF gelesen habe. Schon die Überschrift ist ein Volltreffer gegen die bereits auf Hochtouren rollende Propaganda unserer politischen Gegner zum 20. Jahrestag der Konterrevolution. Der Beitrag ist geeignet, viele ehemalige Mitkämpfer, die heute noch um ihre politische Orientierung ringen und von Zweifeln geplagt werden, bei ihrer Selbstfindung zu unterstützen. Die fehlende Ausstrahlung dieser Genossen ist m. E. eine unserer wesentlichen Schwächen. Vielleicht ist sie aber auch am ehesten zu überwinden.

Sehr interessant ist der Sieberer-Beitrag, der eigentlich für das ND bestimmt war. Der RF verfällt m. E. manchmal in den Fehler, Behauptungen des politischen Gegners zu übernehmen, die aus marxistischer Sicht nicht haltbar sind – siehe „Hunger bedroht die Welt“. Die Produktivkräfte der kapitalistischen und ggf. sozialistischen Gesellschaften sind bereits so hoch entwickelt und ihre Reserven so groß, daß partiell auftretende Mangelerscheinungen weltweit binnen weniger Tage behoben werden könnten, wenn man wollte.

Was macht unser politischer Gegner? Er erzeugt bewußt Angst, um die Massen ideologisch bequem dirigieren zu können. Zwei Drittel der für Verkaufsförderung eingesetzten Mittel dienen zur Erzeugung von Angst beim Verbraucher. Sie treibt die Menschen zu den Waren und Dienstleistungen, die das Kapital verkaufen will.

Dietmar Müller, Dresden

Ein wichtiges Heft, dieses Oktoberheft des RF! Als Beilage ist Klaus Steinigers Rede in Ziegenhals abgedruckt. Eine scharfsichtige Analyse mit wesentlichen Schlußfolgerungen.

Wenn ich an Ernst Thälmann denke, kommt mir als erstes ein Bild, ein Satz vor Augen, mit dem er die Aktionseinheit beschwört: „Einen Finger kann man brechen, aber fünf Finger sind eine Faust!“ Und eben dieser Aktionseinheitsgedanke wird in der Ziegenhals-Rede zur Weiterführung Thälmannscher Traditionen deutlich hervorgeho-

ben. Nicht um der Traditionspflege willen, sondern als sich notwendig ergebende revolutionäre Gesetzmäßigkeit.

Im gleichen Heft fordert auch Heinrich Ruynat ein engeres Zusammenrücken aller linken Kräfte. Ich betrachte die Situation als durchaus ambivalent: Zum einen ist da eine bis dato nie dagewesene Breite und Vielfalt in der linken Bewegung, zum anderen kommen mir die vielen Köche in den Sinn, von denen ich nicht einmal sicher bin, ob sie am gleichen Brei kochen.

Bernd Gutte, Görlitz

Heute an meinem „Nichtfeiertag“ – dem 3. Oktober – las ich den „RotFuchs“. Zwei Dinge erfreuten mich: Der Brief eines Österreichers an das ND ist hervorragend und zeigt die Wirklichkeit. Wir müssen uns in der Tat vom Nachplappern der Argumente unseres politischen Gegners lösen und immer unseren eigenen Standpunkt zum Ausdruck bringen.

Die beigefügte Rede Klaus Steinigers zum Todestag von Ernst Thälmann ließ mich jubeln. Ich werde sie noch des öfteren lesen müssen. Einmal mehr zeigt sich, daß der RF nicht nur ein wichtiger Ratgeber sondern auch ein sehr guter Kompaß ist.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Peter Sodann ist bekannt und beliebt, weil er sich immer für Gerechtigkeit und Ehrlichkeit einsetzt. Er spricht die Sprache des Volkes, kennt unsere Probleme und Sorgen. Vor allem ist er unbestechlich. Er würde von jeder Regierung die Durchsetzung der demokratischen Grundrechte fordern. Ich könnte mir keinen besseren Repräsentanten für diese BRD vorstellen.

Egon Eismann, Wernigerode

„Was ist der Überfall auf eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ Die Frage stammt von Brecht. Wie wahr! Jetzt zahlt der Steuerzahler auch noch die vermeintlichen Schulden derer, die sich bei der Ausraubung der Menschheit besonders verdient gemacht haben! Wie widersinnig! „Faulender und parasitärer Kapitalismus, anschaulich vor aller Augen und Ohren sowie am eigenen Leib schon zu verspüren, weil der Topf ja wieder gefüllt werden muß! Raubzüge im eigenen Land und außerhalb sind wie eh und je die Folge! Aggressivität nach innen – Vervollkommnung des Überwachungsstaates – und Aggressivität nach außen – Beteiligung an der Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker, nicht nur in Afghanistan. Säbelrasseln gegenüber Staaten wie Rußland und Iran!

Die Geschichte wiederholt sich unter den gleichen Vorzeichen, aber mit anderen Akteuren.

„Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber!“ – frei nach Bertolt Brecht.

Gerald Müller, E-Mail

Vor kurzem konnte ich durch Zufall eine Ausgabe des „RotFuchs“ lesen. Nach wenigen Sätzen wurde mir klar, daß diese Publikation etwas hat, wonach ich schon lange suche: das Bekenntnis zum Sozialismus. Als Sozialist und Mitglied der Linkspartei treffe ich längst nicht so oft auf ähnlich denkende Genossinnen und Genossen, wie es anzunehmen wäre. Es gibt viele linke Strömungen, darunter auch jene, welche Marx längst den Rücken gekehrt haben, um für Reformismus und Anpassung toleriert zu werden oder um keine Veränderungen zu bewirken. Wer nur reformiert, wird immer gegen eine unüberwindbare Wand ankämpfen.

Es ist heute nicht mehr leicht, sich politisch zu bilden, es sei denn, man akzeptiert die kapitalistische Propaganda als Unterrichtsstoff. Diese schlägt einem ja Tag für Tag aus Zeitungen, Funk, Film und Fernsehen ins Gesicht. Als 18jähriger Schüler am Beruflichen Gymnasium ohne Geld kenne ich diese Probleme.

Ich bitte Sie darum, mir den „RotFuchs“ von nun an zuzuschicken.

Um meinen Idealen zu dienen, nehme ich Ächtung und Repression in Kauf.

Markus Fiebig, Gordemitz

Von den Medien und Politikern wird immer wieder bewußt verdrängt, daß in der DDR – dem Staat der Gleichheit, der sozialen Sicherheit, der Nichtreichen und der Nichtarmen, der Nichtarbeitslosen, der gleichen und hohen Bildung aller und der bewußten und weitreichenden Einbindung Abertausender Bürgerinnen und Bürger in die Gestaltung der Geschicke der sozialistischen Gesellschaft – 17 Millionen Menschen gearbeitet, geliebt, gelacht und auch geweint, vor allem aber ihr eigenes Leben gelebt haben. Man muß die diffamierenden und verleumderischen, mit Haß aufgemachten Szenarien der Interpretation unseres untergegangenen Staates zurückweisen. Von den genannten 17 Millionen wußte wohl nur ein Bruchteil überhaupt etwas von der „Stasi“, geschweige denn kam damit in irgendeiner bedrohlichen Weise in Berührung.

Es gibt aber trotz der widerlichen und verdummenden Propaganda der Massenmedien in diesem Staat der Reichen und Schönen immer mehr Menschen, die erkennen, daß es vor allem um gezielte Ablenkung von den tatsächlichen und unlösbaren Problemen der BRD geht.

Klaus Remmler, Eisenach

Am 13. Oktober hat Frau Merkel dem ZDF ein Interview gegeben. Auffallend daran war zweierlei: Daß sie alte Hüte verkaufte und die Schuld am gegenwärtigen Desaster an die Manager weiterreichte. Mag sein, daß Merkel-Gläubige den Worten der Kanzlerin ehrfurchtsvoll lauschten und ihre Sprechblasen freudig in sich aufnahmen. Der alte Hut ist Ludwig Erhards „soziale Marktwirtschaft“, die erfunden wurde, um das Anziehende am Sozialismus – eben das Soziale – einzuebene. Deshalb schuf man das Wortgebilde und auf einer Seite der Front ein „Wirtschaftswunder“. In Wirklichkeit handelt es sich allerdings um einen schwarzen Schimmel. Das Kapital verzichtete angesichts der Existenz zweier Gesellschaftssysteme zeitweilig auf einen Teil seines Extraprofits. Herr Erhard machte das den Herren von Rhein und Ruhr schmackhaft. Sie brachten dieses Opfer nur so lange, wie auf der anderen Grabenseite das ungeliebte System existierte, das ohne Konzernherren auskam. Mit dem Ende des Sozialismus auf deutschem Boden erledigte sich auch die „soziale Marktwirtschaft“ in der BRD. Seitdem kann wieder ungehemmt das eigentliche Ziel der kapitalistischen Produktionsweise, Maximalprofit zu erwirtschaften, durchgesetzt werden.

Dr. agr. Günther Freudenberg, Bernburg

Beim Lesen der Dichtung „Gedanken am Grab von Karl Marx“ (RF 127) insbesondere der Formulierung „die Büste seines urgewaltigen Hauptes“, glitt mein Blick auf meine Bücherwand, wo in der obersten Reihe ein eisernes Relief dieses Hauptes steht: schwergewichtig wie sein Werk. Das Relief hat für mich besondere Bedeutung: Es ist ein letztwilliges Geschenk, das mir in den 70er Jahren überreicht wurde, und es trägt den Untertitel „Karl-Marx-Stadt“. Meine Wurzeln liegen dort. **Siegfried Schlenker, Olbernhau**

Herzlichen Dank für Wolfgang Mädgers Beitrag „Fromme Finanzen“. Er beschreibt in eindrucksvoller Weise die Rolle des Staates bei der Finanzierung der Kirchen in der BRD. Die Zahlen und Fakten haben mein Wissen sehr bereichert. Daß die Kirchen dem Staat für die erwiesenen Wohltaten dadurch danken, daß sie dessen reaktionäre Politik unterstützen, zeigt einmal mehr deren Doppelsichtigkeit. Einerseits führen sie den Frieden im Munde, andererseits haben ihre Militärsorgern in der Bundeswehr die Aufgabe, den Soldaten evtl. Skrupel zu nehmen und ihnen das Sterben für imperialistische Ziele zu erleichtern. Wo bleibt heute die Losung „Schwerter zu Pflug-

scharen“, die seinerzeit durch die Kirche in der DDR eingesetzt wurde, um die Verteidigungsfähigkeit des Sozialismus zu untergraben?

Klaus Schmidt, Zwickau

Neben dem (gelegentlich auftretenden) Druckfehlerteufel kann einem „RotFuchs“-Autor auch der redaktionelle Kürzungsteufel begegnen, den zwar jedermann als notwendig akzeptiert, dessen Wirken aber auch Verwirrung zu stiften vermag. Meinen Beitrag „Fromme Finanzen“ (RF 129) hat er jüngst gepiesackt, leider erstmals mit einer Attacke auf den Inhalt. Im RF sind „etablierte christliche Kirchen“ Gegenstand des Beitrags. In meiner Fassung waren es die „großen, öffentlich-rechtlich verfaßten christlichen Kirchen“. Nur sie werden in der geschilderten Weise gemästet. Neben ihnen gibt es aber noch eine ganze Reihe kleinerer, durchaus auch etablierter christlicher Freikirchen, die den Großen zwar in den bestimmenden Religionsmerkmalen gleichen, aber keine „Körperschaften öffentlichen Rechts“ sind und damit pekuniäre Privilegien nicht genießen. (Beispiele: Altkatholische Kirche, Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, Evangelische Brüder-Unität u. a.). Außerdem gibt es weitere christlich geprägte Gemeinschaften („Sekten“), bei denen diese Übereinstimmung fehlt.

Wolfgang Mäder, Neubrandenburg

In dem Artikel über das Schalmeyenorchester des VP-Revierts Lichtenstein hat Genosse Manfred Wulf aus Glauchau offensichtlich Friedrich Dickel (nach Karl Maron Innenminister der DDR) mit Kurt Fischer, später Chef der DVP, verwechselt. Dickel war zu keiner Zeit sächsischer Innenminister. Ich benutze die Gelegenheit, mich bei Euch für die wunderbare Zeitschrift herzlich zu bedanken.

Peter Fricker, Berlin

Ich engagiere mich als satzungsgerechtes „Gastmitglied“ im Kreisverband Cloppenburg der Linkspartei, aber so richtige Parteiliebe habe ich noch nicht erlebt. Es ist mehr eine Sammlungsbewegung frustrierter ehemaliger Grüner; Gewerkschafter und Sozialdemokraten, dazu Strom- und Gas-Rebellen und andere politisch interessierte Menschen. Ein Anfang, aber keine Kraft links der etablierten Parteien, sondern eigentlich eher Sozialdemokratie in ihrer natürlichen Form. So ist es dann für mich immer wieder ein Bedürfnis, als ehemaliger Stabsoffizier der NVA zu militärpolitischen oder anderen Fragen etwas beizusteuern, was auch interessiert aufgenommen wird.

Da am 3. Oktober unser angeblicher Nationalfeiertag begangen wurde, auch dazu ein Wort: Die deutsche „Einheit“, die weder gewollt ist, noch vollzogen wird, sollte man nicht feiern. Da drifft eher etwas auseinander, auch daran zu sehen, daß bei Wahlen wie unlängst in Brandenburg die CDU zur drittklassigen Partei verkommt, während sich SPD und „Linke“ einen Kampf um den Sieg liefern. Viele wollen nicht die DDR zurück, aber diesen verkommenen Staat der Lobbyisten, Dummschwätzer und Sozialabbauer, an den sie nun geraten sind, haben sie nicht erstrebt. Sie fühlen sich nicht nur betrogen, sie wurden es auch. Aber den meisten fehlen die Kraft und der Mut, noch einmal mit der Losung „Wir sind das Volk“ auf die Straße zu gehen. Und die Reaktion unserer „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ wäre vermutlich rabiater als die der „unrechtsstaatlichen“ DDR. Herr Schäuble würde aus solchen Demonstranten sofort eine „terroristische Vereinigung“ machen und mit der Wucht aller Wasserwerfer und Polizeiknüppel die Gegenargumente verteilen lassen.

Richard Georg Richter, Cloppenburg

Kaum war die längst überfällige Rentenerhöhung beschlossen und seit dem 1. Juli auch umgesetzt, zettelten bestimmte Medien eine regelrechte Kampagne gegen Rentner an. Das ganze Gerede von „den Alten, die die Jungen ausplündern“, dient

doch nur dazu, von den wirklichen Problemen dieser Gesellschaft abzulenken. Mit Recht ist die überwiegende Mehrheit der Rentner verärgert und beleidigt, nach drei Nullrunden in Folge bei deutlich gestiegenen Lebenshaltungskosten und nach bald 20 Jahren der Existenz eines einheitlichen deutschen Staates immer noch unterschiedliche Berechnungen zu erleben. Für gute Arbeit kann man gute Löhne und im Alter eine gute Rente verlangen. Das ist wohl die Voraussetzung für ein würdiges und vor allem kulturreiches Leben aller Generationen.

Margot Bärwinkel, Walsleben

Seit fast drei Jahren bin ich begeisterter Leser des RF. In dieser Zeit ist er mir neben den „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform der Linkspartei zur wichtigsten politischen Informationsquelle geworden. Besonders schätze ich die Vielfalt der Beiträge, angefangen bei Reportagen, Erlebnisberichten, Debatten und Satire bis hin zu Geschichtsbetrachtungen und gesellschaftswissenschaftlichen Artikeln. Freude bereiten mir besonders solche Beiträge, aus denen hervorgeht, daß in vielen Ländern trotz der scheinbaren Rückwärtswende das Andenken an die Kämpfer für eine bessere Welt in Ehren gehalten wird.

Da ein Bulgarienurlaub vor mir lag, las ich den Bericht über „Aljoschas zweite Reise nach Plowdiw“ im Septemberheft mit besonderem Interesse. Und ich wurde fündig! In der bulgarischen Schwarzmeerstadt Burgas entdeckte ich einen weiteren Aljoscha auf einem etwa acht Meter hohen Sockel als Teil einer großen Gedenkstätte. Die niedergelegten Blumen und Kränze zeigten, daß auch dort das Andenken an die Befreiungsthat der Roten Armee lebendig ist.

Wolfgang Kronschwitz, Radeberg

Diese Zeilen schreibe ich am 7. Oktober. Heute wäre die DDR 59 Jahre alt geworden. Statt dessen ist sie mit all ihren guten Seiten, die ihr ja viele Menschen inzwischen wieder zuerkennen, verschwunden. Ich rede hier nicht von Wendehälsen und inzwischen im Kapitalismus Angekommenen.

1954 wurde die DDR für mich und meine beiden Kinder zur zweiten Heimat. Wir übersiedelten aus der BRD in den Osten. Diesen Schritt habe ich nie bereut! Das Leben in der DDR bleibt mir immer in guter Erinnerung.

Elisabeth Monsig, Friedrichsthal

Wenn das Dubček, der angeblich nur den Sozialismus verbessern wollte, erlebt hätte! Tschechien wird zum Vorposten bei der Stationierung von USA-Raketensystemen und bei der Verwirklichung von Weltkriegsplänen des Pentagons! Vergessen sind die Opfer der sowjetischen Soldaten im Zweiten Weltkrieg, vergessen die Befreiung Prags am 9. Mai 1945 und die Verhinderung seiner Zerstörung. Die Verträge mit den Amerikanern wurden ausgerechnet von einem Nachkommen der Habsburger unterschrieben, die bekanntlich das tschechische Volk 300 Jahre in Knechtschaft gehalten hatten und sich nach der Niederschlagung des Prager Aufstands im 30jährigen Krieg der Schätze des böhmischen Adels bemächtigt hatten.

Mit der Stationierung der Raketen in Polen und des dazugehörigen Radars in der BRD soll die bei einem USA-Erstschiß zu erwartende Antwort Rußlands ausgeschaltet, praktisch Strafflosigkeit für Aggressionen bewirkt und die Unterordnung des letzten großen Rivalen unter die amerikanischen Weltherrschaftspläne erreicht werden. Die sogenannte iranische Gefahr ist absoluter Humbug. Doch den Leuten in Washington fällt offenbar nichts Billigeres ein, um ihre Kriegspläne zu bemänteln.

Die Antwort auf diese abenteuerlichen Vorhaben können nur Gegenmaßnahmen Rußlands sein. Das ist Moskauer den Millionen sowjetischen Opfern des Zweiten Weltkrieges und der dama-

ligen Unterschätzung potentieller Aggressoren schuldig.

Werner Müller, Dresden

Am 1. Oktober sendete der mdr-Sachsenspiegel „Ergebnisse“ einer in Dresden veranstalteten „Historikerkonferenz“, die sich mit den angloamerikanischen Bombenangriffen auf die Stadt am 12. und 13. Februar 1945 befaßt hatte. Als gebürtiger Dresdner habe ich, damals neunjährig, diese Angriffe unweit des Neustädter Bahnhofs miterlebt. Ziel der „Historiker“ in dieser geschichtslügnerischen Zeit war es offenbar, die Amerikaner von ihren Kriegsverbrechen freizusprechen. Denn um solche handelte es sich, auch wenn man sie nicht mit den Untaten der deutschen Faschisten auf eine Stufe stellen kann. Ich zweifle die „neue“ Zahl von nur 25 000 Bombenopfern stark an; selbst die früher angegebenen 35 000 Toten wurden zu DDR-Zeiten in Frage gestellt.

Gerhard Frank, Riesa

Aus altersmäßigen Gründen – ich bin 86 – muß ich mich auf das beschränken, worin ich Erfahrung besitze. Das bezieht sich vor allem auf Euren Leitspruch „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“, wobei Proletarier heute alle sind, die von ihrer jetzigen oder vergangenen Arbeit leben. Mein Eindruck ist, daß der Masse mir persönlich oder aus der Presse bekannter „Ossis“ in der Erinnerung an die DDR am liebsten zwei Dinge sind: die soziale Sicherheit und der damals vorherrschende Gedanke der Völkerfreundschaft. Es gab bei uns viele kleine Hennecks, die vielleicht mehr geachtet wurden, als die wenigen übermäßig propagierten. In den Schulen der DDR wurden jene am häufigsten ausgezeichnet, die ihre Qualitäten besonders dem stillschweigenden Vorbild verdankten und nicht dem Prinzip „Erziehung ist Aufsicht und Belehrung“.

Karl-Fritz Zillmann, Freiberg

Ich habe das ins Deutsche übersetzte Buch „Der Feigenbaum“ des baskischen Schriftstellers Ramiro Pinilla gelesen (dtv, 2008, 320 S., 14,90 Euro). Es ist das literarische Gegenstück zu Picassos Gemälde Guernica. Es hat mich tief ergriffen und ging mir zu Herzen.

Liesbeth Wabra, Berlin

Vor einiger Zeit hat der „RotFuchs“ über einen Artikel des brandenburgischen Innenministers Schönbohm in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ berichtet. Das Blatt erhielt daraufhin bekanntlich zahlreiche Zuschriften, da der Autor die DDR in seinem „Werk“ auf eine Diktatur reduzieren wollte. Meine Zuschrift wurde nicht veröffentlicht. Wahrscheinlich liegt es daran, daß ich eingangs darauf hingewiesen habe, 20 Jahre Lügen und Verleumdungen hätten offensichtlich nicht gereicht, das Bild der DDR als des besseren Deutschland aus dem Bewußtsein der Menschen im Osten zu verdrängen.

Reinhard Wecker, Falkensee

Nur eine kleine Ergänzung zum interessanten Beitrag von Rudi Kurz im RF 129: Als ich 1959 mit einem Freundschaftszug in die Sowjetunion fuhr, um Moskau und Leningrad zu besuchen, berichtete uns auf dem Kreuzer „Aurora“ der Bootsmann, der uns alles zeigte, daß es sich nicht um einen Panzerkreuzer gehandelt habe. Die etwa 2000 Mann starke Besatzung hätte darauf gar keinen Platz gehabt. Außerdem sei die historische Salve auf den Winterpalast in Wirklichkeit blind gewesen. Mit anderen Worten: Es gab gar kein Geschöß. Aber davon abgesehen: Ich bin mit all Euren Beiträgen sehr zufrieden. Habt Dank!

Wolfram Tornow, Wandlitz

Wenn ich als dreizehnjähriger Schüler 1944 aus meinem Klassenzimmer blickte, sah ich das Grabmal des großen deutschen Philosophen Immanuel Kant am Königsberger Dom. Als ich mich später mit seinen

Lehren beschäftigte, imponierte mir besonders der „kategorische Imperativ“. Kant forderte, daß jeder Mensch stets als Vorbild für andere wirken sollte. Ein berechtigtes Verlangen, das unsere Abgeordneten, Regierungsmitglieder und Konzernmanager beherzigen mußten. Es wurde übrigens in Artikel 1 des Grundgesetzes verankert, wo von Menschenwürde die Rede ist.

Bibliotheksrat Egon Szamiteit, Dessau

In seinem Artikel „Maske in Rot“ (RF 100) plädierte Klaus Steiniger „für mehr politische Vorsicht im Umgang mit Begriffen“. Hieran mußte ich unwillkürlich denken, als ich in der „Leipziger Volkszeitung“ wiederholt auf den Ausdruck „Staatssozialismus“ stieß. So stand in einem Leitartikel des Verfassers Dieter Wonka der unsinnige Satz: „Daß George W. Bush einmal den Staatssozialismus an der Wall Street einführen wird müssen, um über die Runden zu kommen, hat ja nicht einmal Oskar Lafontaine prophezeit.“

Meine Skepsis bezieht sich darauf, daß bestimmte Journalisten ihren Lesern nicht zutreffende Begrifflichkeiten unterjubeln wollen, als ob der Präsident oder die Regierung eines monopolkapitalistischen Staates „sozialistisch“ agieren könnten!

Dr. Wolfgang Schneider, E-Mail

Solch ein Gezeter, weil Mitglieder der SPD sich von den „Linken“ wählen lassen wollen. Tausende mündige Bürger haben auf Grund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse die Linkspartei gewählt, mit deren Vorstellungen man leben kann. Dabei steht für mich und nicht nur für mich allein die Tatsache, daß sie gegen die Beteiligung an Kriegen auftritt, im Vordergrund.

Ich fasse es als Verhöhnung auf, wenn gesagt wird, die in Afghanistan gefallenen Soldaten hätten unsere Heimat verteidigt. Das gab es schon einmal. 1943 fiel mein Vater in der Sowjetunion, wie es so schön hieß, „für Führer, Volk und Vaterland“. Haben das die Witwen und Waisen vergessen?

Die Afghanen betrachten die BRD-Truppen als Besatzer. Ruhm für die Bundeswehr wird es dort nicht geben. Denkt an Theodor Fontanes Gedicht!

Marianne Wuschko, Hoyerswerda

Die jüngste Ausgabe des Linkspartei-Werbeblättchens „Klar“, die neulich der jW beilieg, behauptet ohne Not, Louis Fürnberg, der Texter des Liedes, in dem es heißt: „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“, sei „von der SED malträtiert worden“ und habe „die Strophen nur unter Tränen geschrieben“.

Da melde ich doch starken Zweifel an. Übrigens hat jW-Autor Wiglaw Droste die Macht von „Klar“ umgehend scharf kritisiert. Außerdem muß man den Wortlaut ganz lesen: Fürnberg hat gesagt, derjenige (in diesem Falle die Partei) habe immer recht, der „gegen Lüge und Ausbeuterei“ kämpfe. Stimmt das nicht?

Ronald Brunkhorst, Kassel

Ich war 1969 als Fünfzehnjähriger wahrscheinlich einer der jüngsten FDJ-Sekretäre in den Dörfern des damaligen Kreises Gadebusch. Diese Aufgabe versah ich bis 1973. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie es auf einer FDJ-Tagung hieß, Redner sei Genosse Bernhard Quandt. Alle erstarrten in Ehrfurcht. Denn vielen war er bekannt, vor allem auch von einem Foto, das ihn beim Vollzug der demokratischen Bodenreform zeigte.

Genosse Quandt war kein unnahbarer Funktionär, sondern jemand, der gemeinsam mit uns Probleme lösen wollte. In den Pausen war er immer von jugendlichen Diskutierern umlagert. Vor dieser Versammlung hatte ich ein Gespräch mit dem LPG-Vorsitzenden im Dorf. Es ging um die Melioration von Gräben und Grünland. Das Interesse der FDJler hielt sich zunächst in Grenzen. Als Bernhard Quandt aber einen Appell erließ, wirkte das Wunder. Wir haben ohne Vergütung an vielen Wochenenden die Gräben in Schuß gebracht. Als Anerkennung erhielten wir ein Ehrenbanner. Das war damals viel wert. Ich bin noch heute stolz darauf.

Wilfried Steinfath, Berlin

Die hiesige Regionalpresse stellt den früheren DDR-Bürger immer als unwissend und rückständig dar. Ihre Macher sollten mal den „RotFuchs“ lesen. Wie so mancher andere, der ihn bislang noch nicht kennt. Die Menschen, die sich Jahr für Jahr in Pütnitz bei Ribnitz-Damgarten treffen, interessieren sich für die Geschichte der DDR. Deshalb bezeichnen die Medienmacher sie als „Unverbesserliche“. Im vergangenen Sommer nahm ich wie „tausend“ andere am 7. Internationalen „Ostblock“-Fahrzeugtreffen teil. Nicht nur Armeetechnik, sondern auch zivile DDR-Entwicklungen wurden dort gezeigt. Ich entdeckte sogar Oldtimer, deren Besitzer aus Dänemark und Norwegen gekommen waren. Mit ihnen hatte ich anregende Gespräche. Schade, daß ich bei 30 mitgenommenen RF-Exemplaren, die man mir schon zu Beginn buchstäblich aus den Händen gerissen hatte, den Dänen und Norwegern keine mehr geben konnte.

Die „Unverbesserlichen“ lesen deshalb den „RotFuchs“, weil er ihre Fragen ehrlich beantwortet. Übrigens: Die Zahl der Sammler unserer Zeitschrift nimmt immer mehr zu.

Dieter Kramp, Grevesmühlen

Am 20. September sprach Prof. Dr. Horst Schneider (Dresden) auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Neubrandenburg. Er berichtete über seine wissenschaftlichen Forschungen zur Totalitarismus-Doktrin – dem Kernstück der gegen die DDR gerichteten Hetze. Sein Buch zu dieser Thematik „Hysterische Historiker“ liegt jetzt in zweiter Auflage vor. Die Teilnehmer zogen aus Prof. Schneiders Vortrag den Schluß, daß man im „Superwahljahr“ 2009 und angesichts der bevorstehenden 60. Jahrestage von BRD und DDR auf die zu erwartende Lügenflut eingestellt sein muß. In der Diskussion kam die Verpflichtung der Zeitzeugen, Erlebtes wahrheitsgemäß zu berichten, zum Ausdruck. Man war der Meinung, daß alle ehrlichen linken Kräfte unter Zurückstellung kleinlicher Streitereien dafür sorgen müßten, die parlamentarische und außerparlamentarische Opposition zu stärken und ein wirklichkeitstreueres Geschichtsbild zu vermitteln.

Eberhard Schmiedel, Neubrandenburg

Die Linkspartei Berlin-Lichtenbergs hatte Anfang Oktober im Rahmen ihrer Sonntagsgespräche den letzten Chef der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS, Generaloberst a. D. Werner Großmann, zu einem Referat „Über die Gründungsväter der deutschen Geheimdienste nach dem Zweiten Weltkrieg“ eingeladen. Eigentlich ein ganz normaler Vorgang, möchte man meinen. Allerdings nicht für bestimmte Kreise der Berliner CDU, der SPD und den sattsam bekannten Herrn Knabe. Es überrascht nicht, daß sie in üblicher Weise gegen das Auftreten des Genossen Großmann vom Leder zogen. Aber wenn auch Herr Lederer, der Landesvorsitzende der Linkspartei, der zugleich ein promovierter Jurist ist, die Veranstalter nicht nur angriff, sondern sich zugleich auch dafür aussprach, den „Opfern des MfS ... in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mehr Raum ...“ zu geben („Berliner Zeitung“ vom 25.9.), dann darf dies nicht unwidersprochen bleiben. Wen betrachtet Dr. Lederer eigentlich als „Opfer des MfS“? Meint er damit z. B. Personen, die durch Gerichte der DDR wegen Spionage oder landesverräterischer Nachrichtenübermittlung rechtskräftig verurteilt worden sind?

Mit Dr. Hannes Sieberer (RF 129) kann man sagen: Es fragt sich, warum bestimmte Linke gedankenlos nachplappern, was Rechte vorgeben.

Prof. Dr. Manfred Naundorf, Rangsdorf

Der Artikel von Dr. Ing. Peter Tichauer („Drang nach Entschuldigung“) trägt nicht nur der Wahrheit Rechnung, sondern ist auch sehr treffend, weil es in der Tat nicht wenige einstige DDR-Bürger gibt, von denen die enormen Vorzüge ihres Lebens im sozialistischen deutschen Staat als Selbstverständlichkeit aufgefaßt wurden. Inzwischen sind sie aber auf den Leim der heute Regierenden und früherer „Widerständler“ gekrochen. Ihnen ist die Wirklich-

keit der DDR abhanden gekommen. Deshalb noch eine Gedankenstütze mehr:

Der „Unrechtsstaat“ zwang die Kinder von Arbeitern und Bauern ohne Rücksicht auf den Geldbeutel ihrer Eltern dazu, Oberschulen, Fach- und Hochschulen zu besuchen, wofür sie auch noch Stipendien, die ihren Studienleistungen entsprachen, entgegennehmen mußten. Schon während der Studiums wurden ihnen Arbeitsverträge ihrer späteren Einsatzbetriebe oktroyiert. Man nahm ihnen das Vergnügen, sich bei einer Vielzahl von Unternehmen zu bewerben.

Den Arbeitern und Angestellten der volkseigenen Betriebe mutete man zu, sich alle vier Wochen Rechenschaftsberichte ihrer Direktoren anzuhören, weil diese vom Staat genötigt worden waren, den Belegschaften Rede und Antwort zu stehen.

Besonders schlimm war die allenthalben praktizierte Methode, die Kinder der Beschäftigten Jahr für Jahr zur Teilnahme an Ferienlagern zu zwingen, in denen sie sich gegen geringes Entgelt wochenlang erholen mußten. Das freiheitliche Herumlungern auf der Straße blieb ihnen verwehrt.

Die Bürger des „Unrechtsstaates“ hatten nicht die Möglichkeit, einen täglichen Blick auf die Börsenkurse zu werfen, da ihre Spareinlagen bedauerlicherweise nicht jenen Schwankungen unterlagen, die heute das Leben so spannend machen.

Dr. Tichauer hat eine vorzügliche Anregung gegeben, ist doch damit zu rechnen, daß wir im Vorfeld des 20. Jahrestages der „Befreiung vom SED-Unrechtsstaat“ durch Politiker und gleichgeschaltete Medien der Bourgeoisie nicht nur einzelne Enten, sondern eine ganze Entenfarm vorgesetzt bekommen.

Armin Lufer, Berlin

Seit 1998 lese ich den „RotFuchs“. Die Anregung bekam ich von gleichgesinnten Genossen. Jetzt warte ich Monat für Monat auf die nächste Ausgabe der Zeitschrift. Ich wurde am 9. September 82.

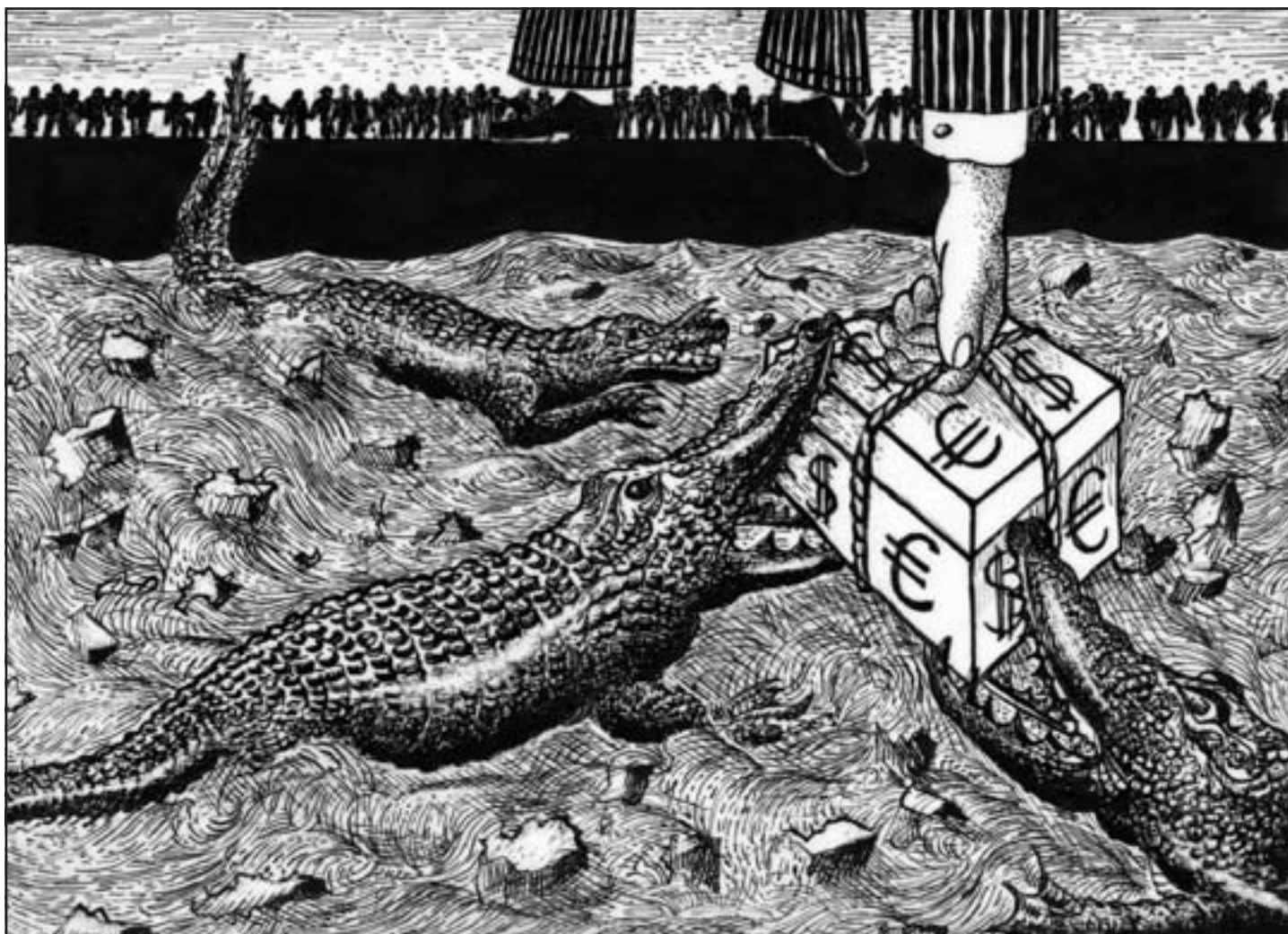
Als Malerlehrling mußte ich siebzehnjährig in den Krieg ziehen. Ich geriet in englische Gefangenschaft, erlernte die Sprache und erwarb gute Freunde, mit denen ich heute noch in Verbindung stehe. Nach der Heimkehr arbeitete ich als Geselle in meinem Beruf. Dann ging ich gemeinsam mit Gefährten meiner Jugend auf die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät. Nach dem Studium an der Leipziger Karl-Marx-Universität wurde ich Lehrer in Thüringen. Ich bin verheiratet und habe vier Söhne und drei Töchter. Nach langen Jahren der Mitgliedschaft in der SED half ich in Erfurt beim Aufbau der PDS, die ich jedoch nach drei Jahren wieder verließ. Offenbar war ich einigen leitenden Personen nicht willkommen. Der „RotFuchs“ half mir, als Kämpfer wieder dabeizusein.

Horst Rocktäschel, Erfurt

Die sich jetzt immer mehr zuspitzende Debatte über „Rechtsstaat“ und „Unrechtsstaat“ wird von den Antikommunisten und anderen Anbetern des Kapitalismus, denen die DDR von Beginn an ein „Dorn im Auge“ war, immer mehr forciert. Das ist ihre Art, den kalten Krieg fortzusetzen. Sie sind nach wie vor von Haß erfüllt, weil wir es wagten, einen Staat ohne Kapitalisten, Banken Herrschaft und Junkertum aufzubauen. Hundt und Ackermann kamen bei uns nicht vor. Statt dessen lernten Hunderttausende junge Arbeiter und Bauern, wie ein Staat zu leiten ist. Ich selbst, einer vom Jahrgang 1931, war damals dabei. Auch heute noch stehe ich voll dahinter, daß wir es den Kapitalisten gezeigt haben: Es geht auch ohne sie.

Wir sollten uns an Friedrich Engels halten: „Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln ... wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück. Das war unsere Taktik von jeher ...“ (aus „Mit gewandter Feder“, Dietz-Verlag, Berlin 1988)

Günter Lidke, Bitterfeld-Wolfen



Raubtierfütterung – und alle schauen zu

Grafik: Klaus Parche

Zum **6. Dezember um 10 Uhr** lädt die RF-Regionalgruppe **Dresden** zu einer Debatte über

Wesen, Erscheinungsformen und Folgen der imperialistischen Globalisierung

in die „Drogenmühle“ Heidenau, Dresdner Straße 26, herzlich ein.

„RotFuchs“-Autor **Dr. Dieter Hillebrenner** liefert die Gesprächsgrundlage.

Am **8. Dezember um 15.30 Uhr** findet in **Güstrow**, Hansabad (Hansenstraße 4), eine Matinee mit **Dr. Diether Dehm** zu seinem Buch **„Bella Ciao“** statt.

Musikalische Begleitung: **Michael Letz**, vormals Oktoberklub.

Veranstalter ist die RF-Regionalgruppe, die zu reger Teilnahme einlädt.

Am **10. Dezember um 15 Uhr** findet im Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, eine Zusammenkunft des Marxistischen Bildungskreises bei der RF-Regionalgruppe **Rostock** statt.

Der Theologe **Prof. Dr. Gert Wendelborn** spricht über das Thema

„Marxismus und Religion“

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete **„RotFuchs“** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Rheinsteinstraße 10, 10318 Berlin
Tel. 030/561 3404
Fax 030/56 49 39 65
Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Sekretärin: *Karin Mory*

Layout: *Egon Schansker, Rüdiger Metzler*

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Internet-Präsentation und akustische Ausgabe (für Sehbehinderte): *Sylvia Feldbinder*

Redaktionsschluß ist jeweils der 10. des Monats.

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Dr. Rudolf Dix
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Prof. Dr. Hans Heinz Holz
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn

Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Walter Ruge
Karl Schlimme
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Joachim Spitzner
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger, Heinz Herresbach, Klaus Parche, Heinrich Ruynat

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Str. 35, 12559 Berlin
Tel. 030/6545634
arminneumann@ewt-net.de
Sonja Brendel, Bruni Büdler, Hans Ludwig, Harry Schreyer, Peter Barth u. v. a. m.

Finanzen:

Jürgen Thiele
Wartenberger Str. 44, 13053 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unser Konto:

„RotFuchs“-Förderverein
Konto-Nr.: 2 143 031 400
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00